

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich...

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Betragt für die sechsgehaltene Kolonne...

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1988.

Dienstag, den 27. Oktober 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Landtagswahlen in Baden.

Aus Baden wird uns geschrieben: Nur noch wenige Tage vor den Wahlmänner-Wahlen läßt sich das Wahlgefecht...

Die Wahlstatistik des Centrums wird gekennzeichnet durch die schlaue Juridikalisierung in der bei uns nachgerade...

Im gegenwärtigen Wahlkampf geht die Socialdemokratie in allen Bezirken, die ihr irgend einen, wenn auch nur...

Das größte Interesse richtet sich bei den bevorstehenden Wahlen begrifflichweise auf die Frage, ob es dem Centrum...

jetigen Wahlen 18 von ihren 24 Sitzen, darunter gerade die unsichersten, zu verteidigen haben...

Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Oktober.

Ein Truf der gelben Gewerkschaften.

Eine neue Art der Bekämpfung der Socialdemokratie vollzieht sich auf gewerkschaftlichem Gebiete...

„Erster deutscher Arbeiterkongress“ betitelt sich diese Neugründung, die am Sonntag in Frankfurt a. M. ins Leben trat...

Die Verhandlungsgegenstände sind:
1. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter...

2. Die Errichtung von Arbeiterkammern.
3. Die Errichtung eines einheitlichen und freirechtlichen Vereins- und Versammlungsrechts...

Als Zweck des Kongresses wird in dem Bericht des Organisationskomitees angegeben: die Förderung der sozialen Reform...

Als stimmberechtigter Delegierter auf dem Kongress sollen nur Arbeiter und die aus dem Arbeiterstande herbeigekommenen Beamten der Vereine und Organisationen teilnehmen...

Als stimmberechtigter Delegierter auf dem Kongress sollen nur Arbeiter und die aus dem Arbeiterstande herbeigekommenen Beamten der Vereine und Organisationen teilnehmen...

Einzelnen waren zum Kongress auch die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften, die aber eine Beteiligung mit der Begründung abgelehnt haben...

Etwa 20 Delegierte sind anwesend. Als Gäste nehmen u. a. an den Verhandlungen teil der antismittagliche Reichstagsabgeordnete...

Stegewald-Nöll (Vorsitzender des Verbandes der christlichen Gewerkschaften) erklärt hierauf den Kongress für eröffnet...

3. Bärn, Vorsitzender des evangelischen Arbeitervereins in Frankfurt a. M., begrüßt den Kongress. Der Kongress solle die Interessen der deutschen Arbeiter fördern...

Stegewald-Nöll (Vorsitzender des Verbandes der christlichen Gewerkschaften) erklärt hierauf den Kongress für eröffnet...

und Mißstände zeigen, da solle an Wasser nicht gespart werden, wenn nötig auch die Wurzelbürste in die Hand genommen werden...

An den Kaiser wird folgendes Begrüßungstelegramm abgeschickt:
„Der erste deutsche Arbeiterkongress, der von 200 Vertretern aus allen Gauen des Reiches...“

Der erste Punkt der Tagesordnung lautet: „Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter und die Vereinsgesetzgebung.“

Verbandssekretär M. Schiffer-Greifeld: Eine Beschränkung dieses Rechts darf höchstens insoweit platzgreifen, als Verletzungen Dritter oder Schädigungen des öffentlichen Interesses vorliegen...

Der § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung soll nicht nur auf Erlangung besserer, sondern auch auf die Erhaltung bestehender Lohn- und Arbeitsverhältnisse Anwendung finden...

2. Schaffung eines einheitlichen und freirechtlichen Vereins- und Versammlungsrechts für das ganze Reich an Stelle der einzelstaatlichen Vereinsgesetze...

Im besonderen soll allen Vereinen, die auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung gebildet sind (Arbeiter-Vereine, Gewerkschaften), sowie allen sonstigen zur Wahrung der Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet werden...

III. Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine zur Sicherstellung ihrer Vermögensrechte ohne Einschränkung ihrer Bewegungskraft.

Schreiner-München (Post- und Telegraphenpersonal-Verband): Die Organisationen hätten sich gebildet, um die Lage der Staatsarbeiter zu verbessern...

Roth-Verein (katholischer Arbeiterverband) ist gegen ein Koalitionsrecht ohne jegliche Einschränkung...

Rebner-Hagen (katholischer Arbeiterverein): Bei der Rede des Vorredners glaube ich mich in den Centralverband der Industriellen verfehlt (Sehr gut!), wir sind aber auf einem Arbeiterkongress...

Der Arbeiter hat das Recht auf unbeschränktes Koalitionsrecht. Erst nach der Freigabe völlig erzwungen sein, ehe man gegen die Freiheit vorgehen kann.

**Leinwand-Arbeiter (Textilarbeiter)** wenden sich gegen die Beschränkungen des Streikpotenzials und die schwarzen Listen der Arbeitgeber. Die Resolution müsse einstimmig angenommen werden, damit man oben einmal erfahre, wie die Arbeiter über unsere gegenwärtige Vereinsfreiheit denken. (Beifälliger Beifall.)

Dieser noch 10 Redner gemeldet sind, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Es entsteht noch eine längere Diskussion über eine Abänderung der Resolution des Referenten. **Wolff-Trier** vom Verband der Eisenbahnarbeiter bringt einen Antrag ein, der die Resolution des Referenten stark verwaschelt, insbesondere sich gegen den Satz im Absatz II wendet, der die Schaffung eines einheitlichen und freizeithilflichen Vereins- und Versammlungsrechtes fordert, in welchem alle das Koalitionsrecht und die Tätigkeit der Berufsvereine einengenden Bestimmungen des Vereinsgesetzes beseitigt sind. Die beiden Delegierten des Verbandes der katholischen Arbeiter, **Kloß** und **Richter-Berlin**, verlangen ebenfalls mindestens die Streichung dieses Absatzes.

**Giesberts-München-Bladbach** empfiehlt die Resolution des Referenten.

**Schirmer-München:** Die Staatsangestellten, die in unserm Verbandsorganisiert sind, werden sich hüten, in einen Streit einzutreten. Wir verlangen nur das unbeschränkte Petitionsrecht. In Preußen hat der Minister einige Arbeiter bei sich zu Tisch geladen. Bei der Gelegenheit werden die Arbeiter ihre Beschwerden nicht vorgebracht haben, aus Angst oder aus den verschiedensten Gründen. (Große Heiterkeit.) Sie haben vielleicht noch nicht einmal gewußt, wie sie den Dummherren zu erklären hätten. (Stimmige Heiterkeit.)

Nach Ablehnung des Antrages **Wolff** gegen wenige Stimmen wird die Resolution des Referenten mit dem Zusatz betreffend das Petitionsrecht der Staatsbeamten gegen drei Stimmen angenommen.

Die Verhandlungen werden hierauf auf Montag früh vertagt.

Wir wenden auf die Beurlaubung zurückkommen, wenn der Kongreß abgeschlossen ist. Es ist nur eine Variation des uralten Themas: die Arbeiter durch ein sozialpolitisches Gropoira einzulassen und einzufangen, durch das Einseitigkeit der Bewilligung einiger sogenannter „berechtigter Forderungen“ sie um das Erstgeburtserbe ihrer völligen Befreiung zu bringen. Es gibt aber keine soziale „berechtigten“ Forderungen. Das ganze weite Gebiet des gesellschaftlich-politischen Daseins ist untrennbar und unteilbar. Das Proletariat ist an allen politischen und sozialen Fragen unmittelbar interessiert und so kann es nur als Klasse im Klassenkampf mit einem allumfassenden Programm erfolgreich kämpfen. Es muß zwar eine Arbeitsteilung vornehmen (Politik, Gewerkschaft, Genossenschaft), aber die Arbeitsteilung darf niemals zur Trennung und zur Beschränkung auf einige sozialpolitische Forderungen werden. Sonst würde die Sozialreform nur so weiter, um das Proletariat zu enternern und an die herrschende Klasse zu verraten.

Zunächst zeigt der Kongreß, daß die Drahtzieher der selben Gewerkschaften zum Bewußtsein gekommen sind, daß sie stärkere Mittel anwenden müssen, um noch ein paar tausend Arbeiter bei der schwarzen Fahne zurückzuführen. So werden denn, bei aller Unklarheit, Gegenfährlichkeit und Halbheit — man beachte den Verzicht auf die Streichung des § 153 der Gewerbe-Ordnung — zum Teil radikalere Forderungen aufgestellt: z. B. das unbeschränkte Koalitionsrecht für Landarbeiter und Gesinde sowie für die Staatsangestellten (Post, Eisenbahn). Freilich werden diese Beschlüsse auf dem Papier stehen bleiben, und die Parteien, die diese antisozialdemokratischen Vereinigungen begünstigen, denken nicht daran, sie parlamentarisch zu unterstützen. Aber hier liegt doch das Moment, in dem auch diese Vereine über sich selbst hinausdrängen. Sobald Arbeiter beginnen, sich ihrer Lage bewußt zu werden und ihre Forderungen aufzustellen, nähern sie sich ganz von selbst dem — Umsturz. Die Scharmacher werden sicher nicht verstehen, sich über die „Gehehrlichkeit“ des Frankfurter Kongresses zu enträufen, und sie werden nur den braven „Arbeitervertretern“ ihren Beifall zollen, die — wie auf dem Kongreß selbst gesagt wurde — reden, als seien sie auf der Generalversammlung des Centralverbandes deutscher Industrieller. Alle antisozialdemokratische Demonstration wird den „christlichen“ und „nationalen“ Arbeitern keinen Fortschritt, keine Besserung erhebeln, die den herrschenden Klassen irgendwie unangenehm wäre. Das Proletariat erreicht keinen Deut mehr, als seine Macht und seine Entschlossenheit sich erzwingt. Das werden auch die Arbeiter, die man „national“ und „christlich“ zu fesseln sucht, einsehen. Man bezweckt, sie zu verraten, und erreicht doch nur ihre Aufklärung. Alle Wege, die von der Sozialdemokratie fortzuführen sollen, führen schließlich zu ihr hin.

**Kaiser Wilhelm** und der Zar beabsichtigen, wie verlautet, am 4. November eine Zusammenkunft in Wiesbaden zu haben. Politische Wichtigkeit ist der Begegnung nicht zuzuschreiben, es ist offenbar nur ein höflicher Höflichkeitssakt. Nach deutschen Blättermeldungen weiß man vom Programm der sehr kurzen Begegnung vorläufig nur, daß Galathea und danach Festvorstellung im Hoftheater stattfinden solle; unmittelbar nach der Vorstellung wird der Zar wieder abreisen.

Endlich vom Zeugniszwang befreit ist der frühere Redakteur der „Hilfe“, **Gerhard Hildebrand**. Er hat mehr als 8 Wochen in der Zwangshaft zubringen müssen, weil er die Nummerung zurückwies, der Behörde denjenigen zur Disciplinierung zu überliefern, welcher in der „Hilfe“ eine „Dienstamweisung“ der Potsdamer Regierung an die ihr unterstellten Redaktoren sachkundig kritisiert hatte. An der Ehrenhaftigkeit eines Schriftstellers scheitert wiederum die Andeutung einer strafprozessualen Bestimmung, welche die Pflichten der Kollegialität und der Moral schändlich verlegt. Möge das Opfer, das Hildebrand gebracht hat, zur Befreiung des unwürdigen Zeugniszwanges gegen Redakteure beitragen!

#### Ein entlarvter Amtsvorsteher.

Der seltene Fall, daß ein königlich preussischer Amtsvorsteher, hervorragende Ordnungsgewalt vor Gericht als Denunziant, Substant anonymen Schmähbriefe und Verleumdungen entlarvt wird, ereignete sich am Sonnabend in Calbe an der Milde (Altmark).

In der Gemeinde **Brunau** wurden seit Jahren die Bewohner mit anonymen Droh- und Schmähbriefen, die Verdächtigungen und Verleumdungen enthielten, belästigt. Endlich, nach Jahren, nahm sich einer der am meisten Belästigten, ein Ackermann **Reifener**, den Mut, gegen den — Amtsvorsteher **Mühl** die Klage wegen Verleumdung zu erheben. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Calbe a. M. beauftragten die Schreibfachverständigen **Dr. med. Meyer** und **Drogolin-Berlin** übereinstimmend, daß der Amtsvorsteher der Verfasser aller in Laufe der Jahre entworfenen Schmähbriefe sei. Sie enthielten zum Teil die unflätigsten Beschimpfungen und Denunziationen. Die Enttarnung war nur durch einen glücklichen Zufall möglich, da ein Postbeamter zufällig sah, wie **M.** dergleichen Briefe in den Briefkasten steckte.

Der Angeklagte wurde zu 200 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt. — Die „Höhe“ der Strafe konnte nur nach dem neuen Fall bemessen werden, da bezüglich der übrigen Schmähbriefe einmal kein Strafantrag gestellt und auch Verjährung eingetreten war.

Von der silesisch-russischen Grenze. Ein Obersteiger von der Sauer-Grube bei Mitowice (Rußland) war bei den Arbeitern wegen der ihnen von ihm zu teil werdenden Behandlung sehr unbeliebt. Um den verhassten Vorgesetzten los zu werden, griffen einige Arbeiter zu dem verwerflichen Mittel, ihn der Polizei als einen thätigen Rißstift zu denunzieren. Die Polizei verhaftete den

Mann, und da er sich nach ihrer Meinung von dem auf ihm lastenden Verdacht nicht genügend reinigen konnte, wurde der Obersteiger dieser Tage in der That auf administrativem Wege nach Sibirien verbannt.

In **Mielica** an der russisch-galizischen Grenze wurde vor einigen Tagen ein russischer Student verhaftet, der angeblich sozialistische Schriften nach Rußland hineingeschmuggelt hatte.

Der **Waldmeister Tomalla** aus Kaurahütte, der in Auftrage des polnischen Verlegers **Soltys** aus **Gleiwitz** „aufschreierische“ Schriften nach Rußland transportierte, ohne den Inhalt des Pakets zu kennen, und dabei samt **Soltys** von russischen Beamten in **Gladatz** abgefaßt wurde, ist von der russischen Behörde jetzt nach Preußen „angefahren“ und hier in Freiheit gesetzt worden. Herr **Soltys**, der Herausgeber des radikalpolnischen Blattes „**Iskra**“, ist jedoch nach **Warschau** übergeführt worden und wird wahrscheinlich auf lange Zeit in russischen Kerker verhaftet werden.

**Sächsische Abgeordnetenkammer.** Bei der am Montag fortgesetzten Generaldiskussion über die allgemeine politische Lage kommt **Segis (Soz.)** in längerer Rede gegen die Regierung auf die jüngste Konferenz der Finanzminister in Berlin sowie den Stand der Handelsvertrags-Verhandlungen zu sprechen. Finanzminister **Freiherr von Riedel** erwidert, was die Reichsfinanzreform und die Konferenz der Finanzminister betreffe, so könne er selbstverständlich über die eingehenden Beratungen der letzten Tage keine Mitteilung machen; die Geduld werde ohnehin nicht lange auf die Posten gespannt werden. Vorläufig möge man das Urteil vertragen, bis Aufschlüsse bekannt werde, ebenso wie bezüglich der Handelsverträge. „Auf allen Seiten herrsche guter Wille, aber mit gutem Willen allein sei es nicht getan. Man müsse darauf bestehen, daß die Interessen des Reiches und des Landes entsprechend gewahrt werden.“

Einige Bemerkungen des Finanzministers deuten darauf hin, daß er, der seit 1877 das Amt des Finanzministers bekleidet, nach Schluß der jetzigen Session in den Ruhestand zu treten gedenkt.

### Ausland.

#### Eine Niederlage der schweizerischen Reaktion.

Die schweizerische Reaktion hat am Sonntag eine dreifache wichtige Niederlage erlitten. Bei der Volksabstimmung wurden mit gewaltiger Mehrheit drei reaktionäre Gesetzesvorlagen verworfen. Es handelte sich außer um das kürzlich an dieser Stelle behandelte **Maulkrattengesetz**, durch das der Artikel der **Auswägung des Militarismus** ein Ansehn zwischen die Jahre gehoben werden sollte, noch um zwei weitere Vorlagen, wovon die eine ein reaktionäres **Initiativbegehren** die andere ein reaktionäres **Ständemitteilstimmengesetz** ist. Das **Initiativbegehren**, auch die **Alceblattinitiative** genannt, ging von dem der radikalen Mehrheitspartei angehörigen **Weinländer** und **Nationalrat** **Ernst** in **Capes (St. Waast)**, dem der gleichen Partei angehörigen **Alembacher** und **Nationalrat** **Vopp** in **Bläsch (St. Jülich)** und dem ultramontanen **Advokaten** und **Bauer** **Hochstrater** in **Sursee (St. Luzern)** aus und hatte folgenden Wortlaut: „Der Nationalrat wird aus Abgeordneten des schweizerischen Volkes gebildet. Auf je 20 000 Seelen der schweizerischen Bevölkerung wird ein Mitglied gewählt. Eine Bruchzahl über 10 000 Seelen wird für 20 000 Seelen berechnet. Jeder Kanton und bei geteilten Kantonen jeder der beiden Landesteile hat wenigstens ein Mitglied zu wählen.“ Gegenwärtig wird ein Nationalrat aus je 20 000 Seelen der Wohnbevölkerung gewählt. Nach dem **Initiativbegehren** sollten die 400 000 Ausländer in der Schweiz sojuzig aus der Reihe der Lebenden gestrichen, also als Luft behandelt werden. Die Beweggründe der Initianten waren chauvinistische, aber sie wären nicht die häuerlichen Realpolitiker, die sie sind, wenn sie mit ihrer Aktion nicht noch andre Zwecke verfolgt hätten. Und diese Zwecke sind die Zurückdrängung der Städte und der Industrie, die Verminderung ihrer politischen Macht und ihres Einflusses auf Gunsten der Stützungen der Macht und des Einflusses der Bauern. Also eine ganz unterschänkte Agrarpolitik, wie sie in Deutschland seit jeher praktiziert wurde zum großen Schaden des deutschen Volkes. Die Annahme des **Initiativbegehrens** hätte die Verminderung der Mitglieder des Nationalrates um 20, von 167 auf 147, zur Folge gehabt. Von den Verlusten wären die städtischen und industriellen Wahlkreise, in denen die meisten Ausländer wohnen, so **Basel, Zürich, Genf, St. Gallen, Lausanne, Winterthur** etc. betroffen worden. Von den Verlusten wäre in erster Linie die sozialdemokratische Partei betroffen worden, die noch in keinem Wahlkreis die Mehrheit hat und ihre Vertreter im Nationalrat fast ausschließlich dem sogenannten „freiwilligen Proporz“ der Mehrheitspartei verdankt. So nebenbei war das wohl auch einer der Zwecke der Initiative. Derselbe war nach jeder Richtung brutal und fribol, um so mehr, als, wie gerade die Geschichte des neuesten **Volksrats** beweist, die Bauern heute schon den Bundesrat und die Bundesversammlung vollständig beherrschen und die radikale Mehrheitspartei planmäßig Bauernpolitik betreibt, um die Bauern von der Bildung einer besonderen Bauernpartei abzuhalten und sie dauernd in radikalen Lager festzuhalten. Nun, diese reaktionäre Vorlage ist mit 200 523 gegen 92 117 Stimmen, also mit Dreiviertel-Mehrheit, abgelehnt worden. Ein nicht viel besseres Schicksal wurde dem **Maulkrattengesetz** zu teil, das mit 259 929 gegen 115 088 Stimmen verworfen wurde.

Die dritte Vorlage verhandelt ihr Dasein ebenfalls der Initiative von Interessenten, nämlich der **Wirte**, die seit Jahren in allen möglichen Formen nach einer Monopolstellung streben. In der Schweiz ist gegenwärtig der Verkauf von Quantitäten alkoholhaltiger Getränke von zwei Litern an patentfrei. Zwar ist dieser Zustand seiner Zeit zum Zwecke der Bekämpfung der Schnapspest geschaffen worden. Der Zweck wurde zu einem großen Teile erreicht, der Schnaps bis zu einem gewissen Grade vom Wein und Bier verdrängt, welche Getränke aus den betreffenden Verkaufsstellen nach Hause geholt und hier konsumiert werden dürfen. Die Wirte wollten nun das zulässige Minimum für ihre Konkurrenten von zwei auf zehn Liter erhöhen haben, also auf ein Quantum, das im Hinblick auf den Kostenpunkt den meisten Arbeitern nicht den Einkauf gestattet und sie wieder in die Wirtschaften zwang. Wo elender Konkurrenzneid und unberufene Geschäftsmacherei. Ihre Partei bekämpfte entschieden diesen Antrag auf die Tische der proletarischen Konsumenten.

Nach diese den kleinlichen Interessen einer vereinzelt Gewerksgruppe entsprechende Vorlage wurde verworfen mit 229 900 gegen 155 052 Stimmen.

Mit einem klaren dreifachen Nein zog unsere Partei in den Kampf gegen die dreifache Reaktion — ein dreifacher Sieg ist ihr geworden!

#### Oesterreich-Ungarn.

**Stefan Tisza** wurde am Montagvormittag vom König empfangen und mit der Bildung des ungarischen Kabinetts beauftragt.

Das Kriegsgesetz zu **Wien** beurteilte den Obersten von **Grünzweig**, welcher der Hauptkandidat an dem **Vieler Todesmarsch** ist, zu zwei Jahren Gefängnis, Charge- und Pensionsverlust.

#### Frankreich.

##### Zur Schulfage.

**Paris, 25. Oktober.** (Eig. Ber.) Eine Enquete des Unterrichtsministeriums über die Ergebnisse des Kampfes gegen die kongreganistischen Primarschulen hat für ganz Frankreich (unter Ausschluss von **Algerien**) folgende Zahlen geliefert. Bis zum 12. Oktober laufenden Jahres wurden insgesamt 10 040 kongreganistische Primarschulen geschlossen. Davon wurden aber wieder eröffnet 988 Knaben- und 4851 Mädchen-schulen, zusammen 5839, d. h. mehr als die Hälfte der geschlossenen Schulen. In einzelnen sind 106 kirchliche Knabenschulen unter der weltlichen Firma **Wahlschule** von **Vevey** und 882 unter der Leitung weltlich ungelieferter Kongreganisten wiedereröffnet worden. Für die Mädchen-schulen ist das Zahlen-

verhältnis zwischen den beiden Arten der Wiedereröffnung: 1875 und 2976. In den bretonischen Departements steigt die Zahl der Wiedereröffnungen bis auf 100 Prozent, d. h. es wurden ebensoviele oder fast ebensoviele kirchliche Schulen wiedereröffnet als geschlossen: im **Finistère** 100 Schulen geschlossen und genau 100 wiedereröffnet, im **Cotes-du-Nord** 114 Wiedereröffnungen gegen 144 Schließungen, im **North-Bretagne** 176 gegen 184, im **Ille-et-Vilaine** 171 gegen 200.

Der antikirchliche Schulkampf, wie er bisher geführt wurde, erwies sich also zahlenmäßig als eine Sisyphusarbeit. Neben der bereits mehrfach gekennzeichneten Unzulänglichkeit der bisherigen Kampfmittel infolge des Palliativ-Charakters des „Vereinsgesetzes“ von 1901 kommt dabei noch in Betracht die bedrückende Finanzlage des Staates. Schon bisher hat der Schulkampf dem Staat allein folgende Kosten verursacht: 9 Millionen Franc eines „Ausnahmekredits“ für neue Schulbauten, ferner das Gehalt für neue 1600 Lehrerstellen auf Grund des Finanzgesetzes von 1903 und die auf Rechnung des Budgets von 1904 vorauszunehmende aufzuwerfende Summe für die Schaffung von weiteren 500 Lehrerstellen. —

#### Italien.

Zur Bildung des neuen Kabinetts. Die „**Tribuna**“ meldet, **Giolitti** habe mit dem Führer der Radikalen **Marcora** eine Besprechung gehabt, und sich bezüglich an den Sozialistenführer **Turati** gewendet, um sich genau über die Stimmung in den parlamentarischen Kreisen zu informieren. Er werde auch noch mit andern Parlamentariern sich beraten, um dem Könige nach dessen Rückkehr nach Rom mitteilen zu können, ob er die Kabinettsbildung übernehmen wolle. — „**Italia**“ zufolge hat **Dissolati** im Namen **Turatis** und seiner politischen Freunde **Giolitti** gegenüber geäußert, daß sie ein von ihm geleitetes Kabinett unterstützen würden. Dasselbe Blatt meldet, **Marcora** habe sich bereit erklärt, in das neue Ministerium einzutreten.

**Dissolati**, der ehemalige Redakteur des „**Avanti**“, und **Turati** gehören der Rechten der italienischen Partei an. Ob ihre Auffassung sich mit der herrschenden Richtung deckt, bleibt abzuwarten.

#### England.

Die englischen Bergarbeiter hielten in London ein großes Meeting gegen **Chamberlain's** Politik ab, in dem sie mit aller Energie für die Prinzipien des Freihandels eintraten. Alle Bergarbeiterfaktionen des gesamten Königreichs waren auf dem Meeting durch Delegierte vertreten.

#### Norwegen.

Der Ministerwechsel, der nach den Störchingstrahlen unvermeidlich geworden war, ist jetzt erfolgt. Das Ministerium **Vleher** ist abgetreten und an seiner Stelle ein Ministerium gebildet, an dessen Spitze der konservative Professor **Hagerup** als Staatsminister steht. Außerordentlich gehören dem neuen Ministerium an: als Staatsminister in **Stockholm** **Stigurd Jøsen**, Chef des Finanzdepartements: **Geograph** **Rüdel**, der Landesverordnungsamt: **Strugrud**, des Kirchen- und Unterrichtsdepartements: **Dans R. Hauge**, der Landwirtschaft: **Chr. Mathiesen**, des Handels- und Industrie-departements: **Postmeister** **Schöning**, des Arbeitsdepartements: **Amstgenier** **H. E. Ab. Hansen** und als Mitglieder der Staatsratsabteilung in **Stockholm**: **Chr. Michelsen** und **Benjamin Vogt**. Fünf der Mitglieder des neuen Ministeriums gelten als Liberale. In der neuen Regierung kommt also gewissermaßen die Sammelregierung zum Ausdruck, von der bei den Wahlen so oft die Rede war und die sich bekanntlich auch gegen die Ansprüche der Arbeiterschaft richtete.

#### Japan.

##### Socialistenbekämpfung in Japan.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte, daß Japan sich der europäischen „Kultur“ mit Rückschritten nähert, so wird er durch einen Erlass erbracht, der den Verkauf eines Bandens sozialistischer Lieder verbietet und die Befehlsgewalt der bereits im Wachsthum befindlichen **Exemplare** anordnet! — Diese Maßregel ist im Anschluß an einen großen Streik in **Osaka** getroffen und — wie es im Erlass heißt — von Rücksichten auf die öffentliche Ordnung“ diktiert!

Das Interessanteste an der ganzen Sache aber ist, daß die verbottene Liederammlung von einem der vier japanischen Offiziere zusammengestellt ist, die auf Staatskosten — um sociale Studien zu machen — Europa bereisten, und von denen drei als Sozialdemokraten nach Japan heimkehrten. —

### Landtagswahl.

#### Konservativ-antisemitischer Wahlzettel.

Im dritten Berliner Landtags-Wahlkreis wird von konservativ-antisemitischer Seite ein **Circular** verbreitet, das die sozialdemokratische Gefahr lebhaft malt. Die Freisinnigen könnten auch bei der Landtagswahl dem Vordringen der Sozialdemokratie keinen Widerstand leisten. Die freisinnige Vereinigung fordere sogar zur Unterstützung der Sozialdemokratie auf. Dann fährt das **Circular** fort:

Es ist deshalb zu befürchten, daß die Berliner Landtags-Wahlkreise, die bisher schon fortschrittlich-demokratisch vertreten waren, nunmehr in sozialdemokratische Hände gelangen werden. Diesem Verbrechen müssen sich alle wahrhaft deutsch-nationalen Bürger, welcher politischen Parteirichtung sie auch angehören, mit aller Entschiedenheit entgegenstellen. Den dankenswerten Bemühungen patriotischer Männer ist es gelungen, im dritten Berliner Landtags-Wahlbezirk eine Einigung der national gesinnten Elemente zu Stande zu bringen, welche den Kampf gegen die fortschrittliche und die revolutionäre Demokratie bei den bevorstehenden Landtagswahlen mit Nachdruck aufzunehmen gesonnen sind. Zu Kandidaten der vereinigten nationalen Parteien sind: der Regierungsrat a. D. **Dittlich** und der Geheimen Expedierende Sekretär **Wendland** nominirt, beide aus der bewährten Schule der Preussischen Verwaltung hervorgegangen. . . . Um aber den Kampf erfolgreich durchzuführen und wenigstens einen Landtags-Wahlbezirk in Berlin der Demokratie zu entreißen, gebrauchten wir Geld!

Der Schrei nach Geld ist denn auch nicht unerhört verhallt. So haben beispielsweise Hausbesitzervereine ein paar hundert Mark gespendet.

In der Sozialdemokratie ist es, die Befürchtungen der konservativ-antisemitischen Sippe zu rechtfertigen und zu zeigen, daß sie selbst mit dem öffentlichen plutokratischen Dreiklassenrecht fertig zu werden im Stande ist.

Das sozialdemokratische Flugblatt, welches unsere Parteigenossen am Sonntag in Berlin verbreitet haben, gefaßt der „**Voll. Jg.**“ ebensoviele wie dem Blatte für liberale Begräbnisarbeit. Die „**Voll. Jg.**“ und die „**Frei. Jg.**“ behaupten, ihre Partei hätte im Abgeordnetenhaus stets die liberalen Forderungen mit Nachdruck vertreten. Wir sind über das Maß von politischer Energie, das die Freisinnigen aufgewendet haben, anderer Ansicht und den entscheidenden Beweis für die Richtigkeit unserer Einschätzung freisinnig-vollparteilichen Wirkens giebt die jetzige Wahlbewegung. Jetzt, da zum erstenmal die Massen des Volkes in den Wahlkampf gerufen werden, während bisher stets nur kleine Eliten sich rauten, jetzt war die Möglichkeit gegeben, eine Vertretung für die liberalen Forderungen im Abgeordnetenhaus herbeizuführen, durch deren vermehrte Kraft endlich einiger Erfolg gäbe die übermächtige Junkerherrschaft erhört werden konnte. Aber dieser Liberalismus, der sich nun wieder verwahrt, irgend welche Verfassnis begangen zu haben, fürchtet, die Bewegung des Volkes, sträubt sich gegen das Eindringen der Sozialdemokratie in den Landtag und aus freier Angst läßt er nicht nur die günstige Gelegenheit ungenützt, sondern thut alles, um den liberalen Ideen den Erfolg zu verweigern und die Reaktion siegreich zu machen.

Ja, die „**Vollst. Zeitung**“ bringt die Leistung fertig, auch diesen Kampf, der ein Kampf aller irgendwie freihetlich Ge-



Aber die künftigen Vorgänge bei der angeblich arbeiterfreundlichen Firma Siemens u. Halske, die den wirtlichen Terrorismus, wie er von den Arbeitnehmern ausgeht, treffend kennzeichnen. — Der Referent richtete am Schlusse seines Vortrags die Frage an die Versammlung: „Sollen wir den Kampf jetzt abbrechen? — worauf, wie zu erwarten, mit allgemeinem kräftigen Nein!“ beantwortet wurde. Es kam also wieder mal konstatiert werden, daß die Streikenden noch immer einmütig zusammenhalten. — Außerdem kamen in der Versammlung wieder mehrere polizeiliche Verhaftungen von Streikposten zur Sprache. Die Tempelhofer Gendarmen üben eine besondere Methode aus. Sie lassen nämlich keinen Streikposten auf ihr Gebiet. Es ist aber trotzdem dem dortigen Fabrikanten, der nahe bei Berlin wohnt, nicht gelungen, sich treue Arbeitswillige zu verschaffen. In Berlin sind wiederum mehrere Cisternen von Streikposten vorgekommen. Am Elisabethhof wurde ein und derselbe Streikposten dreimal festgenommen.

Am Sonntag hat hier in Berlin eine Versammlung von Werkmessern aus verschiedenen Gegenden Deutschlands stattgefunden und zwar unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit. Da es velleicht versucht werden wird, hier Metallarbeiter für die Provinz anzuwerben, wird darauf aufmerksam gemacht, daß jeder, der eine Stellung nach auswärts annehmen will, sich unbedingt erst mit der Lohnkommission in Verbindung setzen soll.

Die Bewegung der Adressenschreiber hat neben vielen guten Wirkungen auch die gezeitigt, eine Anzahl von Wohlthätern, die ihren edlen Beruf unter Ausschluß der Öffentlichkeit betrieben, größeren Kreisen bekannt zu geben. Wir veröffentlichen in unserer Sonntagsnummer einen Bericht über eine Versammlung der Adressenschreiber, zu dem uns eine Verichtigung des Adressenverlegers Adolf Schustermann, Blumenstr. 80/81 zugegangen ist. Die Schustermannsche Verifikation ist keine Verichtigung, wie sie irrtümlicherweise der Einleger selbst nennt, sondern eine arge Selbstverächtigung, der die verdiente ungekürzte Aufnahme zu teil werden soll. Sie lautet:

„In der heutigen Nummer Ihres Blattes veröffentlichte Sie einen längeren Artikel über die am Donnerstag stattgefundene Adressenschreiber-Versammlung, welcher, soweit darin von meiner Firma die Rede ist, durchweg thatsächliche Unrichtigkeiten enthält, weshalb ich Sie ersuche, nachstehende Verichtigung in der nächsten Nummer Ihrer Zeitung am gleichen Platz aufzunehmen.“

Der Referent des Abends behauptet, daß in den meisten Fällen bei mir Wochenlöhne von 3—5 M. verdient werden. Dies ist eine so trostlose Unwahrheit, daß sie nicht scharf genug zurückgewiesen werden kann. Aus dieser Behauptung spricht eben nur der ganze Haß, der die Bewegung überhaupt kennzeichnet und der eben nur darauf hinausgeht, die öffentliche Meinung durch Verbreitung unwahrer Thatsachen oder Aufbauschungen von vorhandenen unabweislichen Uebeln aufzureizen.

Wahr an dieser Behauptung ist nur, daß ich in meinem Betriebe 2—3 alte Pensionäre und nur teilweise Arbeitsfähige beschäftige, die es allerdings, da ihre Kraft doch nur gering sein kann, in der Woche auf 4—5 M. bringen. Mein Vertreter, der in der Versammlung zugegen war, hat auch sofort Veranlassung genommen, dem Referenten in diesem Sinne zu antworten, allerdings verschweigen Sie in Ihrem Bericht diese Entgegnung meines Vertreters, so daß die Behauptung des Referenten anscheinend unabweisbar blieb. Die Folge dieser unwahren Behauptung ist nun allerdings, daß ich die betreffenden Personen, denen mit der Beschäftigung bei mir eine Wohlthat erwiesen wurde, jetzt entlassen werde, die Schuld hieran trifft dann nicht mich, sondern eben die Hoyer und Aufwiegeler, und mögen sich die Entlassenen bei denselben bedanken resp. sie um lohnendere Arbeit angehen.

Die zweite Unwahrheit, welche der Referent in der Versammlung ausspricht und die von Ihrer Zeitung wiedergegeben wird, betrifft die Anfertigung der Krankenlisten-Adressen zum Preise von 25 Pf. pro Hundert.

Der Referent hebt als Beweis eine sehr lange Adresse heraus, scheint aber nicht zu wissen oder verschweigt es vielmehr, daß derartige ungewöhnlich lange Adressen nur vereinzelt vorkommen. Die meisten der ca. 10—11 000 Adressen sind ganz einfach und lauten zumeist: „An die Orts-Krankenliste der Tischler in X.“ oder „An die Allgemeine Orts-Krankenliste in X.“

Für diese Adressen zahle ich nun nicht 25 Pf., sondern 30 Pf. pro Hundert und, sobald ein Schreiber bei dem von ihm zu erledigenden Teil etwa eine verhältnismäßig größere Anzahl längerer Adressen vorfindet, 35 Pf.“

Die Firma bestreitet nicht, Personen zu beschäftigen, die wöchentlich 4—5 M. verdienen, und hat für diesen Zustand das charakterisierende Empfinden, diesen Personen eine Wohlthat zu erwiesen. Das sei hiermit dem objektiven Urteil der Öffentlichkeit vorerst übergeben. In der betreffenden öffentlichen Versammlung hat der Referent diese Thatsache festgestellt und zugleich erwähnt, daß der Wochenlohn für unrentable Bureaux bei tüchtigen Arbeitern 7—8 M. beträgt. Eine uns vorliegende Ausstellung eines guten Durchschnittsarbeiters ergibt, daß er bei neunzigständiger Arbeitszeit (Nacht- und Sonntagsarbeit mit einbezogen) nach Abzug des Krankentagegeldes Wochenlöhne von 8,50, 9,30 und 7,22 M., also Stundenlöhne von 8—10 Pf. erzielt hat.

Diese „gesicherten Existenzen“ aufzuheben und aufzuwiegen hat Herr Schustermann mit unbedeutender Meisterhaft verstanden. Herr Schustermann brüht sich verschiedentlich, einen seiner öffentlichen Ankläger verklagt zu haben. In diesem Prozeß wird sich das Gericht auch darüber auslassen müssen, ob man mit „Wohlthaten“ auf Elend eine erfolgreiche Industrie basieren kann.

Mit dem Streik bei Schmeling u. Barta in Rixdorf und den Zuständen in der jüdischen Arbeiterkolonie zu Weiskensee befaßte sich am Sonntag wiederum eine Branchenversammlung der Stroh- und Celluloidarbeiter, die am Sonntag im Lokale von Schmeling in Neu-Weiskensee tagte. Der Streik steht im allgemeinen günstig für die Arbeiter. Es hat sich bisher nicht ein einziger Streikbrecher eingefunden und die Streikenden selbst halten einmütig aus. Die Arbeit, die in der Kolonie geliefert wird, vermag, wie der Referent Schildbrandt klarlegte, die der gelerntem Arbeiter durchaus nicht zu ersetzen. Der Redner ging des weiteren auf die fandalöse Schmutzkonkurrenz, die durch die jüdische Kolonie betrieben wird, sowie auf die traurigen Arbeitsverhältnisse, die dort herrschen, ein. Es wurde bereits früher darauf hingewiesen, daß die Kolonie Arbeiter, die sonst 1,50—1,80 M. Arbeitslohn kosten, für 40—60 Pf. liefert, daß sie für eine tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden 70 Pf. pro Arbeiter berechnet, somit billigere Arbeitskräfte liefert als die Straf-anstalten, und wie gefährlich und verderblich diese „Wohlthaten“ für die freien Arbeiter, ja auch für die mit anständigen Mitteln arbeitenden Firmen und für die ganze Branche werden muß. Die Vertretung der organisierten Arbeiter hat sich bereits vor mehr als acht Tagen an den Vorsitzenden des Vereins der jüdischen Arbeiterkolonien gewandt, um eine Versprechung herbeizuführen, hat jedoch bis heute noch keine Antwort erhalten. Selbstverständlich liegt es den Streikenden vollständig fern, etwa nach Art der Antisemiten, weil es sich um eine jüdische Institution handelt, dagegen vorzugehen. Ebenso wenig machen sie den Insassen irgend einen Vorwurf, die ja in ihrer bedauerlichen Lage sich gezwungen sehen, sich in dieser gemeinschaftlichen Weise zu betätigen. Doch hätte wohl die jüdische Gemeinde auch ein Interesse daran, jene Verhältnisse zu untersuchen und für Abhilfe zu sorgen. Der Referent ging des weiteren auf die Entwicklung des Streiks bei Schmeling u. Barta ein. Es war nicht allein die Verbindung mit der jüdischen Arbeiterkolonie, was zur Inzufsriedenheit Anlaß gab; schon vorher hatte sich die Firma durch rücksichtsloses Verhalten, durch Lohn-drückereien, Maßregelungen und schlechte Behandlung ihrer Arbeiter mißbilligend gemacht. — In übrigen nimmt sich die Polizei auch der Interessen dieses Unternehmens sehr liebevoll an. Es sind bereits drei Kollegen vor der Fabrik verhaftet worden. Wie berichtet wird, handelt es sich hier gar nicht einmal um Streikende. Einer von

ihnen, ein junger Mann, der zufällig noch keine Wohnung hatte, wurde mit Handschellen gefesselt nach dem Amtsgefängnis transportiert, dort 45 Stunden eingesperrt, dann dem Richter vorgeführt und als unschuldig entlassen. Diese Polizeithaten wurden selbstverständlich vom Referenten scharf kritisiert. Die Firma kann übrigens ohne gelehrte Arbeiter, die sie bisher nicht erhalten hat und auch in Zukunft wohl schwerlich finden wird, wenn sie den Wünschen der Streikenden nicht nachkommt, nicht gut existieren. Die Versammlung war einstimmig der Meinung, daß der Streik unter allen Umständen fortgesetzt werden muß.

Des weiteren wurde in der Versammlung darauf aufmerksam gemacht, wie notwendig und vorteilhaft eine starke Organisation namentlich auch für die Hausindustriellen der Branche ist, und einstimmig eine Resolution angenommen, worin diese Thatsache hervorgehoben wird.

#### Deutsches Reich.

**Lohn- und Arbeitstarife im Zimmerergewerbe.** Der Verband der Zimmerer veröffentlicht in seinem Organ eine Uebersicht über die mit den Unternehmern abgeschlossenen Tarife. In 114 Zahlstellen des Verbandes bestehen solche Tarife, welche unter anderem die Löhne und die Dauer der Arbeitszeit festsetzen. In 2 Orten (Berlin und Bremen) besteht die Stündigkeit, in 13 Orten die 9 1/2-stündige Arbeitszeit. 81 Orte haben eine 10stündige, 6 eine 10 1/2-stündige und ein Ort die 11stündige Arbeitszeit. — Der höchste tarifmäßige Stundenlohn von 67 1/2 Pf. wird in Berlin gezahlt. Dann folgen 3 Orte mit 65 Pf., 2 mit 60 Pf., 6 mit 59 1/2—55 Pf., 23 Orte mit 46—50 Pf., 16 Orte mit 42—45 Pf., 24 Orte mit 36—40 Pf. In 13 Orten beträgt der Stundenlohn 32—35 Pf., in 4 Orten 30 Pf. und in einem Ort 27 1/2 Pf.

**Die Massenauspeerrung in Grimmitzhan** hat zu einer Verurteilung wegen groben Unfugs geführt. Zwei Arbeiter bemerkten nachts auf der Landstraße einen Planwagen ohne Licht und ohne Kennzeichen. Die Arbeiter vermuteten in dem Wagen Streikware. Einer von ihnen griff nun in den hinteren Teil des Wagens hinein, um sich über die Richtigkeit seiner Vermutung zu überzeugen und hielt in den Händen statt der Streikware — ein Gendarmendein. Der Wagen hielt sofort und die Gendarmen, die den Wagen als Transportmittel benutzten, verhafteten die beiden Arbeiter. — Jeder von ihnen wurde zu 10 M. Geldstrafe wegen groben Unfugs verurteilt.

## Verammlungen.

**Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ordnungsverwaltung Berlin)** hielt am 23. Oktober seine Generalversammlung ab, um den Geschäfts- und Kassenbericht entgegen zu nehmen. Den Geschäftsbericht gibt Thomas. Es wurden im letzten Quartal vermittelt für fest 97, zur Aushilfe 4577 Stellen. Nach den niedrigsten ortsüblichen Vermittlungssätzen sind den privaten Stellendienstmitteln 3028,75 M. entzogen worden. Aus dem Bericht des Kassierers geht hervor, daß im 3. Quartal die höchste Einnahme seit Bestehen des Verbandes erzielt wurde. Die Einnahme betrug 4019,15 M., ihr stand eine Ausgabe von 3544,25 M. gegenüber. Kassenbestand am Schluß des Quartals war 474,80 M. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme von 10 1/2 M. konnten der vorgehenden Zeit wegen nicht zu Ende geführt werden. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

**Auf die Verichtigung der Firma J. Garbath-Rosenthal** bezüglich der öffentlichen Tabakarbeiter-Versammlung vom 10. Oktober erklären wir hiermit folgendes:

In dem Versammlungsbericht vom obigen Datum ist auf der vierten Seite zweite Spalte 24. Zeile beginnend zu lesen: Als eine von den Firmen, wo die Verhältnisse besonders ungünstige waren (wohl gemerkt, Herr Garbath-Rosenthal, waren, oder noch sind. Wir bitten aufmerksamer zu lesen.) Zu Nr. 1 Ihrer Verichtigung haben wir in der betreffenden Versammlung behauptet, wie auch aus dem Versammlungsbericht hervorgeht, daß einem Teil Ihrer Arbeiter, wohl gemerkt dem größten Teil, für das Reinigen der Tische 10 Pf. abgezogen wurden. Zu Nr. 2, daß die Kasse in Ihrer Fabrik vor der Arbeitsüberlegung nicht ausreichend waren. Wohl gemerkt, waren, Herr Garbath-Rosenthal! Für 200 Arbeiter und Arbeiterinnen existierte ein fest und schreibe vier Kasse. Zu Nr. 3 stellen wir fest, daß die Zahl der Niederlagen so ungenügend war, daß Kleidungsstücke der Arbeiter sich fortwährend auf der Erde herumtrieben und daß in einem Falle von der Firma sogar Entschädigung gezahlt wurde.

Zu Nr. 4 haben wir zu bemerken, daß der größte Teil der Arbeiter, welche mit dem Streik beteiligt waren, unter irgend einem Vorwand entlassen worden sind, oder infolge von Chikanierungen, die jetzt auch sehr häufig einzelnen gegenüber betrieben werden, selbst aufhörten. Was sind es denn anders als Chikanen, wenn man die weiblichen Kommissionsmitglieder und Vertrauensleute von den übrigen dort beschäftigten Arbeiterinnen entfernte, dieselben an einen besonderen Tisch setzte, um zu verhindern, für die Organisation zu wirken. Unter anderem glauben wir annehmen zu dürfen, daß Herr Garbath seinen Reister lenkt.

Zu Nr. 5 haben wir zu bemerken, daß heute noch bei der Firma Garbath Arbeiter beschäftigt sind, welche direkt aus dem Auslande kamen und niemals bei andern Berliner Firmen beschäftigt waren.

Zu Nr. 6 haben wir zu bemerken, daß Arbeitern und Arbeiterinnen insofern Abzüge gemacht worden sind, als ihnen von den fertigestellten Cigaretten die geleistete Zahl nicht in Anrechnung gebracht wurde, und das bis auf den heutigen Tag. In einem Falle (Nuss) mußten 800 Cigaretten vor dem Gewerbeamt eingeliefert werden.

Zu Nr. 7 empfehlen wir dem Herrn Garbath-Rosenthal, den Versammlungsbericht noch einmal aufmerksamer durchzulesen.

Was nun die Löhne in der Berliner Cigarettenindustrie anbelangt, so hätten wir gewünscht, daß die in Frage kommende Firma angegeben hätte, unter welchen Umständen resp. in welcher Zeit die 20—25 M. verdient werden. (36 Mark können nicht in Frage kommen, weil das Ausnahmefall sind.) 10 1/2 Stunden Fabrikarbeit und 4—5 Stunden Hausarbeit in der Woche ist gang und gäbe. Aber auch den Sonntag müssen die Arbeiter noch daran wenden, um die genannte Summe zu verdienen. Dies macht annähernd 100 Stunden Arbeitszeit in sieben Tagen, nicht sechs, Herr Garbath.

Wenn die Firma von verschiedenen Rednern wegen der Ausweisung der beiden Arbeiter angegriffen wurde, so deshalb, weil sie durch die Nichtinnehaltung der bundesrätlichen Bestimmungen diese Arbeiter mit in den Streik getrieben hat, worauf gleich deren Ausweisung erfolgte.

Weshalb geht die Firma Garbath-Rosenthal nicht auf die Angaben über die von ihr des Diebstahls bezichtigten Arbeiter ein? Trotz Ehrenwortverpflichtung hat sie es abgelehnt, dieselben wieder in Arbeit zu nehmen, nachdem ihre Schuldlosigkeit vor Gericht festgestellt wurde. Vielleicht deswegen, weil sie dem Verbands angehören oder damals die Arbeitseinstellung mitgemacht haben? Max Kiesel. Sally Rosenthal.

**Rixdorf.** Am 14. d. M. fand in den Victoria-Sälen, Hermannstraße 49 die Generalversammlung des Bäckereivereins statt. Dem Bericht des Vorstandes, welchen Gen. Voelke erstattete, ist zu entnehmen, daß im letzten Quartal 13 Vorstandswahlungen, 1 Generalversammlung und 3 Mitgliederversammlungen stattfanden; im Laufe des Berichtsjahres 56 Vorstandswahlungen, 5 Generalversammlungen, 8 Mitgliederversammlungen, 16 öffentliche Versammlungen, 4 Agitationsreisen und 6 Flugblattverteilungen am Orte. Die Mitgliederzahl stieg im IV. Quartal infolge von 201 Neuaufnahmen und 18 Abmeldungen von 2503 auf 2775. Am Schluß des vorigen Berichtsjahres betrug die Mitgliederzahl 1400. Im Laufe des Jahres wurden neu aufgenommen 1477. gelassen

wurden 102. Der Versammlungsbericht und die Beteiligung an dem Wahlarbeiten waren durchweg erfreuliche zu nennen. Dem Wachstum des Bäckereivereins entsprechend gestaltete sich auch der Kassenbericht des Genossen Stieker. Danach betragen die Einnahmen des letzten Quartals inkl. 852 M. für Buns und 1000 M. Ueberschuß der Partispedition 3380,92 M., die Ausgabe am Orte betrug 470,86 M., an den Centralvorstand abgeliefert wurden 2371,25 M., somit bleibt ein Ueberschuß von 538,28 M. am Ort. Auf Listen zum Partielag gingen ein 337,— M. Die Jahresrechnung betrug 10 030,52 M., an Buns 1281,70 M., für die Reichstagswahl 3108,80 M. Die Gesamteinnahme betrug daher 14 770,02 M. Die Ausgaben beliefen sich am Ort, inkl. der Ausgaben für die Reichstagswahl, welche 2181,40 M. betragen, auf 3021,62 M.; an den Kreis wurden abgeliefert 9423,05 M., demnach betrug die Gesamtausgabe 13 344,67 M. Von dem 538,28 M. betragenden Kassenbestand beschloß die Versammlung, noch 200 M. an den Centralvorstand abzuliefern.

Den Bericht der Partispedition erstattete Genosse Heinrich. Danach betrug die Gesamt-Einnahme 14 366,76 M., die Gesamtausgabe 13 701,78 M., an den Bäckereiverein wurden 1000 M. abgeliefert. Die Abonnementzahl stieg von 3700 auf gegenwärtig 4015. Auf Antrag des Genossen Guse beschloß die Versammlung, die Neuwahlen bis nach beendeter Landtagswahl zu vertagen.

Hierauf hielt nun Genosse V. Hirsch einen Vortrag über „Die Bedeutung des preussischen Landtages für die Arbeiterklasse“. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Aus der Versammlung wurden einige Fragen gestellt, welche Genosse Hirsch sofort beantwortete. Eine weitere Diskussion fand nicht statt.

Es folgte die Neuaufnahme von 83 Mitgliedern. Ein Antrag des Genossen Franke, in der Partispedition nur organisierte Zeitungsfrauen zu beschäftigen, wurde nach lebhafter Debatte abgelehnt.

Seitens des Kassierers ist eine Veranschaulichung ausgearbeitet, welche jedoch wegen der reichhaltigen Tagesordnung nicht verlesen werden konnte. Wir bringen dieselbe hiermit dem Wunsch der Versammlung gemäß zum Ausdruck. Die Veranschaulichung soll folgendermaßen auf die Mitglieder: 408 Arbeiter, 613 Metallarbeiter (davon 125 Schlosser, 80 Wärtler, 60 Metallarbeiter, 48 Klempner, 41 Formner, 88 Dreher, 22 Radierer, 84 Schleifer, 25 Trüder, 10 Schmiede, 17 Mechaniker, 13 Holzleger, 11 Schraubendreher, 9 Graveure, 9 Eisenrührer, 9 Kernmacher, 8 Kupferfahndler, 5 Zraifer, 5 Metallpreller, 5 Maschinenisten, 4 Monteur, 3 Silberarbeiter, 3 Radler, 3 Drahtarbeiter, 3 Schmittarbeiter, 2 Formschneider, 2 Drahtzieher, 2 Zinkfäher, 6 Uhrmacher, 1 Wäschennmacher, 1 Fellenhauer, 1 Gelbgieher, 1 Gieher, 1 Galvaniseur, 1 Zinngieher, 1 Metallarbeiter, 1 Fahrrad-Reparateur, 1 Spammer, 1 Beschleier, 309 Holzarbeiter (270 Tischler, 88 Möbelpolierer, 15 Drechsler, 17 Bildhauer, 8 Klavierarbeiter, 8 Stellmacher, 7 Wätscher, 5 Klempner, 3 Stokarbeiter, 3 Wäschennmacher, 3 Wäschennmacher, 2 Korbmacher, 2 Schnitzer, 1 Wandfahnenmacher, 1 Weizer, 6 Holzarbeiter, 1 Einseher, 245 Maurer, 87 Töpfer, 88 Maler, 68 Zimmerer, 34 Stukkateure, 30 Bauarbeiter, 7 Dachdecker, 1 Dachdeckermeister, 6 Puger, 6 Glaser, 3 Anschläger, 2 Antreiber, 1 Steinträger, 35 Buchbinder, 20 Lederarbeiter, 16 Sattler, 3 Sattlermeister, 16 Schuhmacher, 3 Täfäner, 3 Eiwarbeiter, 3 Lederjuristen, 4 Gerber, 2 Papierarbeiter, 1 Pechbergolber, 1 Celluloidarbeiter, 32 Buchdrucker, 31 Schriftsetzer, 8 Schriftgieher, 2 Stereotypen, 2 Kupferdrucker, 1 Buchdruckermeister, 2 Buchdruckerhilfsarbeiter, 16 Steinbrücker, 4 Steinbildhauer, 3 Lithographen, 3 Chemigraphen, 1 Photograph, 1 Steinbrücker, 14 Hausdiener, 12 Kupfer, 4 Drochsenkutscher, 4 Lagerhalter, 2 Bader, 1 Handelsreisender, 4 Buchbinder, 1 Transportarbeiter, 1 Straßenbahner, Textilbranche: 18 Schneider, 2 Meister, 12 Weber, 1 Meister, 6 Wollentwerner, 2 Juchmacher, 1 Defatur, 1 Strampfwirker, 1 Kurbelbilder, 100 Schankwirte, 18 Cigarrenarbeiter, 12 Cigarrenhändler, 8 Cigarrenfabrikanten, 7 Brauer, 5 Bäcker, 2 Weister, 3 Milchhändler, 3 Brauerei-Arbeiter, 1 Bierfahrer, 2 Bierabnehmer, 1 Getreidehändler, 2 Schlächter, 1 Schlächtermeister, 1 Müller, 1 Esigbrauer, Steinarbeiter: 15 Steinseher, 10 Steinmeyer, 14 Steinarbeiter, 2 Marmorarbeiter, 2 Kammer, 3 Steinhauer, 1 Steinbildhauer, 1 Hiesenseher, 17 Tapezierer, 42 Barbieren, 26 Vergolber, 18 Bureau- und Kassenbeamte, 8 Kaufleute, 8 Köhler, 6 Handkassente, 4 Gärtner, 4 Musiker, 3 Feizer, 4 Glasbläser, 3 Handlungsgeliffen, 3 Instrumentenmacher, 2 Waffentier, 2 Reisende, 3 Eigentümer, 3 Gummi-Arbeiter, 2 Korbhändler, 1 Arzt, 1 Verlegeter, 1 Expeditor, 1 Seltensieder, 1 Seiler, 1 Russifizierer, 1 Wäschmeister, 1 Verleumter, 1 Wäsch- und Plättanfallist, 1 Wäschmeister, 1 Apotheker, 1 Buchhalter, 1 Expedient, 1 Droguist, 1 Kammler, 1 Seemann, 1 Pantinenmacher, 1 Folsont-Arbeiter, 1 Versicherungsagent, 1 Cementierer, 1 Fensterputzer, 1 Porzellanmaler, 1 Zeitungsbote, 1 Hutmacher, 1 Glasmacher, 18 ohne nähere Angabe des Berufs.

**Wilhelmstr. Am Dienstag, den 13. Oktober, fand hier selbst eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Siegel Berlin über den geplanten Wahlrechtsraub sprach. Redner beleuchtete in seinem Vortrage die Verhältnisse des bestehenden Landtagswahlrechts. Besonders gerügt wurden die Maßnahmen des Herrn Dr. Giesebrecht. Nach dem Vortrage ging die Ausbildung eines Bäckereivereins für Wilhelmstr., Rosenthal und Nordend vor sich. Bei der Vorstandswahl wurden die Genossen G. Kiusmann als Vorsitzender, E. Lüd als Schriftführer und W. Spitzer als Kassierer einstimmig gewählt.**

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**  
**Der Kaiser an die Christlichsocialen.**  
Frankfurt a. M., 26. Oktober. (W. Z. B.) Der hier tagende erste deutsche Arbeiterkongreß hatte an den Kaiser ein Dubligungs-Telegramm gerichtet, auf welches heute folgende Antwort eingegangen ist: Ich spreche den zum ersten deutschen Arbeiterkongreß versammelten Vertretern der deutschen Arbeiterschaft für den Dubligungsgruß und die Versicherung monarchischer Treue herzlichen Dank aus. Ich werde die Beratungen des Kongresses mit meinem Interesse begleiten und auch in Zukunft Anregungen und Maßnahmen, welche geeignet erscheinen, das mir und meiner Regierung am Herzen liegende Wohl der deutschen Arbeiterschaft zu fördern, gern meinen Saug und Beistand zu teil werden lassen.

**Hamburg, den 26. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)** Die Polizei haussuchte in der Redaktion des „Hamburger Echo“ nach dem Manuskript einer von der „Kreuz-Zeitung“ denunzierten Sonntagsplauderei. Angeblich soll diese Plauderei eine Beleidigung des Unteroffizierslandes enthalten.  
**Offen (Nahr), 26. Oktober. (W. Z. B.)** Der „Offener Volkszeitung“ zufolge brach heute morgen die von einem Schacht der Gewerkschaft Mathias Sinnes zur Ziegelei führende, 10 Meter über dem Erdboden befindliche Brücke ein, auf der sich 35 Wagen und 7 jugendliche Arbeiter befanden. Bei dem Absturz einer Anzahl der Wagen wurde ein Arbeiter getötet, drei wurden schwer und drei leicht verletzt.

**Tokio, 26. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)** Der Sekretär der japanischen Gesandtschaft in Sool, Hagitawa, der sich auf einer Inspektionsreise im Jalutshale befindet, wurde von bewaffneten Russen an der Landung in Hongampho verhindert; die Ungelegenheit des Vorgehens wurde jedoch von dem russischen Gesandten in Sool anerkannt, der demgemäß die erforderlichen Instruktionen nach Hongampho sandte. Der japanische Sekretär berichtet, die Zeitungstelegramme von Jalu seien sehr übertrieben.

**Sap Haitien, 26. Oktober. (Meldung der „Agence Havas“.)** Der Kustard auf St. Domingo gewinnt im ganzen Lande an Ausdehnung; man glaubt, daß der Sturz der Regierung bevorsteht. Almetes soll Managuay verlassen haben und sich auf dem Wege nach Puerto Plata befinden.

Nachträgliches zur Polen-debatte.

Auf dem Dresdener Parteitage habe ich zu Protokoll erklärt — da mich durch den Schluß der polnischen Debatte das Wort abgeschnitten wurde — auf einen von vier Posener Genossen gegen mich eingelaufenen Protest im Zusammenhang mit Ledebours Anzuspaltungen in der Presse antworten zu wollen.

Ich mußte es bis jetzt aufschieben, um die beabsichtigte Regelung der Verhältnisse in Polen seitens des Parteivorstandes in keiner Weise zu füren. Ich wollte auch den Hintergrund der mit Hilfe Ledebours inszenierten „Aktion“ aufklären. Da jedoch die Sache jetzt durch das Eingreifen des Parteivorstandes in Polen erledigt ist, so will ich die Angelegenheit des Posener „Protestes“ nicht aufzählen und werde mich ausschließlich mit Ledebour befassen.

Genosse Ledebour hat sich seit einigen Jahren zur Aufgabe gestellt, auf jedem Parteitage eine lustige Aufführung bei der Polen-debatte zu inszenieren, und da seine Anstrengungen mit fataler Regelmäßigkeit resultatlos verlaufen, so vertritt er sich immer mehr in hitzige und blödsinnige Attacken.

Was hat er mir nicht alles in Dresden vorgelesen! Tendenzlose „Informationen“, die ich dem Vorstand in der polnischen Angelegenheit gegeben haben soll, d. h. also nicht mehr und nicht minder als bewusste Irreführung der obersten Parteibehörde; ferner „bodenlosen Schwundel“, den ich mit meinen Ausführungen auf dem Lübecker Parteitage verübt haben sollte; endlich rief er, die Polen wären „Schufte“, wenn sie sich auf meinen Standpunkt in der polnischen Frage stellen würden, das heißt mit andern Worten, wenn sie auf die ihnen vom Parteivorstand vorgelegten Bedingungen eingegangen wären.

Man sieht, es sind die ehrenrührigsten Dinge, die Ledebour mir zur Last legte. Und welche sachlichen Anhaltspunkte hatte er für seine Behauptungen? Was zunächst meine falschen „Informationen“ betrifft, so ist es Thatsache, wovon Ledebour natürlich keine Ahnung zu haben braucht, daß ich überhaupt dem Parteivorstand gar keine „Informationen“ gegeben habe, außer auf Konferenzen, in Anwesenheit der Gegenparte, wo diese die ausgiebigste Möglichkeit hatte, ihre Ansichten und Behauptungen den meinigen entgegenzustellen.

Und überhaupt, man stelle sich die Sachlage vor. Die Zweigtigkeiten mit einem Teile der polnischen Genossen brachen bereits im Jahre 1897 auf dem Hamburger Parteitage aus, zu einer Zeit, wo ich noch nicht einmal in Deutschland anständig war. Sie zogen sich dann sechs Jahre lang hin; drei Konferenzen finden statt; die erste im Dezember 1900 dauert zwei volle Tage und wird vom Parteivorstand zusammen mit der Generalkommission der Gewerkschaften geführt. Die zweite, unter Vorsitz des Parteivorstandes und unter Teilnahme von zehn Vertretern aus Polen, Schlefien und Oberschlesien und einem Dutzend Vertreter von der Gesamtpartei, dauert zwölf Stunden. In diesen Konferenzen werden stundenlang Jahrgänge der polnischen Blätter durchgesehen, Dokumente verlesen und überlegt, alle Fragen politischen und persönlichen Charakters eingehend geprüft. Und außerdem findet eine Reihe von lokalen Konferenzen in der Provinz statt, in denen sich die Genossen Polens und Oberschlesiens mit derselben Sache befassen.

Und nun erscheint auf der Bildfläche ein Ledebour, und ohne an irgend einer dieser Konferenzen teilgenommen zu haben, ohne das enorme gedruckte Material in polnischer und deutscher Sprache zu kennen, ohne von den Vorgängen, die sich seit Jahren in Polen und Oberschlesien abspielten und das Parteileben dort vergifteten, auch nur eine Ahnung zu haben, erklärt er sonder Stempel und Bedenken: Ach, was! Alles Schwundel! Rosa Luxemburg hat den Parteivorstand hinterlistig geführt und hat auf Grundlage jener falschen Informationen seine Beschlüsse gefaßt.

Genosse Ledebour wirkt mit Ausdrücken wie „Schufte“ um sich, schon wo es sich um Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Programmpunkte handelt. Wie würde er nun, frage ich, den Namen nennen, der sich beispielsweise herausnehmen würde, ihn, Ledebour, in irgend einer Weise abzuurteilen, ohne ihn zu befragen, ohne einen Blick in die Akten zu thun, ohne auch nur in der Lage zu sein, sich mit den Akten der Sprache wegen selbst vertraut zu machen, ohne auch nur blauen Dunst von der ganzen Sache zu verstehen, und der ihm auf Grund einer solchen absoluten Unkenntnis auch noch öffentlich ehrenrührige Dinge nachsagen würde?

Ich kann mir denken, wie Ledebour so einen seltsamen Klug in seinem drohenden Pathos nehmen würde!

Ich für mein Teil beurteile das Vorgehen Ledebours in einer für ihn weniger beleidigenden und sogar vorteilhaften Weise. Er scheint mir nämlich in dem fatalen Überglauben befangen zu sein, daß, nachdem er den sechsten Wahlkreis geerbt hat, dessen früherer Vertreter, Liebnecht, für die polnische Frage ein warmes Interesse hatte, auch er, Ledebour, nun die Ehrenpflicht habe, Polen unbedingt wiederherzustellen.

Katzenhaft hat Ledebour auch das verschlafen, daß Liebnecht, der noch in seinem sechzigsten Lebensjahre entwicklungsfähig war, zum Schluß seine Ansichten in diesem Punkte, wie uns scheint, geändert und sich auf den Standpunkt gestellt hat, den ich heute vertritt, wie sehr im „Vorwärts“ Nr. 188 vom 14. August 1900 abgedruckter Brief beweist.

Aber auch angenommen, Liebnecht hätte die Ansichten von 1848 in der Polenfrage in keinem Punkte revidiert, so machte doch allerdings nicht die Stellung in der Polenfrage Liebnecht zum Liebnecht, nicht sie machte seine Größe aus. Und wenn Ledebour dabei verharrt, den „Alten“ hauptsächlich in der Polenfrage der Partei zu ersetzen, so habe ich große Beforgnis, daß er schließlich nicht als ein neuer Liebnecht, sondern als der alte, wohlbekannte Ledebour sterben wird. — Leben soll er mir natürlich hundert und zwanzig Jahre.

Und nun zum „bodenlosen Schwundel“. Ich hätte nach Ledebour in Lübeck behauptet, daß ich eine „mächtige Organisation“ vertritt, währenddem die „Gruppe Luxemburg“ thatsächlich gar keine Bedeutung habe, und Ledebour fähig ist sich auch schwer getränkt, daß diese bedeutungslose Gruppe überhaupt zu den Verhandlungen mit der nationalistischen Sonderorganisation zugelassen wurde.

Er beweist hier wieder, daß sein Urteil auch nicht durch die leiseste Kenntnis der Verhältnisse über die er redet, getrübt ist. Er redet einfach den naiven Leuten nach, die sich an ihn um Protektion gewandt haben. Die „Gruppe Luxemburg“ ist nämlich ein altes beliebtes Schlagwort der nationalistischen Sonderhändler, die mit diesem plumpen Mittelchen die zur Gesamtpartei gehörigen Genossen in Polen und Oberschlesien zu erbittern und aufzuheizen suchen. Eine „Gruppe Luxemburg“ existiert selbstverständlich ebenso wenig, wie etwa eine „Gruppe Ledebour“. Es gibt nur eine Organisation der deutschen Socialdemokratie in Polen wie in Oberschlesien, und es waren alle zehn Mann, die diese Organisationen auf der gemeinsamen Konferenz vertraten — darunter alle Genossen, wie Traub und Schäff, — die sich auf die Bedingungen einigten, die Ledebour als die meinigen bezeichnet. Ob es am Plage war, zu einer Konferenz, wo es sich um eine Einigung zwischen den zur Gesamtpartei gehörigen Genossen und der Sonderorganisation handelte, die ersten einzuladen, überlasse ich dem gesunden Menschenverstand — nicht Ledebours, sondern der Genossen in der Partei. Ich begreife allerdings keine Erklärung, daß, nachdem er auf einer Reihe von Parteitagen durch seine wirksamen Auftritte so großes Verständnis für die polnischen Angelegenheiten an den Tag gelegt hat, er nicht als Sachkundiger geladen war, um das maßgebende Wort zu sprechen. Vielleicht wird sich das bei einer nächsten Gelegenheit nachholen lassen. Dann möchte Ledebour freilich etwa mit dem Genossen Traub oder Gogowski seine jetzige Stellung lauschen. Ledebour würde sich dann wenigstens durch Arbeit in den polnischen Provinzen das Recht zu seinen Auftritten erwerben, die er jetzt nur aus der Redefreiheit auf den Parteitagen vindicirt.

Was die Bedeutungslosigkeit der „Gruppe Luxemburg“ und die große Bedeutung der von Ledebour benutzten Sonder-

organisation betrifft, so genügen folgende Thatsachen, von denen Ledebour natürlich wieder keine Ahnung hat. Der zur Partei gehörige Posener Wahlkreis zählt gegenwärtig 163 Mitglieder. Die Sonderorganisation hatte bis vor kurzem in Polen überhaupt keine Filiale, erst im April hat sie einen Verein gegründet, der, wie mir aus Polen mitgeteilt wurde, etwa ganze 5 bis 7 Mitglieder zählt; mag es meinetwegen auch ein volles Duzend sein. Am besten zeigt das Kräfteverhältnis die Thatsache, daß diese Sonderorganisation bei den Wahlen nicht einmal im Stande war, in der Provinz Posen Gegenkandidaturen aufzustellen, wie sie es in Oberschlesien gethan, und nahm für sich in Anspruch bloß einen einzigen Wahlkreis, den wir zuerst unbesetzt ließen. Als aber um des lieben Friedens willen von unsren Genossen noch vier Wahlkreise zur Verfügung gestellt wurden, erlebten wir folgende Resultate: Wir haben in unsren zehn Wahlkreisen der Provinz Posen 7125 Stimmen, die Sonderorganisation in ihren fünf 857 Stimmen erhalten. Oder wenn wir nur je fünf und fünf Wahlkreise auf beiden Seiten verglichen, und zwar Wahlkreise, in denen wir 1898 ungefähr gleiche Stimmengahlen, also bei der diesjährigen Wahl gleiche Chancen hatten, erhielten unsre Genossen 2676, die Socialnationalisten ihre erwählten 857 Stimmen.

Noch deutlicher sprechen die Zahlen aus Oberschlesien. Während die Sonderhändler in Kattowitzer Wahlkreise — dem besten des Industriebezirks, den Winter jahrelang bearbeitet hat —, einen absoluten Stimmengewinn von nur 215 Stimmen und zugleich einen relativen Rückgang von 32 auf 22 Proz. der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen verzeichnen, hat Winter im Neuhäuser Wahlkreis einen Stimmengewinn von 2303, d. h. 29 Proz. absoluter Vermehrung erzielt. Im Kreise Gleiwitz, wo 1898 der als „Galatz“ und „Polenfreier“ bezeichnete Winter 2308 Stimmen erlangte, erhielt jetzt der Kandidat der Socialdemokraten 985 Stimmen, d. h. um 13 Proz. weniger! In den drei ober-schlesischen Kreisen, die der Sonderorganisation überlassen wurden, ist insgesamt ein Rückgang von 957 Stimmen im Vergleich zu 1898 zu verzeichnen, während wir in unsren Kreisen in Oberschlesien einen Zuwachs von 3029 Stimmen haben. Im Vorbeigehen widerlegen diese Zahlen auch gründlich die nationalistischen Theorien von der Kandidatenaufstellung, die, wie alle andern nationalistischen Theorien in dem Abgeordneten des sechsten Berliner Wahlkreises einen besessenen Anwalt gefunden haben.

Und schließlich die Presse. Ledebour hat sich von langer Hand seinen Analekten mit der Abonnentenliste unsres polnischen Blattes vorbereitet. Er hat sich nach der vom Parteivorstand vorgenommenen Revision herausgestellt. — Siehe die Mitteilung des Parteibüros im „Vorwärts“ Nr. 247 — daß Ledebour wieder einmal mit seinem Gerechtigkeitsanmaßend gründlich heringefallen ist. Es ist selbstverständlich, daß die Abonnenten der „Gazeta Lubowa“ nicht entfernt die Zahl der polnischen Genossen erschöpfen, die zur Partei gehören. Die meisten polnischen Genossen, die der beiden Sprachen mächtig sind, ziehen natürlich vor, in der Provinz Posen und in Oberschlesien erst recht, das dreimal erscheinende und doppelt so große deutsche Parteiblatt für einen nur unbedeutend höheren Preis zu abonnieren.

Der Wirkungskreis des polnischen Blattes ist übrigens unvergleichlich größer, als die Zahl seiner zahlenden Abonnenten veranschlagt, indem es zur Zeit der Wahlagitiation in Tausenden von Exemplaren auch in andern Gegenden Deutschlands von Posen aus verbreitet wurde und gute Dienste geleistet hat. Die 2000 M., die dieses Blatt der Parteikasse gekostet hat, liegen Ledebour schwer im Magen. Da aber die Gerechten vom Schlage Ledebours gewöhnlich Elefanten schluden und Wälder sehen, so hat er gegen die Verpöbelung der 40 000 M. Parteigelder durch die ihm nahe stehenden Socialnationalisten während der zehn Jahre ihrer Parteiführerschaft natürlich kein Wort einzuwenden.

Eines steht jetzt fest. Ledebour hat von der Tribüne des Parteitages herab mit seinen „37 Abonnenten“ un-a-h-r-e Thatsachen verbreitet und schwere Beschuldigungen gegen Genossen erhoben, die jedes thatsächlichen Anhaltspunktes entbehren. Jedenfalls gewährt jeder glorreiche Feldzug gegen die „37“ und gegen die „Gruppe Luxemburg“ einen kleinen Einblick in sein geistig-politisches Laboratorium und ich muß sagen, daß dieses eine verdammte Neugierigkeit mit dem famosen Laboratorium des Kurpfuschers Rardenkötter hat: nichts als eine Vademecum und ein altes Vlechosin.

Und nun Scherz beiseite. Ledebour hat sich zum unbedenklichen Werkzeug der ehrschneiderischen Absichten einer fanatischen Gruppe von Leuten gemacht, die ihrerseits allerdings sehr wohl wissen, warum sie gerade gegen mich und gegen andre in Posen und Oberschlesien thätige Genossen eifern und geifern. Das einzige Verbreiten unsrerseits besteht in diesem Falle darin, daß wir den Standpunkt vertreten, daß Polen und Deutsche als Arbeiter zusammen gehören, daß polnische Socialisten, die zur Partei gehören wollen, sich auf den Boden des Parteiprogramms und des Organisationsstatus voll und ganz, ohne Zugabe und ohne Fortlassungen, stellen müssen, und daß man durch die socialistische Phrase nicht nationalistische Verheerungen beschönigen dürfe.

Für dergleichen pflegt man sonst nicht von den eignen Genossen als Räuber und Mörder bezeichnet zu werden. Und wenn solche Ärempelungen obendrein von jemand kommen, der, wie Ledebour, wahrscheinlich nicht einmal aus dem Coupfenster die Segend gesehen hat, in der andre arbeiten — und es ist eine saure Arbeit, die gerade keinen besondern Genuß bereitet, ich kann es mit ruhigem Bewußtsein versichern — so verdiente das eigentlich die schroffste Zurückweisung.

Wohlgemerkt, die Arbeit in den polnischen Provinzen ist nicht nur mit Schwierigkeiten, sondern mit dem Auslösen von Ungeheuerlichkeiten verbunden. Erst vor kurzem konnte man z. B. in einem galizischen Blatt, das sonst international genug ist, aus der deutschen Parteikasse Subventionen zu beziehen, eine Notiz aus Posen lesen, wonach Genosse Gogowski „verduftet“ wäre, und zwar, wie aus der Notiz deutlich zu verstehen war, mit Parteigeldern in der Tasche. — derselbe Gogowski, der natürlich zur Zeit ruhig in Posen lag, später als Delegierter auf dem Dresdener Parteitag anwesend war und jetzt nach wie vor in Posen als Partei-Angestellter thätig ist.

Dergleichen Streiche werden aber fast täglich gegen die thätigsten Genossen in Posen und Oberschlesien geleistet. Eine sensible Natur würde einen solchen Krieg mit dem „schrecklichsten auf Erden“ überhaupt nicht lange aushalten können und Genosse Winter hat auch sein mutiges Ausbarren auf dem Posten in Oberschlesien während der sieben Jahre unter tagtäglich auf ihn niederprasselnden albernsten Insanien mit seiner Gesundheit bezahlen müssen.

Daß in Bezug auf meine Person von alledem das Besondere geleistet wird und zwar; in den Blättern der Sonderorganisation, in der galizischen Presse, ja in der Warschauer bürgerlichen Presse, wo in socialnationalistischen „Korrespondenzen“ aus Deutschland und Galizien die giftigsten Pfeile auf mich abgeschossen werden unter den Fittigen der zarischen Censur, die natürlich jede Entgegnung zu meinen Gunsten unterdrückt, das braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Um sich nun zum Sprachrohr einer solchen Kampfesweise zu machen, dazu gehört wahrhaftig zum mindesten ein bedauerlicher Mangel an moralischem Verantwortlichkeitsgefühl.

Zu meinem Entsetzen lebt aber Ledebour noch, laut seiner zu Protokoll gegebenen Erklärung, dem erhebenden Bewußtsein, mit seinem unruhigen Boltern in der Polen-debatte eine „Parteipflicht“ erfüllt zu haben! Nun, bei aller Hochachtung, Genosse Ledebour, solange kein offizielles Amt der „heiteren Person“ für polnische Angelegenheiten von Parteiwegen geschaffen ist, bleiben diese Ihre Auftritte noch nicht „Parteipflicht“, sondern Privatliebhaberei von seltsamem Geschma. Rosa Luxemburg. Friedenau-Berlin, den 10. Oktober.

Nach dem Parteitage.

Urteile über die Broschüre Mehrings.

In der „Neuen Zeit“ veröffentlicht Kautsky seine Ansicht über das Ergebnis der persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Mehring und seinen Anschuldigern. Kautsky sagt, er wolle nicht als Richter über einen Angeklagten, sondern als Kamerad über einen Kameraden urteilen, dessen Eigenart er in längeren Jahren zu verstehen gesucht habe. Mehring sei kein Feiliger, aber ebensoviele eine gemeine Natur, er sei eine Kaufmanns- und habe am liebsten mit den Schwachen gegen die Mächtigen gekämpft. Und selbst bei der großen Sünde seines Lebens, seiner Schrift gegen unsre Partei, zeigt sich dieser Charakterzug. Als Mehring sie schrieb, da war die Partei im Aufsteigen, eine Macht, von der selbst Unversittelt „Professoren anmahnen, sie werde bald regierungsfähig werden. Mehring veröffentlichte sein Buch gegen die Partei. Zur Geschichte der deutschen Socialdemokratie“, 1877, nicht viel später, als Schäffle ihr durch seine „Quintessenz des Socialismus“ huldigte. Als die Socialdemokratie aus tausend Wunden blutend zu Boden lag, ihre bürgerlichen Freunde sich alle von ihr zurückgezogen hatten, als Schäffle seine „Ausführlichkeit der Socialdemokratie“ abschafte, da wandte Mehring sich ihr wieder zu und trat für sie kräftig in die Schranken.“ Kautsky sucht weiter zu verstehen, wie es kommen konnte, daß Mehring, nachdem er bereits seine Broschüre gegen Treitschke, den Socialistenführer, geschrieben, dann doch nochmals in das gegnerische Lager ging. Das erkläre sich wohl aus dem Gegensatz zwischen dem Proletariat und dem Vitteratentum, welches sich allzu leicht in der Ueberzeugung seiner eignen Genialität von den Arbeitern verblende lasse; Mehring sei 1875, wie die Schrift gegen Treitschke zeige, noch weit entfernt vom Verständnis des unüberbrückbaren Klassenunterschiedes gewesen. Er erwartete noch viel von erleuchteten Köpfen aus den „höheren Ständen“, die ihre bürgerliche Aufklärung und Philantropie dem Volke brachten. Daß ihn da die Praxis des proletarischen Klassenkampfes abtrieb, daß ihm in ihr die hier und da zu Tage tretenden Reste von Anientum viel mehr auffielen als ihre erhebenden und historisch bedeutsamen Wirkungen, ist leicht verständlich. . . . Es war seine Geringfügigkeit des Proletariats, das er nicht verstand, was ihn der Partei entfremdet hatte. Das Socialistengesetz zeigte aber jedem, der nicht ganz verbohrt war, mit welcher Fülle von Kraft, mit welcher politischen Reife und moralischen Ueberlegenheit das Proletariat seinen Feinden entgegentrat. Die „Viertel- und Halbtelintelligenzen“, deren Einfluß in der Partei Mehring so sehr abgestoßen hatte, erwiesen sich jetzt als Männer voll Thakraft, Kühnheit, Hingebung und Intelligenz. Auch wenn sie den Dativ mit dem Affinitiv vertauschten oder mit den Fremdwörtern auf schlechtem Fuße standen, mußten sie dem unbefangenen Beobachter mehr imponieren, als das geistreiche aber haltlose Vitteratentum, das Mehring um sich sah.“

Zu derselben Zeit aber begann in der deutschen Socialdemokratie selbst die entschiedene Wendung zum Marxismus; es erschien Engels „Anti-Dühring“ und seit 1883 die „Neue Zeit“.

Es war eine große geistige Revolution, die seit 1877 in unsren Köpfen vor sich ging. Mehring verfolgte sie von außen, und sie war es, wodurch er wieder zu uns herangezogen wurde. Der Marxismus nahm ihn gefangen und ließ ihn nicht mehr los. Er begann nun das Proletariat und seinen Klassenkampf zu begreifen, aber auch ihn zu fördern, wo er nur konnte, bis schließlich aus dem für uns arbeiten ein mit uns arbeiten geworden war.

So hatte er sich anheimelnd in Kreise bewegt und war wieder zu seinen Ausgangspunkte zurückgekehrt. Aber thatsächlich war er ein ganz anderer, als er zum zweitenmal zu uns kam, als das erste Mal. Er rechnete nicht mehr von den erstenen Männern höherer Stände, die sich zum Proletariat herablassen, um es zu sich empor-zuheben und dadurch die Klassenunterschiede zu überbrücken. Er hatte den Klassengegensatz und den Klassenkampf erkannt, und er kam nicht mehr als Vitterat, der dem Proletariat die über den Klassengegensätzen schwebende Wissenschaft bringt, sondern als Kämpfer des proletarischen Klassenkampfes, der aus dessen Praxis neue wissenschaftliche Einsichten gewinnt.

Als solcher hat er seine neue Position in der Partei geschaffen, wird er heute vom Revisionismus geachtet.“

Nach dieser Entwicklung Mehrings war es berechtigt, daß er zu den bedeutungsvollsten Arbeiten für die Partei herangezogen wurde. Auf das schnelle Vergessen der Dienste, die Mehring der Partei geleistet, habe die Braun-Bernhard-Heinische Konspiration spekuliert, als sie die alten Sachen hervorholte. Braun am wenigsten sei zu Vorwürfen berechtigt, denn er sei 1887 bereit gewesen, M. um seiner Leistungen willen selbst die größte Unpazerei zu verzeihen. Die Postkarte an Harden über Schoenlant hätte zuerst wie eine Treulosigkeit der schlimmsten Art gesehen. Die Ankläger Mehrings hätten sich aber gegenüber Harden doppelt und dreifach der Treulosigkeit schuldig gemacht, die sie Mehring vorwarfen. Die Postkarte selbst sei, wie die Rache Broschüre jetzt beweise, nicht so bödartig, weil Harden damals noch nicht Parteigegner war und M. sich in dem Zaume bewegte, ihn für die Partei gewinnen zu können. Kautsky spricht die Erwartung aus, daß die zuständigen Partei-Instanzen das alte Verhältnis von Mehring zur Partei vollständig wiederherstellen mögen. Durch eine andre Lösung würde die Partei selbst verlieren. Mehring habe in der „Leipziger Volkszeitung“ das Muster der theoretisch konsequenter Leitung einer socialistischen Tageszeitung geliefert. Die Partei habe alles Interesse daran, das dieses Muster erhalten bleibe.

Die „Schwäbische Tagwacht“ urteilt über die Schrift: „Mehring vermeidet begriffschwermere an den Stellen, wo er sich mit seinen Hauptgegnern beschäftigt, harte Ausdrücke nicht. Im übrigen aber wahr er in seiner Broschüre die Würde des vornehmen Subjektivisten. Wenn man die Rechtfertigung vorurteillos liest, so findet man allerdings bestätigt, daß Mehring ein bewegtes politisches Leben hinter sich hat, aber man muß auch zu der Ueberzeugung kommen, daß der tiefkränkende Verdacht, der gegen ihn zu erwecken versucht wurde, als habe er es in den 20 Jahren seines Wirkens für die Socialdemokratie nicht eifrig mit dieser gemeint, ein durchaus unbegründeter ist. . . . Seit seinem Uebertritt zur Socialdemokratie hat Mehring sich nichts zu Schulden kommen lassen; die Karte über Schoenlant kann als eine Unvorsichtigkeit, bei Verächtlichung der Unstände, unter denen sie entstanden, aber nicht als ein an einem Parteigenossen begangener Verrat angesehen werden. Mehring hat sich als ein eifriger Mitkämpfer in unsern Reihen erwiesen, und es liegt unsres Grates kein Grund vor, das Verhältnis, das zwischen ihm und der Partei bestanden hat, zu ändern. Unbestreitbar ist, daß der in Dresden gegen Mehring geführte Kampf aus nicht zu billigenen Motiven und mit unläuterer Mitteln geführt worden ist, und die beste Beilegung dieses Konfliktes würde sein, wenn die Gegner Mehrings in denjenigen Punkten, wo ihr Unrecht offen am Tage liegt, es nunmehr eingestehen würden.“

Die „Frankfurter Volksstimme“ sagt, Mehring sei weit über die Grenzen einer Rechtfertigung hinausgegangen, und schreibt weiter:

„Der eine unsrer Frankfurter Delegierten hat in Dresden an-gesührt, daß ihm die eltschaste Nachsicht der Braun und Genossen in Mehrings Vergangenheit vorkomme, wie preussische Polizeithätigkeit. Wenn Mehring denselben Standpunkt eingenommen und auf die ollen Kamellen mit jener Offenheit und Geradsicht geantwortet hätte, die frühere Reflex frohlich, frank und frei bekennet, weil er um so stolzer auf die später gewonnene Klarheit sein kann, dann wäre seine Rechtfertigungsschrift freudig zu begriffen. Das hat er aber nicht gethan. Er stellt die Thatsachen noch immer nicht vollständig und unverhüllt dar, auch dort, wo er gar keine Scheu davor zu haben

brauchte, daß er sich völlig gewandelt hat. Und wir vermüssen außerdem in der Schrift jenen warmen Ton der Liebe zur Partei und zur Sache, der zum Beispiel immer Webels Hauptmerkmale, auch wenn sie verfehlt sind, milder und verständlicher erscheinen läßt. Der Litterateneifer statt des Partei-Eifers und die Sucht, um jeden Preis mit jedem abzurechnen, beherrschen alle Kapitel des Schriftstüchens, und daher kommt es wohl auch, daß Mehring sich schließlich sogar zu einem Selbstlob verheißt (er rühmt oft seinen eignen Fleiß und seine wissenschaftliche Beherrschung des parteigeschichtlichen und parteitheoretischen Stoffes), das geradezu abstoßend wirkt und jedenfalls in der Geschichte unsrer Partei noch ganz einzig dasteht.

Das Urteil der „Wiener Arbeiter-Zeitung“ dürfte besonders interessieren. Nach einer Skizzierung des Inhalts der Broschüre sagt sie:

„Nach alledem ist der Fall Mehring noch immer sehr merkwürdig, obwohl bereits manches Rätselhafte erklärt ist. Mehring hat sich von seiner Jugend an, wo er ein Demokrat der Schule Guido Weiß war, ganz konsequent zum Sozialdemokraten entwickelt, eine Entwicklung, mit der er keineswegs allein steht, sondern die sehr viele Leute seiner Generation mit ihm gemein haben. Das Merkwürdige, das „psychologische Rätsel“ in seinem Leben ist die etwa 5-6-jährige Periode vom Jahre 1876 bis 1882, wo er in der „Staatsbürger-Zeitung“, in der „Gartenlaube“, in der „Wiener-Zeitung“ und in seinem Buche „Die deutsche Sozialdemokratie“ ein fanatischer Feind unsrer Partei und ein sonntlicher Scharfmacher gegen sie gewesen ist. Er selbst deutet an, daß nicht getäuschte Gewinnlust die Ursache dieser Schwänkung gewesen, sondern gekränkte Eitelkeit, und in der That muß man sagen, daß diese Erklärung ungemein viel für sich hat. . . . Wie immer man sich aber die komplizierteste Psychologie Mehrings zurechtlegen mag, sicher ist, daß durch die Anklagen Brauns eigentlich kein Faktum aus Licht gezogen wurde, das vorher unbelannt gewesen wäre. Ob Braun selbst, als er jenes Souper arrangierte, das ganze Material gefasst hat, wie Mehring behauptet, Braun selbst aber in Bezug auf die „Gartenlaube“-Briefe und die Hafencleber-Rede leugnet, ist für die Beurteilung Mehrings völlig gleichgültig. Wenn man sich von einem Manne zu versehen hatte, an dem man eine Episode 1876 bis 1881 erlebt, war 1886 zu entscheiden und keineswegs mehr 1903. Hier liegt das schwere Unrecht und die Thorheit Brauns, die nicht geringer wird, auch wenn man ihm den guten Glauben, im Partei-Interesse zu handeln, zubilligen will.“

Den größten Umfang nimmt in der Broschüre Mehrings die Affäre Harden ein oder vielmehr der Nachweis, daß Mehring niemals, wie behauptet wurde, an Hardens „Zukunft“ mitzuarbeiten beabsichtigt habe. Um das nachzuweisen, rekonstruiert Mehring aus Hardens neuen und seinen eignen früheren Veröffentlichungen den Briefwechsel zwischen ihnen. Man kann nur sagen, daß der unangenehme Eindruck, den man davon schon vor Beginn der Feindschaft hatte, nicht verringert, sondern eher verstärkt wird. Mehring ist in der Lage, beweisen zu müssen, daß er Harden für einen angehenden Sozialdemokraten gehalten und darum mit ihm verkehrt habe, und daß er fast zugleich Harden im Veracht gehalten habe, daß er sich an Wismar verkauft habe oder verkaufen wolle, und daß er darum von vornherein die Mitarbeit an der „Zukunft“ abgelehnt habe. Um das zu beweisen, ist er genötigt, Briefstellen wie: „Ich habe doch wahrhaftig noch nie in meinem Leben den geringsten Zweifel an Ihrer Integrität geäußert und gehabt!“, „Ich hoffe, daß Sie sich endlich einmal von meiner Freundschaft für Sie überzeugen“ oder „Meine Freundschaft für Sie ist unverändert dieselbe!“ als „höfliche Ausflüchte“ darzustellen. Beim größten Wunsch, das Verhalten Mehrings durchaus logisch zu finden, wird man nicht umhin können, anzunehmen, daß ihm selbst die Dinge heute wesentlich anders erscheinen mögen, als er sie damals gesehen. Man mag ihm ja glauben, daß er heute der Überzeugung ist, er habe niemals an der „Zukunft“ mitzuarbeiten beabsichtigt. Aber für den Grad dieser Abneigung ist eine Stelle aus seiner Broschüre „Hardens Fabeln“ bezeichnend, die er auch diesmal wieder abdruckt, in der er mitteilt, er wolle auch nach dem Bruche Harden eine Zuschrift schicken, weil, wie er sagt, „ich ihm gern zeigen wollte, daß ich keineswegs, wie er immer jammerte, sein litterarisches Haus für zu unanständig hielt, um es zu betreten“. Jedenfalls muß sich dem ruhigen Beobachter die Meinung aufdrängen, daß, wenn Mehring, wie so viele andre Leute auch, durchaus im Recht war, die Mitarbeit an der „Zukunft“ für eine bedenkliche Sache zu halten, gerade er allen Grund hatte, es erklärlich zu finden, und es nicht als eine unverzeihliche Todsünde zu verdamnen, wenn Parteigenossen in diesen Fehler verfallen.“

Im ganzen, so schließt die „Wiener Arbeiterzeitung“, stelle sich nun der widerwärtige Streit als ein häusliches Irren und ein ganzer Haufen von Uebertreibungen dar.

Von Beschlüssen der Parteiversammlungen zum Parteitag seien heute noch die folgenden registriert:

Die Rathenower Parteigenossen haben zum Teil erhebliche Einwendungen gegen die parteipolitische Haltung ihres Abgeordneten Peus. Um diesen Differenzen beizukommen, veranstalteten sie Peus zu einem Vortrage im dortigen Klubraum, für welchen sich Peus das Thema „Zusammenbruch oder Entwicklung“ gestellt hatte. Er vertrat darin den Standpunkt, daß der Gegensatz zwischen Zusammenbruchstheorie und Entwicklungstheorie in der Partei allerdings existiere, daß er die Entwicklungstheorie für richtig halte, daß diese beiden Anschauungen sich aber in der Partei gegenseitig bilden müßten. Er bezieht sich darauf, daß auch Webel in Halle gegenüber Werner seiner Zeit den Nutzen und die Notwendigkeit der praktischen Alleinarbeit hervorgehoben habe und daß ebendort Lieberich das Wort vom Hineinwachsen des Gegenwartsstandes in den Zukunftsstaat gesprochen habe. Die Gegenwartsarbeit müsse stets unter der sorgfältigen Kontrolle des Endzielgedankens gehalten werden. Er sei aber sehr überzeugt, daß wir die politische Macht nur stufenweise allmählich erobern könnten, dann aber um so sicherer. In der Diskussion trat ihm namentlich Edermann entgegen, dem sich die nachfolgenden Redner angeschlossen. Er meinte, nicht über das, was Peus heute gesagt, gingen die Meinungen so sehr auseinander; was die Genossen veranlaßt, heute eine Ansprache zu wünschen und zu suchen, das wären einestheils Thesen, andererseits Unterlassungen, die ein Teil bei Peus vermuteten und beklagten, die nach der Meinung der leitenden Genossen mit der allbewährten Taktik der Partei nicht mehr übereinstimme. Die Versteinerung, die sich nach dem Erscheinen der Schrift „Voransetzungen des Sozialismus“ gebildet habe, welche den ersten Teil des Programms revidiert haben wolle und diesen grundsätzlichen Teil, in dem doch die werdende Kraft des Sozialismus liege, bei der Agitation so wenig wie möglich berührt, verfolge schon längst diese Taktik, die sich in ganz bestimmten Symptomen äußere. Peus wird stets mit dieser Richtung in einem Atem genannt; auch er propagiere nur stets den zweiten Teil des Programms, das habe auf die Dauer nichts Bescheidnes; es lasse den Eindruck aufkommen, daß es sich um eine bloße Reformbewegung handle, welche, wenn es so wäre, das Schicksal aller bürgerlichen Parteien ereilen müßte. Wie würde die sozialdemokratische Bewegung diese gewaltige Kulturbewegung geworden sein, wenn es sich nur um diese sogenannten praktischen Forderungen an die Gegenwart handle.

Die Versammlung verließ sich dann in eine Auseinandersetzung über Konsumvereine.

In einer Parteiversammlung in Herne wurde beschlossen: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, hofft aber, daß die nächsten Parteitage mehr Zeit zur Förderung der Arbeiterinteressen finden. Versammlung spricht dem Genossen Qué ihr volles Vertrauen aus. Nach einzelnen Abstimmungen, sondern nach seiner Gesamthauptarbeit ist die Befähigung des Politikers zum Arbeitervertreter zu beurteilen. Wenn Gefahr besteht, daß unsre Partei von ihrer alten Bahn abgedrängt wird, so ist sie am ehesten von solchen Parteigenossen zu befreien, die aus sogenannten „besseren Kreisen“ zu uns kommen und niemals die Leiden der Arbeiterschaft am eignen Leibe erfahren.“

Eine Konferenz für den ersten pfälzischen Wahlkreis, die am Sonntag in Ludwigshafen tagte, nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Konferenz spricht sich entschieden gegen die Art und Weise aus, in der auf dem Parteitage in Dresden der Kampf von Person zu Person geführt wurde. Sie bedauert, daß an die Stelle sachlicher Beratungen der Austrag persönlicher Differenzen trat, der mit der Förderung proletarischer Interessen auch nicht das mindeste zu thun hat. Sie erklart in der Art, wie die Debatte auf dem Parteitage zum Teil geführt wurde, eine schwere Schädigung der Partei-Interessen und erachtet insbesondere die Art der Behandlung der Frage der Mitarbeit an bürgerlichen Wahlen als geeignet, das Ansehen der Partei zu schädigen. Von der Parteileitung erwartet die Konferenz eine eingehende Prüfung der gegenseitigen Beschuldigungen und rücksichtsloses Ausmerzen der nachweisbaren Schäden.“

In Bezug auf unsre Taktik betont die Konferenz, daß die stets wachsende Zahl unsrer Anhänger es geboten erscheinen läßt, unter energischer Wahrung des Charakters der Partei als einer proletarischen Kampf- und Massenpartei durch vermehrte praktische Mitarbeit auf allen Gebieten den durch die letzten Reichstagswahlen erzwungenen Nachzuwachs zu Gunsten der beschlossenen Klassen in die Bahngänge zu werden.

Ihren Abgeordneten Franz Joseph Ehrhart spricht die Konferenz für seine bisherige Tätigkeit Anerkennung aus und hat das Vertrauen zu ihm, daß er in der Reichstags-Fraktion im Sinne der vorstehenden Resolution wirken wird.“

In einer Parteiversammlung in Gröningen in Baden wurde durch Annahme einer Resolution das Vorgehen der Pforzheimer gegen die Redaktion des „Volkstreund“ beurteilt.

Aus London wird der „Königsberger Volkszeitung“ geschrieben: Sonnabend, den 10. d. Mts., wurde in der Mitglieder-Versammlung des kommunistischen Arbeiter-Bildungsvereins ein Bericht über den Parteitag zu Dresden von Genossen Veer gegeben. Das Resumé ging dahin, daß nach all dem, was vorausgegangen war, die Verhandlungen sich so gestalten mußten, zur Klärung in unsren Reihen sehr viel beitragen werden und wir vollkommen befriedigt sein können. (Großer Beifall.) Andre Ansicht war nur ein Redner, Genosse Weingart, welcher auch eine abschließende Resolution einreichte, in welcher unter anderem Genosse Webel gerügt wurde. Der vorgerückten Zeit wegen wurde die Verhandlung zum nächsten Sonnabend, den 16. d. Mts., vertagt. In diesem Tage hielt Genosse Eduard Bernstein nachmittags einen Vortrag über seine Anschauung, beziehungsweise des Revisionismus. Abends in der Mitglieder-Versammlung fand eine rege Diskussion statt. Für die Resolution Weingarts fand sich kein Mitglied zur Unterstützung, infolgedessen konnte sie nicht zur Abstimmung kommen. Hierdurch hat genannter Verein mit den Verhandlungen des Parteitages sich voll und ganz einberitend erklärt.

In diesem Zusammenhang sei auch eine Bemerkung erwähnt, die die „Chemnitzer Volksstimme“ zu dem Landtagswahl-Aufruf unsres Central-Wahlkomites macht. Sie beschließt sich mit den Angriffen, die dieser Aufruf in der bürgerlichen Presse erfahren hat, drückt die Antwort ab, die der „Vorwärts“ auf diese Angriffe gegeben hat und fügt hinzu:

„Die Antwort ist richtig. Immerhin hätte gerade nach dem Dresdener Parteitage ein Wahlaufruf, der die Namen Webel und Singer aufweist, die Betonung unsrer Endziele nicht vermessen lassen sollen. Allerdings sind diese nur zum kleinen Teile im Wege der Landesgesetzgebung zu verwirklichen, die Hauptsache wird durch die Reichsgesetzgebung zu thun sein, jedenfalls dient aber die Betonung der beiden Endziele: freier Volksstaat und Kommunismus, in einem sozialistischen Programm dazu, den Charakter unsrer Partei jenen Wählern gegenüber, die unsre Parteibestrebungen gar nicht oder nur vom Hörensagen kennen, in einer alle Zweifel ausschließenden Weise auszubreiten. Unser Aufruf hat sowohl vor der Reichstags- wie auch vor der schlesischen Landtagswahl in den Wahlaufrufen den Hinweis auf die Endziele nicht für überflüssig gehalten, weshalb niemand in unserm Wahlbezirk des Vorwurfs erheben konnte, wie hätten die Endziele unsrer Partei verschleiert.“

## Aus Industrie und Handel.

Zur Lage der Maschinenindustrie. Unter den verschiedenen Zweigen der Metallindustrie hat zweifellos die Maschinenfabrikation am schwersten unter der 1900 heringebrachten Krise gelitten. Sie hatte zwar noch recht flotte Beschäftigung, als schon in der Schwereisen-Industrie eine ernste Störung eingetreten war, stand dafür aber auch, nachdem sich schon zu Anfang dieses Jahres in der Roheisen- und Stahlproduktion die Anzeichen einer Erholung zeigten, noch immer unter scharfem Druck. Jetzt ist auch für sie die Situation etwas günstiger geworden, und eine der „Rhein-Westf. Ztg.“ aus Dortmund zugegangene Zuschrift hat, wenn sie auch der neuerdings wieder üblich gewordenen Hausfestimmung ihren Tribut zollt, doch nicht ganz unrecht, wenn sie sagt: „Die Lage der Maschinenfabrikation hat sich zusehends gebessert, was als natürliche Folge der Besserung der Gesamtconjunktur anzusehen ist. In den Jahren des Niederganges sind Neubestellungen von Maschinen aller Art zurückgehalten worden. Die Werke haben sich alle mit vorhandenen Maschinen behelfen oder haben ältere reparieren lassen und sich bezüglich der Neuanschaffung auf das niedrigste Maß beschränkt. Diese Zurückhaltung hat auch noch andauert, als die Hütten- und Walzwerke bereits in der günstigen Lage waren, ihre Produktion erheblich vermehren zu können, weil die für die Fabrikate erzielten Preise so schlecht waren. Auch das hat sich inzwischen geändert und infolgedessen ist der Absatz in Maschinen, namentlich in der letzten Zeit, ein bedeutender geworden, so daß alle Maschinenfabriken von Auf zur Zeit gut und reichlich beschäftigt sein dürften.“

Erweiterung des Feinblech-Verbandes. Sicherem Vernehmen nach haben, wie die „Rhein-Westf. Ztg.“ berichtet, die bisher dem Feinblech-Verbande nicht angehörigen Werke, die Charlottenhütte in Niederschelden, die Firma Schlegelbaum u. Rattner in Siegen und die Firma W. Pfeiffer u. Co. in Reggen sich zum Beitritt entschlossen. Wahrscheinlich werden die Verhandlungen der Verbandskommission auch zum Beitritt der übrigen noch außerhalb des Verbandes stehenden Werke führen, da im Prinzip alle Werke dem Beitritt geneigt sein sollen. Die Feststellung der Mitgliedschaft einzelner Werke wird allerdings noch Schwierigkeiten verursachen.

Zu den Monopolbetrübungen des Kalks. Die Verhandlungen über die Begründung einer in engem Anschluß an das Kalksindikat gedachten Vereinigung der am Rheinverlebe beteiligten Kalk- und Kalkhändler nehmen, wie die „Köln. Ztg.“ erzählt, einen guten Fortgang, so daß man wohl bestimmt erwarten darf, daß in absehbarer Zeit auch diese außerordentlich wichtige Vereinigung zu Stande kommen wird.

Natürlich leugnet die „Köln. Ztg.“, daß gegen diejenigen Zechen und Redereien, die sich nicht fügen werden, scharfe Zwangsmassnahmen beabsichtigt sind. Sie meint, daß „allen in Frage kommenden Interessen, soweit sie berechtigt sind, auch in gerechter Weise Rechnung getragen“ werden wird; fügt dann aber selbst hinzu: „Darüber kann allerdings kein Zweifel sein, daß die neue Vereinigung sobald nach ihrem Zustandekommen gegen eine ganze Reihe von Missethäten, die sich im Kalkhandel und im Kalkgeschäft im Laufe der letzten Zeit herausgebildet haben, einschreiten wird. Die Folgen eines solchen Einschreitens werden aber ebensowohl den Redereien wie dem Handel und schließlich auch den Verbrauchern selbst zu gute kommen.“

Es ist schon möglich, daß die Zechen, die Rhein-Redereien und vielleicht auch in gewisser Hinsicht die Kalks-Großhändler Vorteil von der geplanten Vereinigung haben werden; ob aber auch die Verbraucher, erscheint uns mehr als zweifelhaft.

Deutschlands Außenhandel in den neun Monaten Januar bis September 1903. Nach dem vom kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen Septemberheft der monatlichen Nachweise über den aus-

wärtigen Handel beträgt in den neun Monaten Januar bis September 1903:

1. Die Einfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 31 220 374 gegen 31 861 636 und 33 308 418 in den beiden Vorjahren, dabei mehr 2 367 738 und 920 956. 30 von den 43 Zolltarifnummern zeigen gegen das Vorjahr eine Zunahme der Einfuhr. Hierunter ragen hervor: Erden, Erze (+ 919 870), Holz (+ 495 809), Kohlen usw. (379 329), Getreide und andre Landbau-Erzeugnisse (282 449), Abfälle (221 974), Erbsen (60 674), Baumwolle (34 846). Stark abgenommen hat die Einfuhr von Materialwaren (- 85 237) und von Drogerie-, Apotheker- und Farbstoffen (- 49 874).

2. Die Ausfuhr in Tonnen zu 1000 Kilogramm: 28 262 025 gegen 25 147 620 und 23 571 072 in den beiden Vorjahren, dabei mehr 3 114 405 und 4 690 953. 36 von den 43 Zolltarifnummern zeigen eine verstärkte Ausfuhr, die am bedeutendsten ist bei Kohlen (+ 1 925 818), dann bei Erden, Erzen (+ 591 058), Eisen (+ 299 046), Getreide und andren Landbau-Erzeugnissen (+ 101 851), Drogerie-, Apotheker- und Farbstoffen (+ 69 845). Eine Abnahme der Ausfuhr zeigen Material- usw. Waren (- 25 584, wegen starken Nachlassens der Holzfuhr-Ausfuhr trotz Zunahme der Roggenmehl-, Reis-, Salz- usw. Ausfuhr), Abfälle, Zink und Zinkwaren.

Neu ist die seit 1. September 1903 geänderte Darstellung des Außenhandels mit Zuder. An Rohrzuder wurden 5 711 Tonnen eingeführt, darunter mehr als die Hälfte roher. Die Rübenzuder-Einfuhr, die viel aus dem Auslande zurückgebrachten vergällten Zuder enthält, ist unbedeutend. Am stärksten war im September die Ausfuhr von rohem Rübenzuder (28 447 Tonnen) und von Kristallzuder aus Rüben (23 223 Tonnen). Granulierter Zuder war mit 3686 Tonnen, Platten-, Stangen- und Würfelzuder mit 1676 Tonnen an der Ausfuhr beteiligt. Die Brotzuder-Ausfuhr war auffällig gering; sie stand mit 309 Tonnen noch hinter der Ausfuhr von Farin, gemahlener Raffinade, Stücken und Krümelzuder.

Die im wesentlichen auf Grund der Werte für 1902 ermittelten Einfuhrwerte erreichten in den neun Monaten dieses Jahres in 1000 M.: 4 611 139 gegen 4 272 965 und 4 209 795 in den beiden Vorjahren, dabei mehr 338 174 und 401 344 M. Die Ausfuhrwerte erreichten in 1000 M.: 3 744 090 gegen 3 501 490 und 3 290 654 in den beiden Vorjahren, dabei mehr 242 600 und 453 436 M.

Der Stand der Herbstsaaten in Deutschland war nach amtlicher Meldung um die Mitte Oktober folgender: (Nr. 1 sehr gut, Nr. 2 gut, Nr. 3 mittel (durchschnittlich), Nr. 4 gering, Nr. 5 sehr gering.)

Oktober 1903	24	21	24	22
1902	27	25	29	23
1901	24	22	23	25
1900	25	21	26	27
1899	23	21	24	27

In den Bemerkungen des „Reichs-Anzeigers“ heißt es hierzu: In der ersten Woche der Berichtsperiode von Mitte September bis Mitte Oktober war die Witterung meist kalt, stürmisch und regnerisch. Dann trat allenthalben trockenes, warmes Wetter ein, das, abgesehen von einzelnen Regenfällen, bis Anfang Oktober anhält. Besonders stark und anhaltend waren die Niederschläge in den westlichen preussischen Provinzen, beiden Mecklenburg, Lübeck, Bremen, Schleswig-Holstein und Oldenburg. In diesen Staaten und Landesteilen ruht die Feldarbeit vielerorts schon seit Anfang Oktober, da der Boden durch die überreichen Niederschläge so aufgeweicht ist, daß er vom Zugvieh nicht betreten werden kann. Im Gegensatz zu diesen Gebieten stehen verschiedene Gegenden Ost- und Lothringens.

Die Bestellung der Wintersaaten ist teils infolge der späteren Ernte, teils durch die anhaltenden Niederschläge der letzten Wochen stark verspätet. Am weitesten vorgekommen ist dieselbe in der östlichen Hälfte Preussens und den süddeutschen Staaten, obwohl auch hier besonders die Weizenfaat vielfach noch sehr im Rückstande ist. Dagegen ist in den Gebieten, in denen den ganzen Oktober hindurch anhaltendes Regnetwetter herrschte, ein großer Teil der Saaten noch nicht aufgegangen oder überhaupt noch nicht gesät. Ueber den Stand der bisher aufgelaufenen Saaten, unter denen naturgemäß die Roggenfaaten bedeutend überwiegen, lauten die Nachrichten meist günstig.

## Aus der Frauenbewegung.

Der Frauen-Wahlverein hält im Ködliner Hof, Ködlerstr. 8, nicht, wie Sonntag irrtümlich angegeben war, in der Kronenbrauerei, am Mittwochabend 8 1/2 Uhr eine Versammlung ab, in der Genossin Ledebour spricht; in einer Versammlung, die am Donnerstagabend 8 1/2 Uhr in Panlow bei Wierle, Berlinerstr. 41/42, stattfindet, spricht die Genossin Ida Altmann. Siehe auch heutiges Inserat. Nege Agitation ist geboten.

Tempelhof-Mariendorf. Heute, Dienstagabend 8 Uhr, öffentliche Versammlung bei Müller, Tempelhof, Berlinerstr. 41/42. Vortrag des Genossen Dr. A. Bernstein über: Gemeindepolitik und Frauenfrage.

Der Gewerkschaftliche Frauenverein Berlins und Umgegend hielt am 19. d. Mts. in Franke's Festsaal seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.

Genossin Lily Braun referierte über: „Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Vereinigung für die Arbeiterinnen“. In einem einseitigen Vortrag entwickelte die Referentin ein ergreifendes Bild von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterinnen im allgemeinen, sowie von der des Haushaltspersonals im besonderen. In fesselnder Weise verstand es die Vortragende, den hohen idealen Wert, den erzieherischen Einfluß einer Organisation den Versammelten klar zu legen. Der Vortrag wurde mit reichem Beifall erwidert.

Die Kassiererin Frau Schmiede verlas hierauf die Abrechnung vom 3. Quartal 1903. Die Einnahme betrug inklusive Bestand vom vorigen Quartal 209,52 M.; demgegenüber stand eine Ausgabe vom 174,04 M., wodurch ein Ueberschuß von 36,48 M. erzielt wurde. Auf Antrag der Kassierin wurde die Kassiererin einstimmig entlastet. Nachdem der Tätigkeitsbericht vom Arbeitsnachweis gegeben war und gegen die sich zur Aufnahme gemeldeten Personen nichts vorlag, erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Steglitz. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen von Steglitz und Umgegend hielt Mittwoch den 21. Oktober bei Vogel, Alsenburgerstr., seine erste Vereinsversammlung ab. Herr Dr. Köder hielt einen Vortrag über „Frauenkrankheiten und ihre Verhütung“. Für den sehr lehrreichen und interessanten Vortrag erntete der Redner von den zahlreichen Anwesenden großen Beifall. Die Beteiligung an der Diskussion war eine überaus rege. Zum Schluß machte die Vorsitzende darauf aufmerksam, daß jeden Mittwoch nach dem 15ten eine Versammlung in Steglitz bei Vogel, Alsenburgerstr., und jeden Mittwoch nach dem 1ten eine Wanderversammlung in Friedenau bei Grube, Kaiser-Allee, stattfindet.

In Ober-Schöneweide sprach am Donnerstag Genossin Thier in öffentlicher Versammlung darüber, was die Frauen vom preussischen Landtag zu verlangen haben. Sie behandelte zuerst die Frage des Wahlrechts, ging dann zu der gegenwärtigen Stellung der Frauen im Vereinsrecht über und schloß schließlich die Mangelhaftigkeit der Volksschule und das Interesse der Frauen an ihrer Verbesserung. Mit einem erfolgreichen Appell, dem Frauenwahlverein beizutreten, erreichte nach kurzer Diskussion die Versammlung ihren Schluß.

## Eingegangene Druckschriften.

Berliner Wegweiser. Dritteljährplanbuch Winter 1903/04 der Großen Berliner Straßenbahn, Sächlichen Berliner Vorortbahn, Westlichen Berliner Vorortbahn und der Berlin-Charlottenburger Straßenbahn. Preis 20 Pf. Selbstverlag Georg Bonus, Berlin W, Kollenderstr. 26.

# Inserate

für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

**Dienstag, den 27. Oktober.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyrenhaus, Lohengrin.**  
Schauspielhaus. Im stillen Gäßchen (Quality-Street).  
Deutsches. Die Jüdin von Toledo.  
Berliner. Lucifer.  
Leffing. Der Sturmgejelle Sokrates.  
Weiten. Indine.  
Neues. Salome. Vorher: Der Kammerjäger.  
Residenz. Das große Geheimnis.  
Central. Bruder Straubinger.  
Thalia. Der Hochtourist.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater).  
Die Stützen der Gesellschaft.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt).  
Die Ehre.  
**Belle-Alliance.** In Vertretung.  
Kleines. Nachtsyl.  
Zuilen. Die Jüdin von Toledo.  
Carl Weiss. Die Maschinenbauer von Berlin.  
Trianon. Biscotte.  
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.  
Apollo. Frühlingluft. Spezialitäten.  
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!  
Casino. Tolle Kadetten. Spezialitäten.  
Palast. Geniehet das Leben. — Spezialitäten.  
Winter-Garten. Spezialitäten.  
Passage-Theater. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr: An den Seen Ober-Italiens.  
Um 8 Uhr im Hörsaal: Dr. H. Donath: Neuere Systeme der Telegraphie.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Salome.**  
Vorher: Der Kammerjäger.  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Central-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
**Bruder Straubinger**  
Operette in 3 Akten von Edm. Eysler.  
Freitag:  
30. Freitag-Abend-Vorstellung:  
**Der Rigennerbaron.**  
Operette in 3 Akten v. Rob. Strauß.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Nachtsyl.**  
Anfang 8 Uhr.

**Casino-Theater.**  
Lohningerstr. 37. Anf. 8, Sonnt. 7 1/2.  
Nur noch bis Freitag inkl.:  
9 1/2 Uhr: **Tolle Kadetten.**  
Sonntabend, 31. Okt., zum erstmalig:  
Berliner Nachtsyl. Hotel Klingebusch.  
Sonntagnachm. 4 Uhr: **Elternlos.**

**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.

**Die Jüdin von Toledo.**  
Morgen: Wohlthätigkeits-Vorst.  
Herr Matkovsky  
Fraulein Wachner  
Herr Dr. Pohl.  
„Othello“, der Mohr von Venedig.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: Das Räthchen von Heilbrunn.  
Freitag zum erstmalig: Der Affenbubler.  
Sonntabend: Einer von unsers Leut'.  
Sonntagnachmittag: Die Jüdin von Toledo.  
Abends: Der Affenbubler.

**Residenz-Theater**  
Direktion E. Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Das grosse Geheimnis.**  
Lustspiel in 3 Akten v. Pierre Wolff.  
Deutsch von Max Schönan.  
Morgen und folgende Tage: Die-  
seide Vorstellung.  
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Lutti.**

**Palast-Theater Feen-Palast.**  
Burgstr. 22.  
Nur noch kurze Zeit!  
**Geniehet das Leben.**  
Das ideale Oktober-Programm.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.  
Schauspiel in 4 Aufzügen von Hermit  
Jöben. Deutsch von Wilhelm Lange.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Der Tallisman.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Die Stützen der Gesellschaft.  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Tudermann.  
Mittwochabend 8 Uhr:  
**Die Ehre.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Zum erstmalig:  
**Liebelei.** Hierauf: **Litteratur.**

## Cirkus Schumann.

Heute, Dienstag, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosse Vorstellung.**  
**Herrn Zists**  
Debut. **Raubtiergruppe.** Debut.  
**Adolf und Coco:** Die vier Jahreszeiten. Dir. A. Schumanns  
**Universal-Clown:** Feenhaftes Ballet. neueste Creation:  
Tivertissement. D. eloktr. Spiegeltorass.  
Die einzig bestehende Löwendressur:  
**25 männliche Abessinier-Löwen**  
des Herrn Seeth.

## Urania.

Taubenstrasse 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**An den Seen Ober-Italiens.**  
Um 8 Uhr im Hörsaal:  
Dr. H. Donath:  
Neuere Systeme der Telegraphie.

**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.  
Um 8 Uhr:  
Dr. F. Ristenpart: Die Kometen  
und Meteor.

**CASTANS**  
**PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
Indianer-Riese  
**Mianko Karoo**  
Die zusammengewachsenen  
Lebend. Schwestern! Lebend.  
Buren-Riese  
**Andries Venter,**  
ehemal. Leibsoldat des Präsi-  
denten Paul Krüger von  
Transvaal.

**Deutsch-Amerikanisches Theater**  
67/68 Köpenickerstr. 67/68.  
Jeden Abend Anfang 8 Uhr:  
Gastspiel **Adolf Philipp.**  
**Heber'n großen Teich**  
Heitere Bilder mit Gesang aus dem  
Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Akten  
von Adolf Philipp.

**Trianon-Theater.**  
Georgenstrasse, zwischen Friedrich-  
und Universitätsstrasse.  
**Biscotte.**  
Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags  
5 Uhr. Anfang der Abend-  
vorstellung 8 Uhr.

**Olga Wohlbrück,**  
Spott- und Geissellieder.  
**Der Todessprung**  
des Hundes.  
14 erstklassige Nummern.

**Belle-Alliance-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**In Vertretung.**  
Ein Soldatenschwanz in 3 Akten von  
Heinz Gordon.  
Morgen und folgende Tage: In  
Vertretung.

**Apollo-Theater.**  
Zum 22. Male:  
**Frühlingluft.**  
Operette in 3 Akten  
von weiland **Josef Strauss.**  
Im **Blütenhochzeit.**  
Ballett von Louis Gundlach.  
Ferner:  
Die glänzenden Specialitäten.  
Nur bis 1. November:  
**Messers Biophon.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Zum letztenmal:  
**Der Herr Stadtmusikus**  
und seine Kapelle.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag: **Wilhelm Tell.**  
Junge Leute werden als Tänzer  
verlangt.

## Metropol-Theater.

Heute Dienstag, morgen Mittwoch:  
Zum letztenmal:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzende Ballets. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
— Rauchen überall gestattet. —  
Donnerstag, den 29. u. Freitag,  
den 30. Oktober: **Geschlossen.**  
Sonntabend, den 31. Oktober:  
Zum erstmalig:  
**Durchlaucht Radieschen!**  
Burleske Ausstattungssposse mit  
Gesang und Tanz in 4 Bildern  
von Julius Freund.  
Musik von Victor Holländer.

**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter Straße 132.  
Anfang 8 Uhr.  
**Die Maschinenbauer von Berlin.**  
Posse mit Gesang in 7 Bildern von  
H. Strauß.

**Fröhels Allerlei-Theater**  
fr. Puhmanns Vaudeville-Theater,  
Schönhauser Allee 148.  
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**  
Jeden Sonntag 5 Uhr:  
**Grosse Extra-Vorstellung**  
der mit  
so großem Beifall aufgenommenen  
**Norddeutschen Sänger.**  
Nach der Vorstellung: Um 10 Uhr:  
**Grosser Ball.**  
Jeden Mittwoch 8 Uhr:  
**Grosser Elite-Familienabend.**  
Norddeutsche Sänger u. Ball.  
Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf.  
Jeden Freitag:  
Gastspiel Berl. Volks-Theater.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/49.  
Dienstag, den 27. Oktober 1903:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Papageno.**  
Posse in 4 Akten von H. Kneifel.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag:  
**Das Mädel ohne Geld.**

**Feldschlösschen**  
Küllerstrasse 142.  
Dienstag, den 27. Oktober 1903:  
**Bernhard Rose-Theater-Ensemble.**  
**Preciosa.**  
Schauspiel in 4 Akten v. F. W. Wolff.  
Basiel von Karl Maria v. Weber.  
Anfang 8 Uhr.

**Neue Welt**  
Arnold Scholz  
Hasenheide No. 108/114.  
Jeden Donnerstag:  
**Bernh. Rose-Theater-Ensemble.**  
„Kean“ oder:  
**Genie und Leidenschaft.**  
Schauspiel in 5 Aufzügen von  
Alex. Dumas.  
Nach der Vorstellung:  
**Familien-Kränzchen.**  
Lang frei.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Vorjahrskarten haben Gültigkeit.

**Kopfläuse** nebst Brut ver-  
schwunden sofort!  
Unschädlich. Erfolg  
überauschend.  
In Brogaten 50 Pf.  
**„Puffi“**

**Wer seinen Kindern**  
täglich Rathmeyers Malzkaffee zu trinken giebt,  
der giebt ihnen Gesundheit und Wohlbefinden,  
körperliche und geistige Frische.

**Mariannen-Festsäle.**  
Säle zu 50, 80 und 200 Personen, hochlegant eingerichtet, sind noch  
Zunahme und Sonntag im November, Dezember, Januar, Februar  
und März frei. **Alex. Mayer, Mariannen-liser 2.** 130492\*

IX. Berliner Saison.  
**Cirkus Busch.**  
Dienstag, 27. d. M., abds. 7 1/2 Uhr:  
**Eine Hirschjagd,**  
geritten mit 20 Hölz- und  
Halblut-Werben.  
Herr Burkhardt-Footitt, Schulreiter.  
Mademoiselle de Holstein,  
Schulreiterin.  
**Berliner Winterfreuden**  
humorist. Range-Schauspiel.  
**Miss Claire Heliot,**  
**Löwenbraut.**  
**Paul Mündner:**  
**Todessprung.**  
Die urförmlichen Clowns:  
**Fratellini.**

**Reichshallen**  
**Stettiner**  
**Sänger.**  
Anfang:  
Mittwochs 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**Etabl. Buggenhagen**  
Moritzplatz. Im Kaiserhof:  
Kunstler-Ensemble  
**„Nordsterne“**  
unter Leitung d. Herrn  
**Rudolf Schauss.**  
Anf. 7 1/2 Uhr. Kassen-  
eröffnung 6 1/2 Uhr.  
Entree 50 Pf.  
Vond. hab. Gültigkeit.  
Nach der Vorstellung:  
**Frei-Tanz.**  
In den unteren Sälen Dienstag:  
**Braywarsti-Konzert.**  
Donnerstag: **Gärtch-Konzert.**  
Vond. haben Gültigkeit.

**Sansoni.**  
Kottbuser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Jeden Sonntag, Montag  
und Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger.**  
Nach jeder Solree:  
**Tanzkränzchen.**  
Jeden Dienstag:  
**Theater-Abend.**  
Dienstag, den 27. Oktober 1903:  
**Hotel Klingebusch.** Volksstück mit  
Gesang in 5 Bildern von Kneifel  
und Jacobsohn.

**WINTERGARTEN**  
**Saharet** australische  
Tänzerin.  
**The Great Goldin** Illusionist.  
Goldin gab eine Separat-Vor-  
stellung vor Sr. Majestät Kaiser  
Wilhelm II.  
**Smith u. Doreto** Excentric  
**Therese Ranz** Schulertrier  
**Die drei Luppas** Reckturner  
**Anne Dancrey** Pariser Soubrette.  
**Moskwa** russisches Sextett.  
**Die Agost's** Jongleure.  
**Angeline Vanloo** Sängerin  
**O. K. Sato** komischer Jongleur.  
**Miss Emeline** Trapezkünstlerin.  
**Die Jahrmärktsprinzess** Ballett.  
Der Biograph.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72. Ude Alexanderstr.  
Täglich:  
**Franz Sobanski.**  
Ganz neues Programm.  
Zum Schluss die Gesangs-Posse  
**August auf Urlaub.**  
Nach der Vorstellung:  
Mittw., Sonnt., Sonnt., Tanz.  
Anfertigung feiner

**Herren u. Damen**  
Garderobe, bessere Damen-  
Jackets auf Lager, elegante  
Ausführung, geringe Teilsahl.  
**J. Kurzberg, Neue Königstr. 47.**  
direkt am Alexanderplatz.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
für den 3. Berliner Reichstags-  
Wahlkreis.  
Den Genossen zur Nachricht,  
dass das Mitglied  
**Gustav Brandt**  
am 25. Oktober verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute,  
Mittwochnachmittag 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Neuen  
Luisen-Friedhofes, Hermann-  
strasse, Rixdorf, aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

Am 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,  
verstarb nach kurzen schweren  
Leiden mehr herzenguter Mann,  
unser treuer, geliebter Vater,  
Schwieger- und Großvater, der  
Klempner  
**Gustav Brandt**  
im 68. Lebensjahre.  
Um hilfes. Beileid bittet im  
Namen der Hinterbliebenen  
**Frau Minnie Brandt**  
geb. Guleitstein.  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
wochnachmittag 4 Uhr von der  
Leichenhalle des neuen Luisen-  
Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstrasse,  
aus statt.

**Danksagung.**  
Für die Beweise herzlicher Teil-  
nahme sowie die reichen Kranzspenden  
bei der Beerdigung meines so un-  
glücklichverstorbenen Lebensgenossen  
Bräutigams, des Schloßers  
**Helmut Müller**  
lege ich allen Teilnehmern meinen  
innigsten Dank.  
28026  
**Bertha Lehmann.**

**Auguste Lehmann**  
geb. Pels  
im 30. Lebensjahre.  
Wir verlieren dadurch eine der  
besten, welche ihre Pflichten  
niets gemindert erfüllt hat.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
28. Oktober, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Kirchhofes  
in Rixdorf aus statt. 27706  
Regie Beteiligung erwartet  
**Die Partei-Expedition**  
von Rixdorf.

**elektromagnetische Therapie-  
System Tüb.**  
gegen nervöse und rheumatische  
Krankheiten.  
Ärztlich geleitete Institute in allen größeren Städten  
Respecte geht nach Lütke-Berlin Friedrich-Str. 154  
Institute in Berlin: Bülow-  
strasse 20, Oranienburgerstr. 14.  
Sprechstunden 12-2.

**Roh-Tabak.**  
Große Auswahl, billige Preise.  
Formen: Original-Fabrikpreise.  
Neu 5.  
**11. Kottbuserstrasse 11.**  
**181. Sebastian Gröbel 181.**  
**Brunnenbrake 181.**

**Rohtabak!**  
Feinste Präparat, pro Pfd. 1,20 u. 1,30 Mk.  
Koschlied, gehend, pro Pfund 0,85 Mk.  
**Karl Roland, Kottbuserstr. 3a.**  
Genau auf Hausnummer achten!

**Erkner-Baustellen**  
billig, gültig, Zahlung nur b. Bauer  
**Catholy, Buchhorsterstrasse, 5 Min.**  
ab Schule, 52 Stk. bis jetzt verk. Röh.  
Schulz, Rixdorf, Renauxstr. 12/13. \*

**Verlässliche Händler!**  
Goldschmied wie Bekannten jeder Zeit,  
gold. u. silb. Damen wie Herren  
Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön,  
spottbillig verk. **Pfandleiste, Pringens-**  
strasse 28, I., Ude Ritterstrasse, 21672\*

**Teil-**  
**zahlung**  
Auf über-  
bequeme  
Weise  
(wöchentlich  
nur 1 Mk.)  
alle Arten  
Uhren, auch  
Goldwaren  
etc.  
Jahre & König, Warichauerstr. 72 I.

**DAMEN**  
die viel Geld sparen wollen, können ihre  
**Paletots, Jacketts, Kostüme**  
und **Röcke im Engros-Geschäft**  
von **A. Schwarz, Wassmannstr. 1,**  
Ude Landsbergerstr., 1. Etage, beziehen.

**Todes-Anzeige.**  
**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
**Rixdorf.**  
Den Mitgliedern zur Kenntnis,  
dass das Mitglied, der Arbeiter  
**Willy Schneider**  
(12. Bezirk)  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 28. d. M., nach-  
mittags 3 Uhr, vom Krankenhaus  
am Urban nach dem neuen  
Jakobi-Kirchhof, Hermannstrasse,  
aus statt.  
Der Vorstand.

**Gesangverein „Melodia“**  
**Rixdorf.**  
Am 24. Oktober verstarb nach  
kurzen schweren Leiden unser  
treuer Gesangsbruder  
**Willy Schneider.**  
Sein Andenken werden wir  
niets in Ehren halten. 2771b  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch, den 28. Oktober, nachmittags  
3 Uhr, vom Krankenhaus am  
Urban aus nach dem neuen  
Jakobi-Kirchhof, Hermannstrasse  
(Rixdorf), statt.

**Deutscher**  
**Metallarbeiter-Verband**  
(Verwaltungsstelle Berlin).  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, dass  
unser Mitglied, der Schmittarbeiter  
**Willy Schneider**  
am 24. d. M. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, 28. Oktbr., nachm. 3 Uhr,  
vom Krankenhaus am Urban aus  
nach dem neuen Jakob-Kirchhof  
in Rixdorf statt.  
Regie Beteiligung erwartet  
123/17 **Die Ortsverwaltung.**

Am 25. Oktober verschied nach  
langen, schweren Leiden unsere  
pflichtgetreue Geltungsträgerin  
**Auguste Lehmann**  
geb. Pels  
im 30. Lebensjahre.  
Wir verlieren dadurch eine der  
besten, welche ihre Pflichten  
niets gemindert erfüllt hat.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
28. Oktober, nachmittags 4 Uhr,  
von der Leichenhalle des Kirchhofes  
in Rixdorf aus statt. 27706  
Regie Beteiligung erwartet  
**Die Partei-Expedition**  
von Rixdorf.

Allen Kollegen und Freunden  
die traurige Nachricht, dass meine  
liebe Frau 28015

**Anna Kobilke**  
am 24. Oktober verstorben ist.  
Beerdigung Mittwochnachmittag  
4 Uhr, Danies-Kirchhof, Bante-  
strasse, Tegeler Chaussee.  
**Hermann Kobilke.**

**Achtung! Anschläger!**

**Todes-Anzeige.**  
Am 24. Oktober verstarb der  
Kollege  
**Emil Pusch.**  
Die Beerdigung findet statt am  
Dienstag, den 27. Oktober, nach-  
mittags 4 Uhr, auf dem Central-  
Friedhof in Friedrichsfelde.  
Der Vorstand  
des Vereins der Bauanschläger  
Berlins und Umgegend.

Allen Freunden und Bekannten  
die traurige Nachricht, dass mein  
lieber Mann, unser guter Vater,  
der Tischler 27796  
**Gustav Klinger**  
im 61. Lebensjahre nach langem,  
aber schwerem Kampfe von seinem  
Leiden durch den Tod erlöst  
worden ist.  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 28. d. M., nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle der Friedengemeinde Nieder-  
Schönhausen aus statt.  
Bitte Mathilde Klinger geb. Wittig,  
Paul Klinger.

**Danksagung.**  
Für die mir beim Begräbnis meines  
lieben Mannes erwiesene Teilnahme  
spreche ich allen Freunden und Be-  
kanten, insbesondere den Kollegen  
der Arnen-Voss und Dumsche meinen  
herzlichsten Dank aus. 31152  
Etwas **Auguste Weiss**  
geb. Bergmann.  
**Apotheke z. goldenen Adler**  
Alexandrinenstr. 41.  
**Hämorrhoidallikör**  
a Flasche 1 Mark, 7 Flaschen 5 Mark.



Der erste Gan des Verbandes der Töpfer,

umfassend die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, die Filiale Bromberg und einen Teil von Westfalen, hielt am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus seinen zweiten Gaukongress ab. Derselbe war besetzt durch 38 Delegierte, welche 27 Filialen mit einem Mitgliederbestande von 2662 Densiegern, 682 Werkstudenarbeitern und 5 Scheibentöpfen vertraten. Zunächst gab der Verbandsvorsitzende Drunzel einen Ueberblick über die Beschlässe des letzten Verbandstages. Darauf erstattete der Gauleiter Ernst Bericht über seine Thätigkeit. Als er die Leitung des Gauwesens übernahm, hatte derselbe 34 Filialen des Verbandes. Inzwischen sind neun Filialen neu gegründet worden. Es ist gelungen, in allen nennenswerten Orten des Gauwesens Verbindungen mit der Organisation herzustellen. Wo keine Filialen bestehen, wird die Organisation durch Einzelmitglieder vertreten. Nur einige Orte, wo die Scheibentöpferei vorherrscht, stehen der Organisation fern. Die Agitation, begünstigt durch die äußerst günstige Geschäftslage, welche während der letzten vier Jahre in Brandenburg und Pommern herrschte, hatte recht gute Erfolge. In Ost- und Westpreußen stößt die Agitation auf erhebliche Schwierigkeiten. Dort herrschen die Hirsch-Jägerischen Organisationen vor, und die Vertreter der modernen Gewerkschaften haben sowohl mit dem Widerstande von jener Seite, wie mit dem Mißtrauen, welches den Fremden entgegengebracht wird, zu rechnen. In der Berichtszeit sind im Gau eine Reihe von Lohnbewegungen geführt worden, welche Densiegern und Werkstudenarbeitern nennenswerte Erfolge brachten. Niederlagen waren in keinem Falle zu verzeichnen. Die Gaukasse hatte eine Einnahme von 856.15 M., eine Ausgabe von 921.44 M. — Bezugnehmend auf eine im März stattgehabte Versammlung zwischen politischen und gewerkschaftlichen Vertretern, welche die gemeinsame Arbeit für Reichstags- und Landtagswahlen zum Zweck hatte, empfiehlt der Redner eine Resolution, welche den Delegierten die Pflicht auferlegt, bei den bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtage die sozialdemokratische Partei nach Kräften zu unterstützen. Hierauf folgten die Berichte der Delegierten über die Verhältnisse in ihren Orten. Bezüglich des Streiks in Velten wurde mitgeteilt, daß trotz des heftigen Widerstandes der Unternehmer begründete Hoffnung sei, den Streik zu gewinnen. In Berlin werde voraussichtlich eine Einigung in der Tarifbewegung erzielt werden, ohne daß es zum Streik komme. Hinsichtlich des Streiks in Fürstentwale teilte der dortige Delegierte mit, daß es sich um eine Aufbesserung der Löhne handle, die schon seit dem Jahre 1890 sehr schlecht seien. Seit vier Wochen stehen die Fürstentwale Töpfer geschlossen im Streik. Am vergangenen Freitag ist durch die Polizei das Streikpostensystem verboten, und am Sonnabend sind sämtliche Streikposten zur Anzeige gebracht worden. — Im weiteren Verlaufe der Berichtserstattung und der Diskussion war auch die Rede davon, daß der Verbandsvorsitzende bestrebt sei, bei beabsichtigten Lohnbewegungen möglichst zu bremsen. Der Verbandsvorsitzende Drunzel kam in seinem Schlusswort darauf zurück und legte in längeren Ausführungen dar, daß die Situation gegenwärtig infolgedessen sehr ernst sei, als die Unternehmer fast überall durch den Verband der Fabrikanten Deutschlands scharf gemacht seien gegen die Arbeiter. Es sei nicht ausgeschlossen, daß in manchen Orten die Arbeiter zum Streik durch die Unternehmer provoziert würden. Die Delegierten müßten dahin wirken, daß die Kollegen in solchen Fällen die Ruhe bewahren und sich nicht, wie es die Unternehmer wünschen, zu unüberlegten Schritten bewegen lassen. Angehts des Streiks in Velten und Fürstentwale sei es geboten, vor der Hand weitere Kämpfe möglichst zu vermeiden. — Nach beendeter Diskussion wurde die erwähnte Resolution angenommen, welche sich auf die Unterstützung der Sozialdemokratie bei der Landtagswahl bezieht.

Einmütige Annahme fand eine Sympathie-Erklärung für die Streiks in Velten und Fürstentwale, denen der Gaukongress die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung zusagt. Ferner stimmte der Gaukongress einer Resolution zu, die eine Werkstuden-Arbeiter-Konferenz am 2. März annahm. Die Resolution befragt, daß den in den Werkstuden herrschenden Mißständen besondere Aufmerksamkeit gewidmet und für deren Beseitigung Sorge getragen werden soll; besonders soll auf Innehaltung der Arbeiterschutz-Gesetze geachtet werden. Zu dem genannten Zweck sollen in allen Orten, wo organisierte Töpfer arbeiten, Kommissionen eingesetzt werden, welche die Beseitigung der Mißstände als ihre besondere Aufgabe zu betrachten und im März und Oktober eines jeden Jahres Bericht an den Gauleiter zu erstatten haben. Der Bezirksleiter Sorg-Berlin wurde aufs neue für diesen Posten einstimmig gewählt.

Der Kampf ums Majorat.

Erster Tag.

Der Andrang zum Kriminalgerichtsgebäude war außerordentlich stark. Handelt es sich doch um einen Prozeß, welcher weit über die Grenzen Deutschlands hinaus lebhaftes Interesse erregt. Der Justizpalast zeigt ein eigenartiges, von der gewöhnlichen Form abweichendes Gepräge. Kopf an Kopf drängt sich das Publikum auf den Korridoren. Neben der feingekleideten Dame, welche auf die Deckung des Zuhörerraumes wartete, stand die mit ihrem besten Sonntagsgestalt angezogene Arbeiterfrau, die aus dem Woiwodsland herbeigekommen war, weil das Gericht, mächtiger noch als die „gnädige Herrschaft“, deren Hofstaat sie so häufig in tiefer Ehrfurcht und Ergebenheit geliebt, ihr Zeugnis verlangte. Das Zeugenzimmer war angefüllt von diesen bunten Frauengestalten mit ihren ländlichen Begleitern, man glaubte sich nach einer Schankstube in einem polnischen Städtchen versetzt, nur mit dem allerdings wesentlichen Unterschiede, daß es hier keine geistigen Getränke gab; eine gedrückte Stimmung herrschte und die Unterhaltung wurde nur im Flüsterton geführt. In ungenierter Weise nahmen einige Frauen auf dem Zuhörerraum Platz. Als die Angeklagten vorgeführt wurden, war der Zuhörerraum dicht besetzt, überwiegend mit Damen. Auf der Anklagebank nahmen folgende Personen Platz: 1. Gräfin Isabella Westerska-Wilicka, 2. Hedemne Katharina Ossowska, 3. Graf Ignaz Westerska-Wilicka, 4. Dienerin Josepha Knoska und 6. Dienerin Bronislawka Chwialkowska.

Von diesen Personen nimmt die Gräfin das Hauptinteresse in Anspruch. Es ist eine aristokratische Erscheinung von imposanter Gestalt. Ihr rundes Gesicht deutet darauf hin, daß die Gräfin früher eine hervorragende Schönheit gewesen sein muß. Das volle fast weiße Haar ist à la Marie Antoinette frisiert und umgibt das Gesicht wie mit einem Glorienkranz, unter den noch dunklen Brauen blickt mit großer Lebhaftigkeit ein Augenpaar hervor, welches die neue Umgebung mit Aufmerksamkeit mustert. Sie bedient sich dabei mit feiner behandschulter Hand einer Porzellan- mit silbernem Griff, wodurch das aristokratische ihrer Erscheinung noch erhöht wird.

Graf Westerska-Wilicka hat einen Kopf mit aristokratischen Gesichtszügen die von einem ergauenden, am Sinn ausstrahlenden Wohlstand wahrzunehmen werden.

Den Vorsitz im Gerichtshofe führt Landgerichts-Direktor Zeusner, als Beisitzer fungieren Landgerichts-Rat Wächner und Assessor Czarlinski, als Erklärtichter Assessor Hartmann.

Die Anklage vertreten Erster Staatsanwalt Steinbrecht und Staatsanwalt Dr. Müller. Als Verteidiger sind zur Stelle: Justizrat Broner, Rechtsanwalt Chodziesner, Justizrat v. Sikorski, Justizrat Lewinski und Rechtsanwalt Rychlowski (Posen), Rechtsanwalt Dr. Eger und Rechtsanwalt Bborowski.

Als medizinische Sachverständige wohnen der Verhandlung bei: Prof. Dr. Dührken, Gerichtsarzt Dr. Störmer, Rechtskonsulent Dr. Leymann, Sanitätsrat Dr. Kojinski aus Wronke, Kreisarzt Dr. Paniarski aus Polen, Prof. Dr. Alexander Brückner (Berlin), Prof. Dr. Freund.

Da einige der Angeklagten der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sind als Dolmetscher geladen Regierungsrat Brandt und Kanzleirat Groß und als Schriftführer-Beisitzer Rechnungsrat Junge.

Der Vorsitzende macht den allseitig angenommenen Vorschlag, die Sitzungen täglich um 9 1/2 Uhr beginnen zu lassen und um 3 Uhr zu beendigen, des Sonnabends aber die Sitzungen ausfallen zu lassen.

Wie der Vorsitzende ferner mitteilt, hat das Verfahren in der jetzigen Verhandlung noch nicht seinen Abschluß, es wird vielmehr noch gegen fünf Personen, darunter zwei polnische Rittergutsbesitzer-Frauen fortgeführt.

Bei der langen Dauer der Verhandlung werden drei Ersatz-Geschworne ausgelost.

Beim Aufruf der Zeugen fällt sich der Raum vor dem Richterliche in solcher Weise, daß die Zeugen kaum Platz finden und, Kopf an Kopf gedrängt, ihre Anwesenheit belunden.

Es sind etwa

200 Zeugen anwesend.

Unter ihnen erregt der kleine Joseph Adolf Stanislaus, um dessen Herkunft der erbitterte Kampf in der gräflich Wilckischen Familie entbrannt ist, das größte Interesse. Der kleine Kerl wird von einer Tochter der angeklagten Gräfin in den Saal geführt; er ist peinlich sauber, vom Kopf bis zu den Füßen in Weiß gekleidet und ist ein reizender Knabe, der mit seinen großen schwarzen Augen neugierig im Saale umherschaut und natürlich keine Ahnung davon hat, daß er die Hauptperson in diesem forensischen Drama ist.

Unter den Zeugen befindet sich ferner das Haupt der Agnaten, die Ansprüche auf das Majorat erheben, Graf Hieronimus Wilck, Mitglied des Herrenhauses, und dessen Sohn Graf Hector Wilck, päpstlicher Kammerherr, Rittmeister der Reserve und früherer Reichstags-Abgeordneter.

Auch der Droschkentischer Adolf Wille, der seiner Zeit die mit dem neugeborenen Kinde aus Krakau hier angekommenen Frauen vom Schlesienschen Bahnhof nach der Wohnung der angeklagten Gräfin gefahren haben will, ist mit seiner Ehefrau unter der Zahl der Zeugen. Ebenso ist die angebliche wirkliche Mutter des kleinen Joseph Adolf Stanislaus, Frau Weichenstellerin Cecelia Meyer, geb. Parze aus Lipine in Oesterreich-Schlesien anwesend. Sie reklamiert den kleinen Grafen als ihr vor ihrer am 22. Dezember 1896 stattgefundenen Verheiratung geborenes Kind und behauptet, daß der Vater ein Hauptmann des 20. österreichischen Infanterie-Regiments sei.

Eine Anzahl von Zeugen ist nicht erschienen.

Die Anklage gegen das gräfliche Ehepaar lautet auf Kindesunterscheidung, gegen die übrigen Angeklagten auf Beihilfe, teilweise auch auf Meineid.

Die Präliminarien vor Beginn der eigentlichen Verhandlung nehmen über zwei Stunden in Anspruch, da die Vorhaltungen, Verwarungen etc. des Vorsitzenden an die Zeugen vom Dolmetsch ins Polnische übertragen werden mußten. Während dieses Zeils verwandelte sich eine kleine verschwiegene Ecke des Gerichtssaales in eine Art Kinderzimmer; mehrere Frauen mit Tragelindern beruhigen die schreienden Kinder dadurch, daß sie sie ungeniert an die Mutterbrust nehmen. Mehrere Zeugen aus Krakau forderten Vorhush an Zeugnischwüren, da sie kein Geld besäßen. Der Vorhush soll ihnen gewährt werden.

Zur Verfügung des Gerichts hält sich Kriminalkommissar von Tressow, der bei den Ermittlungen thätig war.

Die Persönlichkeiten der Angeklagten

stellt der Vorsitzende wie folgt fest: 1. Isabella Gräfin Westerska-Wilicka geb. Gräfin v. Wniska, aus Wroblewo, am 6. März 1846 zu Posen geboren, seit dem 22. Januar in Unterhuhungshaft; 2. Graf Ignaz Westerska-Wilicka, am 23. April 1839 geboren, seit dem 5. August in Haft; 3. Hedemne Katharina Ossowska aus Wroblewo, 1857 geboren, seit dem 12. März in Haft; 4. Dienerin Josepha Knoska geb. Gorneda, 1826 geboren; 5. Dienerin Bronislawka Chwialkowska geb. Knoska, aus Wroblewo, 1890 geboren.

Auf allgemeinen Vorhalt des Vorsitzenden erklärt sich das gräfliche Ehepaar für nichtschuldig.

Die angeklagte Gräfin giebt auf die Fragen des Vorsitzenden ihre Auskunft in sehr lebendiger und energischer Weise und in gebrochenem Deutsch und mit ausgesprochen polnischer Klangfarbe. Sie ist bei der schlechten Akustik des Saales beinahe ebenso schwer verständlich wie ihr Ehemann.

Präsident (zur Gräfin): Bekennen Sie sich schuldig? Sie sind angeklagt, in Gemeinschaft mit ihrem Ehemann ein Kind untergeschoben zu haben. — Angekl.: Will ich ausgeblasen werden und hier Erde sein, wenn ich was weiß von solcher Sekt? — wie sagt man doch: Geheimnis. — Prä.: Seit wann sind Sie verheiratet? — Angekl.: Seit dem 12. Juli 1894. — Prä.: Sie waren also am 27. Juni 1897, als Sie ein Kind das Leben geschenkt haben wollen, 51 Jahre alt? — Angekl.: Ja wohl! — Auf weiteren Befragen giebt die Angeklagte an, daß sie vier Kindern das Leben gegeben habe. Der Erstgeborene, ein Knabe, sei verstorben. Ihr älteste Tochter, Louise, sei 1865 geboren und verheiratet, die zweite, Isabella, sei 1873 und die dritte, Maria, 1879 geboren. — Vors.: Sie sollen häufig von Ihrem Manne längere Zeit getrennt und sich gar nicht um ihn gekümmert haben? — Angekl.: Ich bin häufig monatelang bei meinen Eltern gewesen, da war die Trennung doch natürlich. — Prä.: Sie sollten schon vor Jahren den Offenbarungseid leisten, zogen es damals aber vor, ins Ausland zu gehen. — Angekl.: Es waren Schulden meines Mannes, die mich nichts angingen. Ich habe alles, was wir nötig hatten, selbst gekauft und auch bezahlt. — Prä.: Dagegen spricht der Umstand, daß der Gerichtsvollzieher bei Ihnen ein- und ausging. Sie sollen die Handwerker, Fleischer und sonstige Lieferanten so lange haben warten lassen, bis sie lagbar wurden. — Angekl.: Ich habe sie bezahlt so wie ich es konnte und wollte.

„Onkel“ Gerichtsvollzieher.

Prä.: Der Gerichtsvollzieher soll häufig zu Ihnen gekommen sein, daß er einfach „Onkel“ genannt wurde. — Angekl.: Das ist wahr. — Prä.: Ihre Schuldenlast soll eine ganz bedeutende und auf 450 000 M. angewachsen sein, wie Ihr Ehemann selbst in einer seiner Vernehmungen angegeben hat. Sie sollen höchst verschwenderisch gelebt haben. — Angekl.: O nein, ich habe viel Geld ausgeben müssen, aber nicht für meine Person. Ich habe das Schloß ausbauen lassen und alles gekauft, was sich in Wroblewo befindet. Es waren 30 Zimmer da, aber keine Möbel oder sonst was. Das hat natürlich eine erhebliche Summe verschlungen. Mein Vater hat mir häufig Geld gegeben, womit ich die Schulden meines Mannes bezahlt habe. — Prä.: Sie sollen früher schon einmal gesagt haben: „Es hilft alles nichts, irgend etwas muß geschehen. Ich muß mit meinem Körper eine Veränderung vornehmen, damit die Leute glauben, ich sei in andern Umständen, dann werden wir wieder Kredit erhalten.“ — Angekl.: Herr Präsident, das ist alles nur leeres Gerede.

Prä.: Als Sie im Mai desselben Jahres nach Wroblewo zurückkehrten, sollen Sie angegeben haben, daß Sie in andern Umständen seien. — Angekl.: Das ist richtig. — Prä.: Es wird nur seitens der Anklage angenommen, daß dies nur Heuchelei sei, daß Ihre angebliche spätere Entbindung ebenfalls Heuchelei war, daß es Ihnen nur darum zu thun war, einen männlichen Erben vorweisen zu können, der dereinst Anspruch auf das Majorat hätte und daß Sie deshalb

ein fremdes Kind untergeschoben

haben. — Angekl.: O bitte, mein Mann ist so gesund, wie ein Mann nur sein kann. — Prä.: Sie hatten dann Ihren Verwandten angezeigt, daß Sie nochmals Mutter werden würden und Ihre Entbindung im Auslande vornehmen lassen wollten. — Angekl.: Jawohl. — Prä.: Die Verwandten, die schon mißtrauisch geworden waren, brangen dann in Sie, Sie möchten mit Rücksicht auf die Zukunft und den guten Ruf des zu erwartenden Kindes, Ihre Entbindung im Reichslande abwarten und diesem Rats Sie sind Sie gefolgt. Der Vorsitzende hält der Angeklagten ferner vor, daß es doch höchst auffällig sei, daß, als der Graf anfangs 1896 nach Montreux ging, sie ihm nachgereist sei und nun behaupte, mit ihm, obgleich sie in ewigem Unfrieden mit ihm lebte, Umgang gehabt zu haben. Die Angeklagte behauptet, daß gerade um diese Zeit der Graf sehr liebevoll zu ihr gewesen sei. — Prä.: Sie wissen doch, daß es allgemein ausfiel und mit Mißtrauen aufgenommen wurde, als Sie plötzlich nach Ihrer Rückkehr aus Montreux das Gerücht verbreiteten, daß Sie in andern Umständen seien. — Angekl.: Das war aber doch der Fall. — Prä.: Ihre letzte Entbindung soll 16 Jahre zurückgelegen haben. — Angekl.: Das ist richtig. — Prä.: Die Anklage geht davon aus, daß Sie ganz trostlosen Zuständen auf Wroblewo gegenüber gestanden hätten, daß die großen Waltungen unbefugter und den Bestimmungen des Fideikommiss-Statuts widersprechenderweise schon niedergebort waren, daß Ihr Kredit erschöpft war, die Agnaten Ihnen Schwierigkeiten in finanzieller Beziehung machten und Sie alle Veranlassung hatten, darauf zu sinnen, einen männlichen Nachkommen zu erhalten, wodurch sich Ihr Kredit sehr heben würde. — Angekl.: Das sind alles unbegründete Verdächtigungen. — Prä.: Sie wissen, daß Ihre angebliche Schwangerschaft bei den Agnaten ein solches Mißtrauen erregte, daß diese brieflich an Sie die Anforderung richteten, im Reichsgebiet zu entbinden. Sie wissen ferner, wie weit dies gegangen ist, daß man wiederholt sagte: Sie müßten eigentlich in Posen auf offenem Markte entbunden werden, sonst glaube man es nicht. — Angekl.: Das waren nur Spöken. Sie haben oft solche Reize gemacht. — Der Vorsitzende hält der Angeklagten eine Reihe auffälliger Thatsachen vor. Vor allen Dingen sei es doch merkwürdig, daß sie kurz vor der angeblichen Entbindung nach Berlin überfiedelt sei und nun hier in der von ihr gemieteten Wohnung in der Kaiserin Augustastrasse 74 am 27. Januar 1897, morgens 6 Uhr entbunden sein soll. Die Angeklagte hat aber den Grund ihrer Überfiedelung nach Berlin die verschiedensten Angaben gemacht. Unter anderem hat sie darauf hingewiesen, daß die Agnaten sie auf Schritt und Tritt durch Deletivus habe beobachtet lassen und sie habe fürchten müssen, daß das Kind, dem sie das Leben geben würde, von jenen beiseite geschafft werden könnte. Dann hat sie hervorgehoben, daß sie in Berlin sofort die beste geburtsärztliche Hilfe erhalten könne; endlich hat sie als Grund angegeben, daß sie in Berlin bessere Verpflegung habe. Die Angeklagte entschuldigt diese Verschiedenheit ihrer Aussagen durch ihre Aufregung und mit Mißverständnissen infolge der unvollkommenen Beherrschung der deutschen Sprache. — Der Vorsitzende hebt ferner als verdächtig hervor, daß der Termin der Geburt des Kindes nicht mit gewissen Ereignisse im Frauenleben, die für einen solchen Zustand maßgebend sind, in Einklang zu bringen sei. Die Angeklagte behauptet, daß die auf diesen Punkt bezüglichen Angaben der Ärzte und ihrer Dienerschaft auf falschen Behauptungen beruhen. — Ferner hält ihr der Vorsitzende vor, daß sie weder vor, noch während der Entbindung sich ärztlicher Hilfe bedient und auch ihren alten Hausarzt Kojinski ganz übergegangen habe. Sie habe diesem ganz beiläufig zu dessen großer Ueberraschung kurz vor ihrer Abreise nach Berlin gesagt: „Herr Doktor, ich reife jetzt zur Entbindung nach Berlin.“ Die Angeklagte erwidert, sie habe den Dr. Kojinski als ihren besten Freund angesehen und ihn über ihren Zustand keinen Zweifel gelassen. Sie habe auch von Berlin aus zweimal an Dr. K. telegraphiert, sei aber von der Geburt so überrascht worden, daß Dr. K. erst in Berlin ankomme, als das Kind bereits geboren war. Weiter hält ihr der Vorsitzende vor: Nach ihrer eignen Angabe habe ihr hier in Berlin der Probst Dr. v. Jadzewski geraten, doch in der schwachen Stunde hier den Dr. Rengers hinzuzuziehen. Sie habe aber weder diesen, noch irgend einen andern Arzt kommen lassen. Außerdem habe sie nicht aus Posen, sondern aus Warschau eine Hedemne in der Person der 60jährigen Barbara Cwiel gefunden.

Diese ganze Hebamme-Geschichte

sei mindestens ebenso auffällig, wie die Entbindung ohne jede ärztliche Hilfe, obwohl ihr der Probst die Inanspruchnahme einer solchen dringend anempfohlen gehabt habe. Sie habe nach ihrer Behauptung ursprünglich den Plan gehabt, eine Pariser Hebamme zu nehmen, diesen Plan aber wieder aufgegeben und dann die alte Frau aus Warschau zu diesem Zweck nach Berlin kommen lassen. Es sei doch höchst auffällig, daß eine Frau von 60 Jahren, die nach so langer Zeit ihrer Entbindung entgegensteht, so sorglos der Gefahr entgegen gehe und sich dem reinen Zufall überlasse. Ebenso auffällig sei es, daß die Angeklagte angeblich bei einer zufälligen Anwesenheit in Paris zuerst eine ihr gänzlich unbekannt Hebamme dafelbst habe engagieren wollen. Endlich sei es auffällig, daß bei dem ganzen Geburtsakt niemand weiter zugegen war als die alte Hebamme und eine Frau, die abends zuvor erst hier angekommen sein soll. Die Angeklagte hat alle diese Verdachtsmomente ohne jedes Befinnen in einem bunten Durcheinander von Worten als unzutreffend darzulegen.

Hierauf tritt eine Pause ein, während welcher die angeklagte Gräfin, ganz unbefangen lächelnd, mit der Porzellan- das Publikum im Zuhörerraum und in den Logen mustert.

Die Geburt des Erben.

Nach der Pause hebt der Vorsitzende folgendes hervor: Die Angeklagte will am 26. Januar 1897 Anzeichen der bevorstehenden Geburt erhalten haben und um 4 und 7 Uhr an Dr. Kojinski zwei Depeschen ausgegeben haben. Der Vorsitzende hebt als auffällig hervor, daß nach Auskunft der Post die Depeschen gar nicht am 26. Januar ausgegeben sein können, sondern erst am 27. Januar zwischen 6 und 8 Uhr morgens. Es werde daraus gefolgert, daß die Angeklagte mit Absicht die Depeschen verzögert und erst so spät habe abgehen lassen, da sie bei dem beschränkten Depeschendienst in Wronke annehmen mußte, daß sie den Dr. Kojinski unmöglich rechtzeitig erreichen konnte. Dr. Kojinski sei überdies am 26. Januar zur Kaiser-Geburtsfeier in einem Festsaal gewesen. Er sei erst am 27. Januar 4 1/2 Uhr von Wronke fortgefahren und erst am nächsten Tage in der Wohnung in der Kaiserin Augustastrasse in Begleitung des angeklagten Grafen erschienen. Als Dr. Kojinski eine Untersuchung der Gräfin vornehmen wollte, habe diese eine solche abgelehnt. Dr. Kojinski habe von Anfang an Zweifel gehabt, diese seien aber geschwunden, als ihm die bei dem Geburtsakt zugegen gewesene Frau v. Roszewska und auch eine Frau v. Koszorzowska, Angehörige der polnischen Aristokratie, die Versicherung gaben, daß die Entbindung wirklich stattgefunden habe. Dr. Kojinski habe sich dabei erst beruhigt, sei dann aber wieder zweifelhaft geworden und habe gebeten, ihm doch das Kind zu einer Kadeluntersuchung vorzuzeigen. Dies sei ihm aber verweigert worden unter dem Vorwande, daß das Kind toben erst frisch und fest gewickelt worden sei. — Die Angeklagte sucht auch diese Verdachtsmomente zu entkräften. Sie sei bei der Ankunft ihres Mannes und des Dr. Kojinski sehr böse gewesen und habe von der ganzen Gesellschaft nicht wissen wollen. „Mein Mann war — wie nennt man es doch — so besessen, daß er kaum denken konnte, und ich war auf den Dr. Kojinski sehr böse, daß er den Grafen so viel Wein hat trinken lassen. Ich war sehr beleidigt, denn mein Mann war ganz dusselig. Ich kann mir nicht helfen, ich bin sehr heftig. Ich

habe in dieser ganzen Affaire eine Masse Dummheiten gemacht, das erkenne ich wohl an. — Staatsanwalt Dr. Müller läßt sich von der Angeklagten befragen, ob deren Tochter selbst ihr gesagt habe: „Es liegt doch nur in Deinem eignen Interesse Dich untertuchen zu lassen.“ Es sei doch auffällig, daß sie auch diesem guten Rat keine Folge gegeben habe. Die Angeklagte giebt hierfür keine schlüssige Erklärung.

Weiter hält der Vorsitzende der Angeklagten aus den Akten auf Grund der angestellten Ermittlungen folgendes vor: Auf dem Vorwerk des Majorats Wobrowo diente als Wirtschafterin die 1828 geborene Aniela Andruszewska, geborene von Thomalewska, mit ihrer damals 30 Jahre alten Tochter Hedwig. Die alte Andruszewska ist 1900 verstorben. Sie war schon als Mädchen bei der Mutter der Gräfin und genoß bei der Gräfin ein ganz besonderes Ansehen. Diese alte Matrone hat ihrer Tochter Hedwig erzählt, daß die ganze Geschichte von der Schwangerschaft der Gräfin eitel Komödie sei. Die Gräfin habe allerlei Kunstgriffe in Anwendung gebracht, um ihr Keuschen dem Zwede entsprechend zu verändern.

Es werden der Angeklagten sodann einige Keuherungen vorgehalten, die sie unter Bezugnahme auf die Kindesunterziehung gehalten haben soll. So soll sie unter anderem geäußert haben: „Wenn die ganze Sache aufgedeckt wird, bringe ich mich und das Kind um!“ Die Angeklagte bestritt mit Entrüstung, diese oder ähnliche Keuherungen gehalten zu haben.

Nach verschiedenen Erörterungen über die persönlichen Vermögensverhältnisse des Anklagenden Ehepaares wird die Vernehmung der Angeklagten um 3 1/2 Uhr geschlossen. Hierauf beantragt der erste Staatsanwalt, Dr. Steinbrecht, die mitangeklagte 78 Jahre alte Frau Josephine Knosla in Haft zu nehmen, weil die dringende Gefahr vorliege, daß durch eventuelle Gespräche mit den Zeugen der Thatbestand wesentlich verdunkelt werde. Der Gerichtshof beschließt nach kurzer Beratung, die Angeklagte Knosla in Haft zu nehmen, da sie des Meineides und der Beihilfe zur Kindesunterziehung dringend verdächtig erscheine. Sie wird, heftig weinend, in das Untersuchungsgefängnis abgeführt. Die Sitzung wird darauf geschlossen und am morgen (Dienstag) 9 1/2 Uhr vertagt.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Röpenitz.** Heute, Dienstagabend 8 Uhr findet im Stadt-Theater eine öffentliche Urwähler-Versammlung statt, in welcher Genosse Dr. Krons über die Landtagswahlen referiert. Auch werden in dieser Versammlung die Wahlmänner aufgestellt.

**Nitzdorf.** Sechs vorklassische Kunstabend werden in diesem Winter vom Verein zur Förderung der Kunst mit Unterstützung des Magistrats im Festsaal des Kaiser Friedrich Realgymnasiums veranstaltet. Der erste Abend findet am 1. November, abends 7 1/2 Uhr statt und heißt Meistersinger-Abend. Es sind ferner in Aussicht genommen: ein Volkslieder-Abend, Weihnachtsen in Wort, Ton und Bild, ein Pflanzabend, ein Goethe-, ein Hof-, ein Jbsen-Abend. Es ist für die einzelne Karte ein Eintrittspreis von 30 Pf. festgesetzt. Chluskarten, die zum Eintritt für sechs Abende berechtigen, kosten 1,50 M. Beide Arten von Karten sind von heute an Prinz Handjerystr. 7 (Expedition des „Vorwärts“) zu haben.

**Johannisthal.** Mittwochabend 8 Uhr findet in Witte Haus Parteifreiwahl eine Volksversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag: „Der preussische Landtag und die Forderungen der Socialdemokratie an denselben“. 2. Diskussion. 3. Proklamierung der Wahlmänner für die Wahlbezirke Johannisthals. Zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht.

**Stralen.** Die Abteilungslisten für die Urwahl zur Landtagswahl liegen am 28., 29., 30. Oktober in den Amtsstunden im Gemeindeamt zu jedermanns Einsicht aus. Etwaige Reklamationen sind beim Gemeindevorsteher Herrn Strauß einzureichen. Die Genossen werden ersucht, sich zu informieren, in welcher Abteilung sie wählen.

**Regel.** Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die am Dienstag, den 27. Oktober, bei Paul Strauß stattfindende Mitglieder-Versammlung aufmerksam gemacht.

## Lokales.

### Die Wahl der unbegrenzten Möglichkeiten.

Auf America wird in diesen Tagen bekanntlich wieder das Schlagwort angewandt, daß es das Land der unbegrenzten Möglichkeiten sei. Mit dem Lande jenseits der grauen Wasserwüste verbinden uns Deutsche dank dem unergieblichen Diplomaten Genosse Spedy die allerfreundschaftlichsten Beziehungen; und es läßt sich auf eine arge Erhöhung dieses innigen Verhältnisses hinaus, wollten wir durch Anwendung des erwähnten Schlagwortes auf das elendeste aller Wahlsysteme den Vereinigten Staaten die denkbar schlimmste Beleidigung zufügen. Wenn wir daher von der Klassenwahl zum preussischen Landtag, die die Partei jetzt agitatorisch beschäftigt, als von der Wahl der unbegrenzten Möglichkeiten sprechen, so geschieht das in dem streng eingeschränkten Sinne, daß ihr System auch der Socialdemokratie unverhoffte Ueberraschungen bringen kann. In dieser Ansicht werden wir bestärkt durch einen Blick auf die vom Magistrat herausgegebene Uebersicht der Urwahlbezirke und der für diese Bezirke festgesetzten Abteilungsgrößen. Wir finden da Verschiedenheiten, die selbst die Anhänger des verrotteten Systems von heute zu dessen Gegnern machen müßten, wenn diese Leute überhaupt Erwägungen der Vernunft zugänglich wären. Verschiedenheiten, welche die berückichtigte Drittelung nach den Steuerstufen gerade vom konservativen Standpunkt aus als Absurdität erscheinen lassen. Bekanntlich wird jeder Urwahlbezirk der Steuersumme gemäß geteilt, und daraus ergibt sich, daß in dem einen Bezirk ein vielfacher Millionär zum Wähler dritter Klasse degradiert, in einem andern dagegen ein Mann mit einem verhältnismäßig geringen Einkommen als ein einflussreicher Wähler der ersten Klasse in der Liste aufgeführt ist.

Im 30. Berliner Urwahlbezirk (Pariser Platz, Unter den Linden 1—4a, 48—78, Platz vor dem Brandenburger Thor, Schadowstraße, Sommerstr. 1, 2) schießt die erste Wählerabteilung mit einem Steuerbetrage von 216 273,80 M., die zweite Abteilung mit einem Steuerbetrage von 18 623,60 M. Ein Mann, der um 18 000 M. herum an Steuern entrichtet, ist also in der Gegend vom Brandenburger Thor schon ein armerlicher Wähler dritter Klasse.

Im 32. Urwahlbezirk, am Gendarmenmarkt, schießt die erste Wählerklasse mit dem Steuerbetrage von 150 277,70 M., die zweite Klasse mit 11 291,40 M. Steuern; im 40. Urwahlbezirk, am Leipziger Platz, sind die Steuerstufen 118 144,10 M. und 8788,20 M. Es sei dann noch als Kuriosität der 81. Urwahlbezirk (v. d. Heydtstraße) angeführt, wo die erste Klasse mit 171 966,90 M., die zweite Klasse mit 3385 M. schießt.

Nun das Gegenstück zu diesen einem unermesslichen Reichtum zu verdankenden Degradierungen.

Wir wollen uns in den Proletarierbezirken Berlins zunächst die erste Abteilung betrachten, soweit sie mit einem jährlichen Steuerfah von hundert Mark abschließt. Im 236. Urwahlbezirk, um die Kaserne in der Friesenstraße herum, stellt sich der hier abschließende Steuerbetrag auf 94,40 M., im 370. Bezirk in der Sorauerstraße auf 72 M., im 373. Bezirk, Faldensteinstraße, auf 32 M., im 508. Bezirk, Langestraße, gar auf 18 M., im 617. Bezirk, Graubenzersstraße, auf 81 M., im 655. Bezirk, Rigaerstraße, auf 48 M., in dem vom städtischen Obdach zc. in der Frobelsstraße gebildeten drei Bezirken 713 bis 716 auf 72 M., 72 M. und 68 M. Dann kommen weiter der 841. Urwahlbezirk in der Swinemünderstraße, der mit 71 M. ab-

schließt, der 848. Bezirk, Kremmenerstraße, mit 97 M., der 853. Bezirk, Swinemünderstraße, mit 56 M., der 855. Bezirk, Rheinsbergerstraße mit 88 M., der 892. Bezirk, Chorinerstraße, mit 90 M., der 912. Bezirk, Epshenerstraße, mit 82 M., der 917. Bezirk, Schliemannstraße mit 44 M., der 921. Bezirk, Schliemannstraße, mit 50,20 M., der 925. Bezirk, Dunderstraße, mit 70 M., die Bezirke 927 und 928 in der Dunderstraße mit 60 und 30 M., der 940. Bezirk, Straßburgerstraße, mit 75,20 M., der 953. Bezirk, Demminerstraße, mit 72 M., der 958. Bezirk, Kleinstraße, mit 88 M., der 963. Bezirk, Putzstraße, mit 86 M., der 979. Bezirk, Strelitzerstraße, mit 94 M., der 1005. Bezirk, Hufschienstraße, mit 24 M., der 1024. Bezirk, Vorkriegstraße, mit 88 M., der 1033. Bezirk, Vorkriegstraße, mit 90 M., der 1056. Bezirk, Neue Hochstraße, mit 72 M., der 1062. Bezirk, Dallborferstraße, mit 96 M., der 1075. Bezirk, Lützenstraße, mit 81 M., der 1109. Bezirk, Zwinglistraße, mit 89 M., der 1121. Bezirk, Verliängerstraße, mit 88 M., der 1135. Bezirk, Weußelstraße, mit 32 M., der 1139. Bezirk, Bremerstraße, mit 86 M., der 1144. Bezirk, Emdenerstraße, mit 62 M., der 1220. Bezirk, Turinerstraße, mit 57,20 M., der 1241. Bezirk, Adolfsstraße, mit 32 M., und endlich der 1287. Bezirk, Soldinerstraße, gar mit 18 M.

Von den 1291 Urwahlbezirken, in die Berlin eingeteilt ist, schließen für die zweite Abteilung fast die Hälfte, nämlich 614 mit einem Steuerbetrage unter hundert Mark ab. Es führte zu weit, wollten wir auch hier die in Betracht kommenden Bezirke einzeln aufzählen, und wir begnügen uns daher mit der Anführung der Thatfache, daß unter diesen 614 Bezirken 88 sind, in welchen die zweite Abteilung mit 48 M. abschließt; in 63 Urwahlbezirken erfolgt der Abschluß der zweiten Abteilung bei dem Steuerfah von 36 M., in 148 Bezirken bei 24 M. und in 10 gar schon bei 12 M. jährlicher Steuern.

Diese Thatfachen lehren so anschaulich wie nur möglich, daß bei den Landtagswahlen für die Socialdemokratie durchaus nicht nur Wähler der dritten Klasse in Betracht kommen. Sie zeigen vielmehr, daß wir bei geschickter und intensiver Agitation nicht allein in der zweiten Abteilung vielfach die große Mehrheit der Wähler für uns haben können, sondern daß auch in der ersten Abteilung ganz bestimmt Anhänger unserer Partei in vielleicht gar nicht einmal kleiner Anzahl zu finden sind. Wir sind überzeugt, daß die hier veröffentlichten Zahlen die Zuversicht bei dem Teil unserer Parteigenossen haben werden, der zwar in gebührender Disciplin sich dem die Beteiligung an der Landtagswahl betreffenden Beschluß fügt, aber auf einen wesentlichen Erfolg aus eigener Kraft bisher nicht gerechnet hat. Es kommt darauf an, während der nächsten drei Wochen die Geister aufzurütteln; dann wird bei der Ausbreitung der Socialdemokratie in Berlin selbst die Schutzmauer des Klassenwahl-Unrechts unserm Vordringen nicht standhalten!

**Zur Landtagswahl.** Aus einem Berliner Vorort (Kreis Teltow) wird uns berichtet, daß dort für solche Wähler, die zur Staatseinkommensteuer nicht veranlagt sind, aber sonst eine Steuer in Anrechnung gebracht erhalten, die vorgeschriebenen drei Mark siltber Steuer nicht zur Aufstellung gelangt sind. Auf die Vernehmung eines die Listen einsehenden Genossen, daß dies falsch sei und geändert werden müsse, soll der Gemeindevorsteher geantwortet haben, das sei zwar bisher zutreffend gewesen, jetzt aber durch eine Ministerialverfügung abgeändert. Eine solche Antwort ist unglücklich; das Gesetz vom 29. Juni 1903 bestimmt in § 1 Absatz 2: „Für jede nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagte Person ist an Stelle dieser Steuer ein Betrag von drei Mark zum Anfang zu bringen.“ An einer gesetzlichen Bestimmung kann durch Verfügung, von wem auch immer, nichts geändert werden. Nun Ueberschuh heißt es im Reglement vom 14. März 1903 in § 2 Abs. 5 nachdem der Wortlaut des Gesetzes wiederholt ist: „und zwar auch in dem Falle, daß für einen solchen Urwähler eine andre, von ihm zu entrichtende direkte Staats-, Gemeinde- u. s. w. Steuer anzurechnen ist.“ Wir erlauben die Genossen dringend, überall Fälle festzustellen, wo Verstöße hiergegen vorgekommen sind. Auf Grund solcher Feststellungen ist zunächst bei der Abgeordnetenwahl vor Eintritt in die Wahlhandlung die Ungültigkeitserklärung für alle Wahlmänner des betreffenden Urwahlbezirks zu verlangen. Wird dieses Verlangen abgelehnt, so ist Veranlassung zu einem Wahlprotest beim Abgeordnetenhaus selbst gegeben.

**Die Auslegung der Abteilungslisten für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten,** die am Donnerstag, den 12. November d. J., stattfinden, ist vom Magistrat auf den 20., 30. und 31. Oktober d. J. festgesetzt. An diesen drei Tagen liegen die Abteilungslisten von 9 bis 3 Uhr im Wahlbureau, Poststr. 16 II, zur Einsicht öffentlich aus. Etwaige Einwendungen gegen die Richtigkeit der Abteilungslisten sind nur innerhalb dieser drei Tage im Wahlbureau schriftlich anzubringen. Für jeden Urwahlbezirk ist eine besondere Abteilungsliste gebildet.

**Der Magistrat von Berlin hat** am sämtliche Deputationen, Werke, Bureaus und Kassen eine Verfügung erlassen, am Tage der Wahl zum Abgeordnetenhaus, den 12. November d. J., sämtliche Kassen und Bureaus und 12 Uhr mittags zu schließen. Den in den städtischen Verwaltungen zc. beschäftigten Arbeitern soll an demselben Tage von 12 Uhr mittags ab Urlaub ohne Lohnabzug bewilligt werden, soweit dies in den verschiedenen Betrieben durchführbar ist.

**Eine Urwählerliste vom 21. Urwahlbezirk** ist von einem Genossen in einem Wagen der Straßenbahn verloren worden. In der Kasse befanden sich außerdem noch einige Nummern der Zeitung „25 Jahre Kampf und Sieg“. Der Finder wird gebeten, sich bei Weichnast, Grünstr. 21, zu melden.

**Doppelt geknallt** mußte der Schlächtergeselle B. nach der Polizeiwache am Königsgraben gebracht werden, der bei einer Schlägerei im Scheunenviertel beteiligt gewesen und verschiedener seiner Gegner blutig geschlagen hatte. Hinzukommenden Schutzleuten setzte er entschiedenen Widerstand entgegen und griff sie ebenfalls thätlich an. Erst nachdem B. an beiden Armen geknallt war, konnte er überwältigt werden, dennoch sträubte er sich, den Beamten nach der Wache zu folgen, so daß diese genötigt waren, eine Droßsche herbeizuholen und mittels dieser den Transport zu bewerkstelligen. Zwei Schutzleute mußten in dem Wagen Platz nehmen, um den tobenden B. dort festzuhalten.

**Ueber die Fleischsteuerung** läßt sich der soeben erschienene Verwaltungsbericht des Magistrats wie folgt aus: Daß der Auftrieb auf dem Vieh- und Schlachthofe im Berichtsjahre zurückgegangen ist, hat die Betriebsergebnisse sehr ungünstig beeinflusst. Die geringe Auftriebszahl bei der gleichbleibenden Ausdehnung des Versorgungsbezirks und der ständig zunehmenden Bevölkerungszahl mußte naturgemäß die Vieh- und Fleischpreise in die Höhe treiben. Die Viehpreise waren die höchsten, die seit Eröffnung des Viehhofes vor 22 Jahren jemals gezahlt worden sind. Auffallend war die Erscheinung, daß die starke Preissteigerung bei den Schweinen nur von August bis Oktober d. J. währte, während sie bei den andern Viehgattungen bis Ende Januar d. J. anhielt, und zwar trotzdem die vorjährige Ernte eine sehr günstige war. Die Erklärung liegt darin, daß die Viehzucht Deutschlands wegen des im Vorjahre ungünstigen Ernte-Ergebnisses erheblich zurückgegangen war; wegen Futtermittel- und Streumangels mußten die Richter ihre Viehhäute möglichst verringern und die Viehmast einstellen; die reichliche Ernte des Vorjahres konnte dann erst im Spätherbst zur Geltung kommen. Die allgemeine Folge war der Rückgang in der Beschaffung der Viehmast, Verringerung der Schlachttiere und Preissteigerung derselben. Ein Umsturz dürfte in diesem Betriebsjahre zu erwarten sein, vorausgesetzt, daß die Ernte dieses Jahres wiederum eine gute ist. Die mangelhaften Verhältnisse in der Fleischversorgung Berlins sind durch den Auslandshandel etwas gemildert worden;

die Fleischzufuhr Deutschlands betrug abzüglich der Einfuhr 51 848 Tonnen, die Vieheinfuhr stieg auf 47 506 Tiere. Der eigentliche Erfolg des Einfuhrhandels spaltete an den vielen Einfuhr-Beschränkungen und Erschwernungen, die auf einheimischen Verordnungen veterinär-polizeilicher Natur beruhen; weniger daran, daß auch im Auslande die Viehpreise stiegen. „Alle Gesuche an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten, darunter auch ein des hiesigen Magistrats, um Erleichterung der Einfuhr durch Wäderung der veterinär-polizeilichen Bestimmungen, Bewährung von Zollnachlass oder Herabsetzung der Eisenbahnfrachtsätze blieben erfolglos.“ Auch in Zukunft würden schlechte Erntejahre die Fleischversorgung um so ungünstiger beeinflussen, je mehr Hindernisse der Einfuhr aus dem Auslande bereitet würden: „eine Milderung derselben ist noch nicht abzusehen, vielmehr haben die am 1. April 1903 in Kraft getretenen Bestimmungen der neuen Viehbeschaus-Gesetze sie noch vermehrt.“ Das hindert die Regierung nicht, weiter für das Wohl der Junfer zu sorgen — zum schmerzlichen Schaden der arbeitenden Bevölkerung!

**Von der Eisenbahn überfahren** wurde ein Mann, dessen Leiche gestern morgen auf dem Bahnhöfe des Nordrings von Beamten aufgefunden wurde. Er hatte Verletzungen an beiden Schenkeln. Die Papiere, die er bei sich hatte, lauten auf den 42 Jahre alten Maschinenisten August Andres aus Pechin. Von 1899 bis zum Monat Juni dieses Jahres war er bei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft am Schiffbauerdamm thätig. Ob aber die durch die Papiere bezeichnete Persönlichkeit mit dem Getöteten ein und dieselbe Person bildet, bedarf ebenso noch der Feststellung wie die Frage, ob es sich um einen Unglücksfall oder um einen Selbstmord handelt.

**Ein neues Verfahren, Holz unentflammbar und säurefest zu machen,** erläuterte der Chemiker Direktor Konrad Gaußsch in einem Demonstrationsvortrag in der Berliner Vorkammer vor geladenen Interessenten des Feuerlöschwesens, der Vorkammer zc. Die neue Imprägnierungsmethode vermeidet verschiedene Nachteile älterer Verfahren; sie greift z. B. die mit dem Holz in dauernde Verbindung kommenden Metalle nicht an und läßt es sich gut verarbeiten, da es weder brüchig noch spröde wird; auch ist die Methode des Herrn Gaußsch wesentlich billiger als die bisherigen. Das spezifische Gewicht sowie das Aussehen des imprägnierten Holzes entspricht ungefähr unfrem Nienholz (dem stark mit Harz durchtränkten Holz der Kiefer).

Nach dem Vortrage folgte in der Hofenheide eine Brandprobe, bei der zwei Häuschen angezündet wurden. Während das eine nicht imprägnierte nach 20 Minuten heruntergebrannt war, so daß nur die Asche geblieben war, wurde das imprägnierte Haus vom Feuer fast gar nicht angegriffen. Gleich günstige Erfolge soll bei ihren Versuchen die technische Versuchsanstalt in Charlottenburg erzielt haben.

**Tödlich verunglückt** ist beim Abspringen von der Straßenbahn gestern morgen um 1 1/2 Uhr ein etwa 32 Jahre alter unbekannter Mann. Vor dem Hause Badstraße 58 sprang er von einem in voller Fahrt befindlichen Wagen ab, wurde durch den Aufschlag zu Boden geworfen und erlitt außer inneren Verletzungen einen Schädelbruch. Man brachte ihn zunächst in einer Droßsche zu einem Arzt, von wo ihn ein Lächler Wagen nach dem Krankenhaus abholen sollte. Als der letztere kam, war der Tod eingetreten. Der Unbekannte ist sehr groß, hat dunkelblondes Haar und einen Schnurrbart und ist gut gekleidet mit einem Eskimo-Ueberzieher und einem dunklen Jodettanzug. An den Finger trägt er zwei Ringe, hat Uhr und Kette bei sich und besaß Eintrittskarten zu dem Varietés-Theater in der Markusstraße 50.

**Einen traurigen Verlauf** hat am Sonntagmorgen 3 Uhr das Leben eines sich auffallend benehrenden Menschen durch Kinder genommen. Der 52 Jahre alte wohnunglose Arbeiter Emil Herring, der etwas schwachmüdig ist, bewegte sich in der Putzmannstraße und hatte, da er sich auffallend benahm, sofort eine größere Kinderhölle hinter sich, die ihn neckte und stieß. Bei einem solchen Stoß fiel er auf den Hinterkopf und blieb bewegungslos liegen. Er wurde einem Arzt zugeführt, der einen Bruch der Schädelbasis feststellte. In hoffnungslosem Zustande brachte ihn ein Lächler Wagen nach dem Krankenhaus Moabit. Der Knabe, der den verhängnisvollen Stoß that, ist noch unbekannt.

**Ein Zusammenstoß zweier Straßenbahnzüge,** bei welchem vier Personen verletzt wurden, fand gestern nachmittags gegen 4 Uhr am Landsberger Thor statt. Dortselbst hielt ein Wagen der Großen Berliner Straßenbahn der Linie 85, um Passagiere aufzunehmen, als auf demselben Geleis ein Motorwagen der Nürnberg Straßenbahn-Gesellschaft, Linie Hohen-Schönhausen-Waldmannstraße, herangefahren kam. Infolge des Anpralles wurde dem erleren Waggon der Hintereckern zertrümmert. Hierbei erlitten Frau Förster, Alexandrinenstr. 107 wohnhaft, eine Quetschung des linken Oberschenkels, Fräulein Joretz, Al. Frankfurterstr. 3—4, Frau Sauer, Gotheniusstr. 15 und Kaufmann Gildenpennig, Strausberger Platz 6, Verletzungen durch umherfliegende Glasplitter.

**Lebensgefährliche Brandwunden** erlitt gestern mittags die vierjährige Tochter Gertrud der Sieberischen Geleute, die im zweiten Stock eines Hauses der Forsterstraße wohnt. Während Frau Siebert ihrem Namen, der Ausfächer ist, das Mittagessen brachte, ließ sie ihre drei kleinen Kinder allein in der Wohnung zurück. Sie lagen alle in einem Weid, das in der Küche dicht an der Maschine steht. Dort sind nun vermutlich die Kinder dem Feuer zu nahe gekommen, so daß eine brennende Masse aus der Maschine fiel und das Weid in Flammen setzte. Der Qualm und der Brandgeruch drang aus der Wohnung, und der Wöthigergeleute Hermann Krause von der Firma Thomas rannte hinauf, schlug die Thür ein und brachte die Kinder aus der Wohnung. Während die beiden jüngsten unverletzt geblieben sind, hatte das Feuer die älteste Tochter ergriffen und ihr die Kleidung vom Körper heruntergebrannt. Das Kind, das von einer Frau sofort nach der Rettungswache am Görlitzer Bahnhof gebracht wurde, ist vom Kopf bis zu den Füßen fürchterlich verbrannt, sodas ihm die Reste des Hemdes noch vom Leibe abgenommen werden mußten. Mit einem Rotverband wurde es nach dem Krankenhaus am Urban befördert, doch besteht nur sehr geringe Hoffnung, es am Leben zu erhalten. Das Feuer selbst wurde bald gelöscht.

**Einen tödlichen Abbruch** erlitt der 55jährige Arbeiter Karl Koch aus der Rittenwalderstr. 30. Er war bei dem Abbruch eines Gerüstes in der Wangelstraße beschäftigt und trat dabei auf ein Fensterbrett des dritten Stockes. Dieses war frisch getrichen, und Koch stürzte infolge Ausgleitens auf den Hof hinab. In Bethanien, wohin man ihn brachte, wurden mehrere Rippenbrüche, ein Bruch beider Unterschenkel und beider Vorderarme sowie eine Quetschung der Wirbelsäule festgestellt. Diesen fürchterlichen Verletzungen ist er erlegen. Die hinterbliebene Familie besteht aus der Ehefrau und fünf Kindern.

**Von der „Berliner Hopfen-Gesellschaft“** brachten wir am 14. Oktober eine Notiz, in der gezeigt wurde, wie die Teilhaber der verfrachten Gesellschaft die zuletzt bei ihnen beschäftigt gewesen Arbeiter um ihren lauer verdienten Lohn zu bringen suchten, indem sie nach erfolgtem Zusammenbruch des Unternehmens einen neuen Mietskontrakt mit dem Hauswirt, der ihnen die Fabrikräume vermietet hatte, abschlossen, und dadurch dessen Mietforderung zu einer bevorrechteten vor den Lohnforderungen der Arbeiter machten. Hieraus erhalten wir nun von einigen Teilhabern eine Richtigstellung des Inhalts, daß die betreffenden Arbeiter nicht durch die Gesellschaft des Berliner Zweigunternehmens, sondern eigentlich durch die Inhaber des Hamburger Hauptunternehmens geschädigt seien, weil die Hamburger den Berliner gegenüber die vertragsmäßigen Bedingungen bezüglich der Güte des zu liefernden Hopfen-Fabrikats nicht erfüllt hätten. Da und bei dem verwickelten Rechtsverhältnis zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft einerseits, sowie dieser zu dem Hauswirt und den Arbeitern andererseits eine genaue Nachprüfung der in der Richtigstellung gemachten Angaben zu weitläufig erscheint, so nehmen wir hiermit von der Richtigstellung Notiz. Trotzdem bleibt damit die



Jackell-Anzüge, 1- u. 2-reihig, aus guten haltbaren Stoffen mit geraden oder schrägen Taschen von 18 M. an.
Rock- und Gehrock-Anzüge in bester Ausführung von 24 M. an.
Herbst- und Winter-Paletots in modernster Ausführung von 18 M. an.
Haus- und Jagdjoppen in allen Ausführungen von 6 M. an.

Specialität der Firma:
Paletot nach Mass von 30 M. an.
Anzug nach Mass von 33 M. an.
Streng feste Preise.

M. Schulmeister,
Schneidermeister,
BERLIN SO., Dresdener Strasse 4,
Hochbahnstation Kottbuser Thor. 3017L\*
Special-Haus für Herren- und Knaben-Konfektion.

Seidene Steppdecken



alle Farben, Größe 150/200 cm
10, 12, 15 bis 20 Mk.
Damen-Decken 18 Mk., 25 Mk., 30 bis 40 Mk.
Wolltuff 4, 5, 6, 8 bis 10 Mk.
Excelsior-Cloth 4, 7, 5, 6, 50 bis 8 Mk., 9 Mk. doppelseitig
Seidenart. Lasting 7, 50, 9 Mk. u. 12 Mk. bis 14 Mk.
Satin, gemustert, 4, 50, 6 Mk. bis 750 Mk.
Purpur, echt rot, 2, 50, 3, 25 bis 5 Mk.
Türkisch-Cretonne 2, 25, 3 Mk. bis 450 Mk.

Steppdeckenfabrik B. Hurwitz,
Rotes Schloss, vis-à-vis dem National-Denkmal.
Telephon I. 8311.

Nur 1,50 Mk. jede Uhr

bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutes (ohne Bruch). Kleine Reparaturen billiger. Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir, 10 Steine, v. 18.—, Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50.—, Silberne Remontoir v. 9.—, Regulatoren, Freischwinger, Wacker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Facons für jeden Geschmack. Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie. 2857L\*
Karl Lux, Uhrmacher, Chausseest. 34.

Partei-Expeditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Berner, Wittenmaldenstraße 30, D. part. — Dritter Wahlkreis: St. Fröh, Bringenstr. 31, D. part. — Viertes Wahlkreis O.: Robert Bengels, Gr. Frankfurterstr. 123, D. part. — SO.: Paul Böhm, Lustigerplatz 14/15 (Laden). — Sechster Wahlkreis (Moabit): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden. — Wedding und Oranienburger Vorstadt: Emil Stolzenburg, Wiedenstr. 41/42 — Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen, Reinickendorf (Ost und West), Wilhelmsruh und Schönholz: Hermann Rasche, Rügenstr. 24, D. part. links. — Schönhauser Vorstadt: Karl Marx, Rastanien-Allee 25/26. — Alt-Glienieke: B. Fries, Huberstr. 68. — Charlottenburg: Gustav Eganberg, Selenstr. 1, Ecke Selenstr. u. Selenstr. — Deutsch-Wilmersdorf: B. Ridel, Umlandstr. 108, part. — Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen: Otto Seidel, O. 112, Kronprinzessinnenstr. 50, I. — Grünau: Hermann Steinig, Bäckerstr. 16. — Rixdorf: R. Heinrich, Prinz Handjerystr. 7, im Laden. — Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — Ober-Schönebeide: Richard Frit, Edlonstr. 4, D. part. 2 Treppen. — Nieder-Schönebeide: Bonaforsky, Berlinstr. 8. — Johannisthal: Paul Mann, Wilmersstr. 7. — Adlershof: Gustav Dike, Hasenbergstr. 8. — Köpenick: Friedrich Bold, Grünstr. 29. — Friedenau-Steglitz: D. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Mohr, Duppelstr. 8, und Dr. Schellhase, Ahornstr. 15a. — Baumschulenweg: Stod, Grenstr. 2, II. — Treptow: R. Voigt, Eisenstr. 37, D. part. III. — Neu-Weissenau: S. Reske, König-Charles 35a, I. — Rummelsburg: Jorgber, Prinz Albrechtstr. 5a. — Tegel, Borsigwalde, Dalldorf und Waldmannslust: Paul Renalt, Vorposten, Schubartstr. 43. — Pankow: R. Kummerl, Fiorastr. 43.
Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. Auch werden Inserate für den „Vorwärts“ entgegengenommen.
Bitte ausschneiden.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Specialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 2839L\*
Amt 7. 1851.

Echte Patzenhofer Biere

Patzenhofer Hell 30 Fl. 1/3 T. M. 3.00
Patzenhofer Marine 30 Fl. 1/3 T. M. 3.25
Patzenhofer Dunkel 3 M. 1/3 T. M. 3.50
Patzenhofer Crystal 28 Fl. 3 M. 1/3 Hl. M. 3.00
Schutzmarke
Gefällige Bestellungen an
Patzenhofer Brauerei
NO. Landsberger Allee 24/27
Telephon VII, 9000 u. 5535.
NW. Strom-Strasse 11/16
Telephon II, 127 und 678.
Planck pro Flasche 10 Pf.

Engelhardt's Caramel-Malz-Bier

gesetzlich geschützt No. 34 934
ist doch das Beste!
Caramel-Malz-Bier ist pasteurisiert, keimfrei und seit vielen Jahren wegen seines ganz geringen Alkoholgehalts ein bewährtes Stärkungsmittel für Nerven, Bleichsüchtige, Mütter u. Rekonvaleszenten. Auch als Tafelgetränk wird es sehr bevorzugt.
Preis pro Flasche 10 Pfennig.
In allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften käuflich.
Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.
Berlin N., Chausseestrasse 33.
Telephon Amt III. 8825

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Anzeigenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restaurations- und Bedding-Geschäfte, bis jetzt 4 Perle in Lager, wegen Uebernahme eines Grundstücks sofort zu verkaufen. Ringe, Cigarrengehälter, Kleinhandelsartikel 1902L\*
Restaurant mit Vorgarten umhändelbar sofort zu verkaufen Hofenheide 11. 2888L\*
Schmuckgeschäft, Kottbuscher, ist billig zu verkaufen. Näheres Reichstr. 8 bei Streil. 77L\*
Garbinenhaus Große Frankfurterstr. 9, part. 37L\*
Hochparochie Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen herstellend, 18,00—38,00, Weinleider 8—11 Markt. Deutsches Verlagshaus, Jägerstr. 63, 1 Treppe. 1938L\*
Gelegenheitskäufe, Winterpaletots und Anzüge für Herren, Stadt 8 Markt, auch geeignet für Wiederverkäufer, selten günstiges Angebot. August Schiller, die Frankfurterstr. 16.
Winterpaletots, Remontoiruhren, Uhren, Spotbillig Verlagshaus, Reanderstr. 6. 33/14\*
Teppiche, Gardinen, Raiser, Portieren, Betten, Steppdecken, Regulatoren, Spotbillig Verlagshaus, Reanderstr. 6. 33/14\*
Spiegel, Silber, Möbel, Spotbillig Verlagshaus, Reanderstr. 6. Teilzahlungen gestattet. 33/14\*
Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Dackelstr. Markt 4, Bahnhofstr. 93/2.
Steppdecken wegen kleinerer Rahmenpreise bedeutend unter Preis, Schlaf- und Reisebetten enorm billig. Teppichhaus Königstr. 28. 32/8\*
Reifenhandlung, Gummiwaren zu Damenjackets, Gamaschen, Reste zu Kindermänteln, Reste zu Knabenanzügen, Kostümköpfe, Seide, Sammetreste, Kleider, Astrachan, alle Arten weiche Stoffe zu Kindermänteln. Zuschnitt gratis. Rosenber, Kottbuscherdamm 98. 1950L\*
Damenjackets, einfache und elegante, auf Futter 6,50, 7,50, 8,50; lange Capes in Velour 4,50, 5,50, 6,50. Enorme Auswahl. Spottpreise. Der billige Rosenber, Kottbuscherdamm 98, früher Nummer 93. 1950L\*
Knabenpaletots, Knabenanzüge, Knabenjoppen, Mädchenkleider, Mädchenanzüge; enorme Auswahl, Spottpreise. Rosenber, Kottbuscherdamm 98.
Kostümröcke, Wägen in Seide und Wolle, Spottpreise. Der billige Rosenber, Kottbuscherdamm 98. 1950L\*
Krawattenstoffe, größte Auswahl Wallertheaterstr. 30. 1919L\*
Gobelins, verschiedene billige, Diewig, Reichstr. 76. 1963L\*
Kanzleierrollen, Botschläger, billige Einzelexemplare 5, Kullke.
Kanzleierrollen verkauft Krause, Dackelstr. 28. 79L\*

Dingelichschen, Robbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Köpenickerstr. 60/61, Grenzauerstr. 59/60 und Große Frankfurterstr. 43. 498L\*
Möbelmagazin Meyer, Invalidenstr. 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigsten Cashpreisen. Teilzahlung gestattet. 1940L\*
Friseur-Einrichtungen, solide und preiswürdig, liefert ich bei allergeringster Anzahlung — etwa 1/3 des Wertes. — Emil Rofler, Wilmersdorferstr. 3, Spezialgeschäft für Friseur-Einrichtungen. Vorläufige Läden sind vorhanden. 1939L\*
Teppiche mit Herdenstieren, Preisniederlage Große Frankfurterstr. 9, part. 37L\*
Muschelwerke, (Eisenspiele), Teilzahlungen. Invalidenstr. 145 (Eingang Bergstr.), Stahlstr. 40.
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Anzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. E. Weimann, Goltmannstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Nähmaschinen nehme in Zahlung. 1895L\*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstr. 6. SW. Deutscher Allee 78. N. Adlerstr. 113. 4128L\*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00 auch (Postkarte) Wasserhorstr. 14. 400L\*
Waltraubier, blutbildend, für Nerven, Brustkrankheiten, Schwäche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 3,50, 1/4 Liter 2,00. Nicht falschen, Qualität entspricht. Porter, Reiterstr. Ringler, Bernauerstr. 119. 97/14\*
Hochseine Herrenanzüge und Paletots aus besten Rohstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlagshaus Germania, Unter den Linden 21. 1842L\*
Steppdecken billigt Fabrik Große Frankfurterstr. 9, part. 37L\*
Steppdecken, Spotbillig, Fabrik Weinstr. 20. 499L\*
Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Wägen, Kleider, Portieren, Dornblätter, Kessel, Renolter, Teufel, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Reihzeuge, Harmonika, Gelgen, Hüßern Spotbillig, Lude, Crantenstr. 131. 2767L\*
Nähmaschinen. Zahl bis zehn Mark, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist, alle Systeme, Woche 1,00, Postkarte genügt. Dackelstr. 28, Dackelstr. 50. 57/13\*
Steppdecken & Gelegenheitskäufe! (Seidenstoff) statt 8 Mark jetzt durchweg 3,75, elegante Wägen 5 Mark verkauft Julius Reumann, Bellealliancestr. 105. 1966L\*

Damen-Jackets (Mödel), teils aus Seide, 8 Mark, Vollen Wolf-Capes 4 Mark, elegante Kostüme 9 Mark, verkauft Julius Reumann, Bellealliancestr. 105. 1967L\*
Grünram verläufig Koppentr. 60. 436L\*
Fahrrad, gebrauchtes, billiges, wird sofort gekauft. Preis-Angebote bitte schriftlich. Friebe, Landsberger Allee 50. 438L\*
Gelegenheit! Säulen-Panzerlöcher verkauft billig Pauline Oehler, Bräunerstr. 61. 2708L\*
Wohn-Nähmaschine, gute Stück, 25 Mark, Kachel, Samariterstr. 14.
Zwei hohe eichene Stühle, Spiel- und Solische verkauft Bonath, Wilhelmstr. 13. 2791L\*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Postkarte genügt. Stralauer Allee 26.
Nadelwanne, gut erhalten, Wäcker, Koppentr. 42. 2787L\*
Leitpindeldant, keine, Mechaniker, Großgörschenstr. 9. 2790L\*
Bettten, zwei gute Stände, Gardinen, Uebergardinen, Stores, Kuschelstühle, Diwan, große Teppich, zwei elegante Steppdecken billig Kaunzstr. 52, I. links. 2788L\*
Bettten, prachtvolle, 18,00, Möbel, Dresdenerstr. 38. 2780L\*
Kleider, Herren - Anzüge, Winterpaletots, Nichtwiederkehrende Gelegenheiten. Schönhäuser Allee 725, III links. 2773L\*
Bilder-Ausverkauf. Letzte Woche ermäßigte Preise. „Fortuna“, Frankfurterstr. 1, Ecke Schönhauser-Allee.
Der Umkleekabinett und der Fortschritt im Betrieb unter Specialgeschäften ist ersichtlich, wenn man den Einkauf von Arbeitskleidung sonst und jetzt vergleicht. In engen inneren Läden, halb verbaute unter Näheren, Säulen und Hüßern mühen die Arbeitskleidung hervorgeholt werden, kaum drei bis vier zum ausziehen. Wie anders geht es bei Schließler, Lutzstr. 55 zu, heller hoher Laden, Licht und Luft, jede Woche, jede Woche, jede Specialität am Lager. So kauft sich jeder besser. Naturgemäß kann ein so großes Geschäft, das so bedeutenden Absatz hat, auch billig sein. 1935L\*

Wandteiche Niederstr. 7 bleibt Sachen jeder Art. 499L\*
Bücher kauft, beleibt Antiquariat Kochstr. 56, I. Amt VI, 3307.
Fahrrad, auch defekt, Kappell, Schönhauser Allee 163a. 93/19\*
Bereine! Saal und Vereinszimmer noch Sonnabend frei. Klubhaus, Kienstr. 16. 2504L\*
Vereinszimmer Vier, alle Tafelstr. 119. 1908L\*
Vereinszimmer, alle Tafelstr. 69. 1908L\*
Vereinszimmer, 40 Personen, Platin, zu vergeben Kommandantenstr. 65, Ladeberg. 1884L\*
Vereinszimmer zu vergeben, 40 bis 50 Personen fassend, Hildersdorferstr. 11, Koebisch. 2675L\*
Hilferunterricht, schnell fassend, Bräunerstr. 14, II links. 2678L\*
Rechtsbureau (Alexander-Platz)! Kurzschritte durch! Gerichtssachen! Eingabengeld! Raterteilung! 57/15
Rechtsbureau! (Hindenburgplatz), Grünerweg vierundneunzig. Gerichtsbescheid, Eingabengeld, Materielung. Langjährige Erfolge! 2789L\*
Gold- und Silberarbeiten, Platin, Gold, Bruch- und Schmuck, alle antike Uhren, Ringe und Medaillen kauft Schneider, Brunnenstr. 137, Eingang Bernauerstr., Laden.
Tischler, Maurer, Schlosser, Mechaniker, Monteur, die ihre theoretischen und praktischen Fachkenntnisse vermehren wollen, erhalten anerkannte Fachlehrbücher auf Teilzahlung durch „Selbst“, postlagernd „Friedenau“, Probeband zur Ansicht. 2774L\*
Star entflohen, Wiederbringer hohe Belohnung, Götterstr. 73 II.
Schlag, Streichhölzer, Spielkarten sind willkommen. Hildersdorferstr. 19 bei Hilders. 2785L\*
Kronenfassbänder jeder Art, Augustabad, Köpenickerstr. 60. 1\*
Beleidigung gegen Götter, die ich im Lokal Schroder gethan, nehme zurück. Pantow. 496L\*
Plätze für Tischler oder Bildhauer vermietet billig Kunath, Köpenickerstr. 2. 4100L\*
Zimmer.
Möbliertes Zimmer, Herrn, Adalbertstr. 10, Götter. 34/10
Möbliertes Zimmer, zwei Herren, Charlottenstr. 2, D. part. III. 2800L\*
Möbliertes Zimmer, Herrn, Frankfurter Allee 109, D. part. I. Krüger. 496L\*
Möbliertes Zimmer zu vermieten, inklusive 20 Mark, bei Reiling, Sedanstr. 34, D. part. III. 483L\*
Reine leere Etage an anhängige Dame, Puffhagen, Alexandrinenstr. 14.

Kleine leere Etage zum 1. November zu vermieten. Elbers, Bernauerstr. 90, Hof II. 2782L\*
Schlafstellen.
Möblierte Schlafstelle, separat, Wallstr. 21—22, Quergebäude, Turm. 2743L\*
Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle bei Frau Ding, Compagniestr. 3, 1. Quergebäude, 3 Treppen links.
Schlafstelle bei Frau Kump, Rautenstr. 37, D. part. III rechts.
Bessere Schlafstelle für zwei Herren, möglichst Freunde, Prunkel Götter, Eisenstr. Nr. 33, Quergebäude 3 Treppen. 43L\*
Schlafstelle, Herren, 7 Mark, Grünauerstr. 7, Quergebäude 3 Treppen, Sidel. 43L\*
Schlafstelle, möbliert, 8 Mark, Reichenbergerstr. 84, III links. 43L\*
Möblierte Schlafstelle, separat, part. 12, D. part. rechts. 2792L\*
Sauber möblierte Schlafstelle ist an zwei Herren sofort oder 1. November zu vermieten. Wasserhorstr. 52, D. part. 4 Treppen rechts.
Saubere Schlafstelle, Röhner, Barmalderstr. 42, Hof part. 2. 2766L\*
Mietgesuche.
Möbliertes Zimmer, einfach, ungeniert, ohne Koffer, sucht junger Mann. Preisofferten unter „Dauernd“ Postamt 54. 2783L\*
Reines billiges Zimmer bei freundlichen Genossen von einer Dame gesucht. Gegend: Nähe der Straßen- und Friedrichstr. - Ecke. Offerten A. 1 an die Expedition. 2772L\*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Dirigent, Dienstag, Freitag frei, leitet Gesangsverein. Honorar möglich. Offerten: „Gesang“, Postamt 54.
Stellenangebote.
Nebenverdienst für jedermann. Prospect gratis. Hermann Wolf, Zwida, Reichstr. 44. 2170L\*
Bedeutende Konstruktionshand elektrischer Maschinen in Barcelona (Spanien) sucht tüchtigen 182/19\*
Vorarbeiter
für seine Bäckerei-Abteilung.
Derfelde muß im Fach durchaus perfect sein, gute Erfahrungen besitzen und einem Personal von 20 bis 30 Arbeitern vollständig selbständig vorstehen können.
Gef. Angebote, in französischer Sprache abgefaßt, sind mit Beifügung von Lebenslauf und Zeugnisabschriften (sowie Angabe der Gehaltsansprüche) an Herrn Hassenstein & Vogler in Barcelona unter Chiffre H399B zu richten.
Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Schildermaler auf Glas verlangt Krause u. Simoff, Dresdenerstr. 77. 2781L\*
Nadenermacher, Stunde 65, 10. Markt, Wallstr. 21. 2777L\*
Frau oder Mädchen zum Aufwarten verlangt Krüger, Kleinstr. 10. 43L\*
Arbeiterin auf Blusen verlangt Ding, Mariannenstr. 31 IV. 43L\*
Mehere Frau nachmittags bei Kindern verlangt Baumann, Kleine Hamburgerstr. 21, Klempner.
Schürzen - Konfektion! Geübte Näherinnen auf alle Sorten Schürzen verlangt M. Weger, Storsirchstr. 39. 2786L\*
20 Wendefrauen verlangt Hüsch-Jadrit Pinner, Dackelstr. 41.
Mädchen unter 16 Jahren, leicht Arbeit, verlangt Dübner, Markstr. 5. 2785L\*
Kartonnarbeiterin verlangt Hüsch, Adalbertstr. 6. 2785L\*
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Tüchtige Zusammensetzer, Bodenmacher, Umbanmacher, Umkleier, Frontenmacher, Besieger, Kastenmacher auf lobende Accordarbeit für sofort gesucht. 2804L\*
Otto Thein, Pianoforte-Fabrik, Bremen.
Achtung, Stokarbeiter!
Der Zusatz für Stokarbeiter aller Branchen ist streng fern zu halten bei Schmaling & Baria, Thüringerstr. 18. 88/9 Die Ortsverwaltung.
Achtung, Holarbeiter!
An der Möbelwerkerei von J. Kraus, Weihensee, Langhansstr. 23, sind Differenzen ausgebrochen. Zusatz ist streng fern zu halten. 88/11
Geberit ist ferner Hahn & Metzow, König-Charles 71. Die Ortsverwaltung.
Bedeutende Konstruktionshand elektrischer Maschinen in Barcelona (Spanien) sucht tüchtigen 182/19\*